Sonderheft
März 1994 5,- Mark

Faschisten machen mobil









INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN
DER RECHTE RAND

Inhalt

Impressum

Verlag: Der Rechte Rand GbR
Rolandstraße 16 • Postfach 1324
30013 Hannover
Tel.: 0511/341036
Postgiro Hannover
Nr. 445586-301 • BLZ 250 100 30
Druck: WERKDRUCK HANNOVER
Satz und Layout: R. Simon
Erscheinungsweise: 6x im Jahr
V.i.S.d.P. Klaus Harbart
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder

Editorial

Ende des Jahres 1993 sorgten Neofaschisten für beträchtliches Aufsehen: Die Veröffentlichung der Anti-Antifa-Zeitschrift "Der Einblick", einer "Haß-Liste", auf der ca. 250 Angriffsziele für die sogenannte Anti-Antifa aufgezählt wurden, und Briefbombenattentate auf Personen des öffentlichen Lebens in Österreich, die sich in der Vergangenheit für Menschenrechte eingesetzt hatten, führten zu einer Verunsicherung zahlreicher AntifaschistInnen. Während das Informationsbedürfnis schlagartig anstieg, steigerte sich auch die Angst, öffentlich als AntifaschistInnen in Erscheinung zu treten. Ansätze von Schutzmaßnahmen für Betroffene sowie eine öffentliche Solidarisierung mit ihnen blieben auf Einzelfälle beschränkt.

Ein Grund für die Redaktion des Rechten Randes, ein Sonderheft zu diesem Themenkomplex zu erstellen. Obwohl die Ermittlungen zu den genannten Ereignissen noch nicht abgeschlossen sind, wollen wir der Frage nachgehen, wer hinter dem neofaschsitischen Terror steckt und einige Drahtzieher aufzeigen. Ohne dramatisieren zu wollen und ohne in lähmende Angst zu verfallen, soll aufgezeigt werden, daß von der international vernetzten sogenannten Anti-Antifa eine reale Bedrohung für antifaschistische/antirassistische Menschen ausgeht. Die Bereitschaft, gewaltsam gegen ihre politischen GegnerInnen vorzugehen, wird an vielen Beispielen deutlich: Neonazis erlernen als Söldner im Bürgerkrieg auf dem Territorium des früheren Jugoslawiens das Töten, militante Neofaschisten horten Waffen aus ehemaligen Armeebeständen, sie drohen über ihren Rechtsanwalt **Rieger** mit der Gründung terroristischer Gruppen und verschicken Sprengstoffrezepte per Computerdiskette.

Auch die bisher ermittelten Hersteller des „Einblicks" weisen auf eine aggressive Gewaltbereitschaft hin. Neben dem bereits in den 70er Jahren als gefährlicher Waffenhändler charakterisierten **Eberhard Hefendehl**, der auch zu "harten Aktionen" herangezogen werden sollte, wurde kurz vor Redaktionsschluß des vorliegenden Sonderheftes der 25jährige **Norman Kempken** aus Rüsselsheim ermittelt. Kempken, CDU Mitglied (siehe Faksimilé S. 48) und seit 1991 Chef der „Taunusfront" (einer militant agierenden Gruppe mit festen Kaderstrukturen), versuchte in der Vergangenheit, Skinheads und Hooligans für seine Neonazi-Truppe zu rekrutieren. Außerdem beteiligte er sich zumindest 1989 an einem FAP-Aufmarsch in Göttingen. Durch die enge Anbindung der „Taunusfront" an die mittlerweile verbotene „Nationalistische Front" (NF) sind Bezüge zu den sogenannten „Nationalen Einsatzkommandos", die vom NF-Chef-**Schönborn** gegründet worden waren, naheliegend. Die drohenden „Warnungen" des Nazi-Rechtsanwalts Jürgen Rieger vor laufenden Fersehkameras gegen AntifaschistInnen, JournalistInnen und demokratische JuristInnen erhalten vor diesem Hintergrund, eine erschreckende Brisanz.

Erschreckend sind jedoch nicht nur die Aktivitäten der militanten Neonazi-Szene. Der Angriff gegen den Antifaschismus war nicht nur von der extremen Rechten von langer Hand vorbereitet worden. Staatliche Institutionen wie der Verfassungsschutz, Konservative und zum Teil auch alternative Intellektuelle empfanden im wachsenden nationalen Konsens AntifaschistInnen als störend. Die hatten nämlich nicht nur gegen NeoFaschistInnen demonstriert, sondern immer wieder darauf hingewiesen, daß staatliche Institutionen und PolitikerInnen etablierter Parteien wesentlich zu einer Verbreitung rassistischer und nationalistischer Stimmungen beigetragen, ja diese sogar häufig erst initiiert hatten.

Die Medien wurden durch Veröffentlichungen und auf JournalistInnen-Seminaren des „Verfassungsschutzes" schon seit langem auf das Feindbild „Antifa" eingestimmt. Suggeriert werden sollte, daß der antifaschistische Kampf lediglich ein Instrument linker „Radikalinskis" sei, um den Staat zu diskreditieren und anzugreifen. Skrupellos wurde versucht, Antifaschismus in die Ecke des Terrorismus zu rücken, um damit die Bündnisfähigkeit antifaschistischer Initiativen einzuschränken. Massive Polizeieinsätze gegen antifaschistische Aktivitäten schließlich sollen der Einschüchterung der DemonstrantInnen dienen und - langfristig gesehen - zu einer Isolierung der AntifaschistInnen beitragen. Auch vor einer direkten Verstrickung in neofaschistische Anschläge schrecken sogenannte Verfassungs"schützer" nicht zurück: Aus Österreich wurde bekannt, daß der mutmaßliche Briefbombenbastler **Peter Binder** nicht nur Funktionär der neonazistischen VAPO gewesen ist, sondern auch als Polizeispitzel tätig war! Nicht der erste Fall: Auch in der Vergangenheit waren VS-Agenten direkt am Aufbau rechter Terrorgruppen beteiligt, besorgten Waffen/Bomben und organisierten Anschläge. Die Fälle **Gottwald** und **Lepzien** aus Niedersachsen legen davon Zeugnis ab..

Das Sonderheft des Rechten Randes soll in dieser Situation deutlich machen, daß sich AntifaschistInnen nicht auf staatliche Hilfe verlassen dürfen. Wir wollen mit diesem Heft gleichzeitig dazu auffordern, in der Recherche und Veröffentlichung rechtsradikaler Aktivitäten fortzufahren und damit die Grundlage für ein effektives antifaschistisches Handeln zu verbreitern.

Clara Thoray

Full-House oder Grande Hand mit Vieren:

Hat die Bundesanwaltschaft die Einblick-Macher?

Die BAW ermittelt inzwischen gegen fünf Männer, die sie als Macher des "Einblicks" ausgeguckt haben will. Festgenommen und in Haft gesteckt wurde der 25jährige Norman Kempken aus Rüsselsheim. Ihm wird vorgeworfen, alle Texte und das Vorwort verfaßt zu haben. Im oberfränkischen Rodach wurde die Wohnung von Eberhard Hefendehl durchsucht. Gegen ihn wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Weitere Verdächtige sind Stefan Cumic, Michael Petri und der ehemalige SDAJler Sascha Chaves.

Schon seit 17 Jahren unter den Augen des VS

Eberhard Hefendehl ist kein so unbekannter Neo-Faschist wie **Norman Kempken.** Bereits in den Berichten des VS-Mitarbeiters **Werner Gottwald** aus Oldenburg wird Hefendehl als „Zeitungsmacher" und potentieller „Waffenhändler" aktenkundig. „Es scheint als seien **Neufeld**, Hefendehl und **Wolfgang Schönstedt** gefährliche Personen", meldete Gottwald als VS-Agent „Reiser" am 23.1. 1977 an seinen Dienstvorgesetzten nach Hannover. Schon damals war Hefendehl am Wiederaufbau einer illegalen NSDAP beteiligt. Im sogenannten Freundeskreis um **Wilhelm Wübbels** war er für die Abteilung „Zeitung" vorgesehen. „Die Gauführer sollen nunmehr alle drei Monate zusammenkommen. Wübbels wurde mit der Parteileitung bis zu einer anderen Entscheidung beauftragt", wußte der VS-Agent Gottwald und: „Aktionen sollen in diesem Jahr nur örtlich begrenzt stattfinden und nach Möglichkeit nur in Propaganda bestehen. Es sollen feste und harte Kader gebildet werden, damit dann mit harten Aktionen begonnen werden kann. Dies schließt aber nicht aus, daß bei einer günstigen Gelegenheit etwas vorgezogen wird." Den Grad seiner Teilhabe an einem brutalen Überfall auf ein Fernsehteam des WDR in Anschau/Eifel am 24. Juli 1976, wegen dem er zusammen mit **Klaus Hoffmann, Manfred Börm, Roland Tabbert** angeklagt war, mochte der Richter nicht bestimmen. Während Hefendehl und Hoffmann unbestraft davon kamen, kassierten Börm und Tabbert geringe Haftstrafen, die zur Bewährung ausgesetzt wurden.

In seinem Bericht über ein NSDAP/AO-Treffen in Bocholt am 28./29.2.1976 lieferte der VS-Mann auch eine aussagekräftige Einschätzung zu Hefendehl: „Eberhard Hefendehl aus dem Raum Köln. Hat eine Kampfgruppe von 15 Mann, unterhält enge Kontakte zu französischen Extremisten, ist als gefährlich einzuschätzen! Er hat Kontakte zu Roeder, Hamburg, Berlin und besitzt eine Druckerei (privat), hat Flugblätter für den Prozess in Düsseldorf gedruckt (8000), soll im Besitz von Waffen sein und fordert zu Gewaltaktionen auf, will einen Piloten suchen, der Propagandamaterial abwirft. **Neufeld** will Kontakt zu einem ehemaligen Stukaflieger vermitteln (dieser soll **Bauer** heißen und auf der Burg Rotenfels/**Christophersen** gewesen sein). H. soll bereits an mehreren Aktionen mitgewirkt haben u.a. soll in Köln ein Platz in „Horst Wessel-Platz" umgeändert worden sein. Hefendehl unterhält enge Kontakte zur Wiking-Jugend und ist NPD-Mitglied. Er hat die Segelfliegerscheine A, B, C. (...) Wie Hefendehl berichtet, soll in Hamburg eine Gruppe um **Wrobel** bestehen, mit der er engen Kontakt unterhält." Ähnlich wie heute kursierte in der „NSDAP/AO"-Szene eine Anleitung zum Bombenbau, die damals von einem **„Klaus Garnatz"** herausgegeben wurde.

Internationale Drähte via Zeitungsprojekt


Eberhard Hefendehl

Das „Zeitungsmachen" hat Hefendehl nicht aufgegeben. Seit 1986 gibt er als allein Verantwortlicher die Zeitschrift „Der Scheinwerfer. Kritische Beiträge zum Zeitgeschehen in Politik, Kultur, Wirtschaft und Technik" heraus. Die mit revisionistischen, antisemitischen und rassistischen und meist anonym abgefaßten Hetzartikeln gefüllte Zeitung wird hauptsächlich in Österreich und der Bundesrepublik von Hefendehls „Odal-Druck" vertrieben, gelangt aber auch über Europa hinaus nach Südafrika, Namibia, USA, Kanada, Australien, Argentinien und Chile. Zu den mit ihren Namen kennzeichnenden VerfasserInnen zählen der ehemalige stv. „Führer" der „Nationalen Front" (Kärnten) und inzwischen für die „Junge Freiheit" schreibende **Jürgen Hatzenbichler**, der aus Münster stammende Ex-Vorsitzende (Nordrhein-Westfalen) der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) **Erhard Kemper**, der wegen Anschlägen auf AusländerInnen rechtskräftig verurteilte **Manfred Roeder**, der Redakteur des neo-faschistischen Magazins „Nation" und Universitätsdozent Dr. **Nikolaus von Predadovich**, der in diversen neofaschistischen Blättern publizierende „Journalist" und Vertraute von **Otto Ernst Remer, Karl Philipp**, der Mitarbeiter der neofaschistischen Zeitschrift „Sieg" **Rolf Plewka** und **Christian Worch** von der Nationalen Liste (NL) aus Hamburg. Als ständige MitarbeiterInnen des "Scheinwerfers" werden im Impressum genannt: Dr. **Astrid Witmer, Waltraud Griebler, Hans v. Schnevoigt, Otto R. Braun, H. Raschke, Rolf Otten, Hugo Hugin** und **Siegfried Neubacher**.



Seit 1986 erscheint Hefendehls Pamphlet ‚Der Scheinwerfer'.

Das „Vor-Wort"

Es gibt zahlreiche Vermutungen und Hinweise darüber, wer für das Erscheinen der Publikation „Der Einblick" verantwortlich sein könnte. Am 4. Februar wurde ein 25jähriger Mann aus dem Raum Frankfurt verhaftet. Er sei der Herausgeberschaft verdächtigt. Insgesamt sei „Der Einblick" mit einer Auflage von 500 Exemplaren erschienen. Nachdem sich eine Reihe von bekannten und profilierten Neo-Faschisten wie **Christian Worch, Hans-Michael Fiedler** und diverse Zeitschriften-Redaktionen von dieser Form der Anti-Antifa öffentlich distanziert haben, bleibt die Frage, was denn eigentlich in der NL-Zeitschrift "INDEX", in den "SBS-Nachrichten" von Fiedler oder in der "DESG-inform" gestanden hat, wenn nicht das, was auch im „Einblick" nachzulesen war.

Der lange Arm des BKA...

Die Bundesanwaltschaft steht unter Zugzwang. Der berüchtigte Paragraph 129a verpflichtet sie, nach einer kriminellen, terroristischen Vereinigung zu suchen. Dafür benötigt sie mindestens drei Personen. Lassen sich aber wieder nur Einzeltäter finden, bisher ist von einem Vorwort-Verfasser und einem Drucker die Rede, dann erübrigt sich die Ausdehnung auf das gesamte Netz des organisierten Neo-Faschismus, den es nach Vorstellungen staatlicher Behörden auch gar nicht gibt.

... und die vielen Zeichenfehler im Vorwort

Der Verdächtige scheint ein gerissener Schreiberling zu sein. Um die Einzeltäter-Theorie des BKA zu unterlaufen, titelte er schon auf der zweiten Seite: „Wir über uns". An keiner Stelle taucht das entlarvende „Ich" auf. Wenige besondere Ausdrucksformen sind auffällig. So wird von „Krümmeln" geschrieben, wo Krümel gemeint sind. Ein verräterischer Dialekt? Die Antifa mordet auch nicht, sie „mordert". Ähnlich wie im "INDEX" finden sich auf den drei Seiten „Vorwort", das neben kommerziellen Anzeigen das einzig Neue in der gesamten Publikation bleibt, wenn man von verschiedenen Wechselwortspielereien absehen will, eine Fülle von Zeichenfehlern (mindestens 6 pro Seite). Die größten Schwierigkeiten bereitete hier der erweiterte Infinitiv mit zu. Noch einen Blick auf „Wortwechseleien". Um eine deutliche Übereinstimmung zwischen "Einblick"-Text und anderen Vorlagen zu verschleiern, wurden bestimmte Begriffe wechselseitig ausgetauscht. Markant wird das in dem Teil, für den der "INDEX" die Vorlage abgab. Da wird die Bezeichnung „Autonomer" immer wieder durch „Anarcho"-Wortverbindungen ersetzt und umgekehrt. Inhaltlich ist die Gleichsetzung von Anarchisten und Autonomen sowieso fragwürdig, aber damit haben auch Linke ihre Probleme.

Zuguterletzt: Zahlenspielereien?

Aufgefallen sind auch gewisse Zahlenkombinationen. Die „Einblick-Redaktion" hatte ein Konto bei einer Wiesbadener Volksbank eingerichtet, das bis auf die letzte Ziffer (8!), mit dem Solidaritätskonto für einen mit Gefängnis bedrohten Antifaschisten übereinstimmte. Das Kennwort war identisch mit dem Vornamen des Antifaschisten. (Hy)

Jürgen Grewen/David Taylor

Qui bono - Wem nützt es?

Auf einmal war er da - der Medienrummel um eine von deutschen Neonazis vertriebene Broschüre, die eine Liste mit ca. 250 potentiellen Opfern für rechtsextreme Gewaltaktionen enthält. Dabei ist das Sammeln von Daten und die Ausspähung politisch mißliebiger Personen überhaupt nichts Neues.

Von Beginn an hielten sich zahlreiche rechtsextremistische Organisationen sogenannte „Referate für Sicherheit" bzw. „Sicherheitsdienste". Neu ist höchstens die Offenheit, mit dem der Terror unter der Bezeichnung „Anti-Antifa" propagiert oder, wie die Briefbomben in Österreich zeigten, in die Tat umgesetzt wird. Neu ist auch, daß eine aufgeschreckte Öffentlichkeit den Rechtsextremismus so zu sehen beginnt, wie er wirklich ist. Als einen politischen Faktor, der untereinander vernetzt und arbeitsteilig nach Macht strebt und Inhalte und Ideologien mal ganz offen, mal geschickt verpackt verbreitet, die undemokratisch, antihuman und antiaufklärerisch sind. Seit der Wiedervereinigung erlebt er in Deutschland eine ungeahnte Renaissance. Da sind zunächst zahlreiche parlamentarische Erfolge auf Kommunal- und Landesebene. Und zum ersten Mal in der Geschichte kann sich ein entfesselter, von Bonn instrumentalisierter und neonazistisch gelenkter Mob zu Gute halten, eine Grundgesetzänderung bewirkt zu haben.

Ein Grund für diese Entwicklung liegt natürlich in der Politik der Kohlschen Wende-Regierung begründet. Eine monetaristische Wirtschaftspolitik mit den Folgen sozialen Abbaus und „Zweidrittel-Gesellschaft" gepaart mit nationalen Tönen und Deutschtümelei, hat in wenigen Jahren das Abdriften einer ganzen Gesellschaft nach Rechts bewirkt. Von dieser Entwicklung profitiert zur Zeit der Rechtsextremismus.

Angespornt durch Untätigkeit oder gar dem Zurückweichen des Staates (Hoyerswerda, Rostock) verfielen Neonazis von Flensburg bis Konstanz in einen allgemeinen Siegesrausch. In einschlägigen „Theorie"-Blättern werden sogar schon 100-Tage Notstands-Programme für den Fall einer „Machtergreifung" erstellt und diskutiert, mittels der man der Demokratie den Garaus machen will.

Der selektive Terror, mit denen Neonazis das Land überziehen, scheint gezielt angewendet zu werden. Bis zur Grundgesetzänderung Artikel 16 waren es Anschläge gegen Flüchtlinge. Danach richtete sich der Terror allgemein gegen Andersaussehende und Schwächere im sozialen Gefüge. Dies geht einher mit einer breiten Entsolidarisierung der Gesellschaft, die um den Machterhalt Willen von der Kohlschen-Regierung leichtfertig betrieben wird.

Und jetzt, pünktlich zum Wahljahr 1994, in dem das Thema „Innere Si-

cherheit" als Hauptwahlkampfthema hochgepusht wird, gewinnt die Gewalt der Rechtsextremisten gegen Andersdenkende an Priorität.

Dieser Kampf gegen „Inländerfeinde" kennt mehrere Motive. Er ist sowohl Programm als auch ein Reflex auf einen immer lästiger werdenden Antifaschismus. Denn den eigenen Machtgelüsten der vernetzten Rechtsextremisten stellt sich immer wieder das gleiche Problem: die deutsche Geschichte von 1933-1945 und eine selten ausgeprägte, in der Regel eher diffus verankerte antifaschistische Grundhaltung in der Gesellschaft als Reaktion auf nationalsozialistische Greueltaten. Der Geschichts-Revisionismus steht daher an zentraler Stelle rechtsextremer Politik. „Auschwitz muß fallen" formulierte ein Münchener Neonazi. Erst dann sei der Weg zur Macht frei.

Schützenhilfe bei diesem Werk erhalten die Rechtsextremisten, ob gewollt oder nicht, von einer unzähligen Reihe selbsternannter Tabubrecher, die eine Verankerung rechtsextremer Positionen in Gesellschaft und Politik forcieren. Diese sammeln sich momentan um den Nolte-Schüler **Rainer Zitelmann** und sitzen bei Ullstein, Propylän, der FAZ, der Welt, der Bundeszentrale für politische Bildung und an zahlreichen Universitäten. Ihre Gallionsfigur war **Steffen Heitmann**, der sich über Tabus und Denkverbote bei den Themen „Frauen", „Ausländer" und „NS-Vergangenheit" mokierte. Auch dieser deutschtümelnden Elite ist der Antifaschismus ein Dorn im Auge. Und im Kampf gegen diesen moralischen Faktor, der untrennbar mit Auschwitz verbunden ist, kommt auf einmal das zusammen, was auch zusammengehört.

So betreibt der Bonner Professor **Hans-Helmuth Knütter** mit seinen Schriften (Bundeszentrale für politische Bildung, Propylän) die Diffamierung des Antifaschismus im Dienste einer „Entabuisierung des Faschismus". Seine Thesen und Themen begegnen uns immer wieder in Publikationen des Bundesinnenministeriums und tangieren so direkt den Bereich „Innere Sicherheit". Die Diskreditierung, Isolierung und Zerschlagung des Antifaschismus als Ausdruck eines moralischen Bewußtseins gegen den Faschismus ist ebenfalls das Ziel der Neonazis. Sie finden in den Werken des Bonner Professors die wissenschaftliche und intellektuelle Legitimation für ihre seit 1992 anlaufende handfeste „Anti-Antifa-Kampagne".

Im Zusammenhang mit dieser Kampagne erfüllt die Eingangs erwähnte Broschüre mehrere Funktionen. Neben der Einschüchterung der Öffentlichkeit fungiert sie als Anleitung für das rechtsextreme Umfeld und als eine Art Testballon, mit der die Neonazis zunächst das Terrain sondieren wollen. Die eigentlichen Listen politischer Gegner stecken



noch in den Schubladen. Darüberhinaus entwickelt sich über das Thema „Anti-Antifa" eine breitere Zusammenarbeit der verschiedenen Gruppen und Organisationen.

Die damit einhergehende Verschärfung des politischen Klimas im Superwahljahr ist gewollt und es wird sich bald zeigen, wer letztendlich davon profitieren wird: diejenigen, die mit einer Strategie der Spannung institutionell den Terror der Neonazis begünstigen oder die von ihnen instrumentalisierten Rechtsextremisten.

Christian Horch & Manfred Guck

„Anti-Antifa"

Die von Rechtsextremisten aller Couleur betriebene sogenannte „Anti-Antifa"-Arbeit ist keine neue Erscheinung der letzten zwei Jahre. Neu ist daran lediglich die Funktion und die zunehmende Quantität, aber auch Qualität dieser „Anti-Antifa"-Arbeit. Mit der im November des vergangenen Jahres erschienenen braunen Terrorliste „Der Einblick" erreichten die Umtriebe der „Anti-Antifa" einen vorläufigen Höhepunkt. Zu den frühen Erscheinungen der Anti-Antifa gehören das „Referat für Sicherheit" (RfS) des „Komitees zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers" (KAH) und Hans-Michael Fiedler, 51, mit seinem „Studentenbund Schlesien" (SBS).

Leiter des am 1.Mai 1985 gegründeten „Referates für Sicherheit" wurde **Christian Malcoci**, 30, vormaliger „Kameradschaftsführer" der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/ Nationale Aktivisten" (ANS/NA), Mitglied der NSDAP/AO, Funktionär der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP) und „Sektionsleiter West" des KAH. Mitarbeiter des RfS waren zumindest **Hans Klärner, Oliver Bode, Christian Haas, Steffen Föll** aus Reutlingen und **Michael Krämer**, der heute im bayerischen Miesbach eine Buchhandlung betreibt. Zwischenzeitlich schrieb Krämer, der rund ein halbes Dutzend rechtsextremer Organisationen durchlief, auch für die ehrgeizige „Jungen Freiheit".

Die Aufgabenstellung des RfS wurde damals folgendermaßen definiert: *„Die Feindaufklärung und äußere Sicherheit unserer Bewegung sind wichtige Aufgabengebiete im politischen Kampf. Diese Aufgaben werden vom Referat für Sicherheit (RfS) übernommen. Wirksame Feindaufklärung schützt die Kameraden vor Angriffen und ermöglicht die Einleitung von Gegenmaßnahmen. Wirksame Feindaufklärung vermittelt den politischen Leitern ein realistisches Bild der jeweiligen Lage und verhindert falsche Entscheidungen. Wirksame Feindaufklärung min-dert bei Aktionen die gesundheitlichen und strafrechtlichen Risiken der Aktivisten. Langfristige und vorausschauende Feindaufklärung trägt zur Festigung der Strategie und Taktik der Bewegung bei. Benötigt werden:*

1. Informationen über gegnerische Personen

– Namen, Adressen und Telefonnummern
– Photos
– persönliche Lebensumstände
2. Informationen über gegnerische Organisationen
– interne Organisation und Struktur
– Führungspersonen
– Treffpunkte
– Zeitschriften, Propagandamaterial und andere Schriften
3. Geplante oder durchgeführte Angriffe jeglicher Art gegen die Bewegung
– Beschreibung des Vorgangs
– beteiligte Personen und Organisationen



"Freundliche Grüße" an einen ‚Rechter Rand'-Mitarbeiter: Eine tote Vogelspinne mit Begleitschreiben.

– treibende Kräfte
4. Kfz-Kennzeichen gegnerischer Fahrzeuge mit Angabe von Ort, Datum und Gründen
5. Angaben über Repressionen
Alle oben genannten Informationen und Nachrichten sind unverzüglich dem jeweiligen RfS-Beauftragten oder dem zuständigen Sektionsleiter, der das Ganze an das RfS weitergibt, mitzuteilen oder zu übergeben.
Die Informationen sind mit Datum und Quellenangaben zu versehen."

Objekte der Begierde waren folgende Personen und Organisationen: *„DKP, MLPD, VVN, VVN/BDA, SDAJ, KPD, Linke Förderer und Hetzer, Die Grünen, Erkannte Fahrzeuge der Roten, Haus der Jugend, JUSOS, Linke Anarcho Punker, Treffpunkte und Büros der Roten."* Es kann davon ausgegangen werden, daß sich die Zielgruppe bis heute eher erweitert hat.

Eine zentrale Rolle der „Anti-Antifa" spielt **Christian Worch**, 37, Kopf der „Nationalen Liste" (NL) und der neonazistischen „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" (GdNF). So entstand das Flugblatt des „Deutschen Kameradschaftsbundes" gegen den engagierten Wilhelmshavener DGB-Kreisvorsitzenden Manfred Klöpper auf Initiative von Christian Worch und in Absprache mit einem prominenten Nazi-Rechtsanwalt. Regelmäßig werden im „INDEX", der Zeitung der NL, Adressen von Antifaschistinnen und Antifaschisten sowie linke Treffpunkte veröffentlicht. In enger Kooperation mit der Hamburger NL arbeitet auch die Berliner Anti-Antifa.

In der Publikation „Stadtrebell", herausgegeben vom „Freundeskreis Revolutionärer Volkssozialisten", erscheint eine Aufforderung „Spendet für die Anti-Antifa-Arbeit". Das angegebene Konto gehört der „Nationalen Liste". Spenden sollen mit dem Kennwort „ANTI-Antifa" versehen werden. Auf zwei eng bedruckten Seiten enthält der „Stadtrebell" Adressen von lokalen „Antifa-Zentren", „Antifa Cafe's (!) + Infoläden" sowie Telefonnummern verschiedener Berliner Antifa-Infotelefone. Das (Ost-) Berliner Postfach 342 des „Freundeskreises Revolutionärer Volkssozialisten" ist identisch mit einer der beiden, vom Mainzer „Nationalen Infotelefon" (NIT) Ende Mai genannten Berliner „Anti-Antifa"-Adressen. Hinter den Aktivitäten der Berliner Anti-Antifa und des „Freundeskreises" steckt der neunzehnjährige Neonazi **Oliver Werner** aus Kreuzberg. Werner trat bereits mit 16 Jahren Anfang 1991 der „Nationalen Alternative" bei und wird heute von **Ingo Hasselbach**, 26, als „der kälteste und brutalste Typ" seiner ehemaligen „Kameradschaft" umschrieben. Werner, so der medienwirksame Aussteiger Hasselbach, habe in der Vergangenheit „immer darauf geachtet, in der Öffentlichkeit nicht erkannt zu werden. Noch nie ist ein Bild von ihm in der Zeitung oder im Fernsehen gewesen." Involviert in die Umtriebe der Berliner „Anti-Antifa" ist mit **Oliver Schweigert**, 24, ein weiterer „Kamerad" der neonazistischen „Nationalen Alternative". Das Postfach 63 der „Nationalen Alternative" fungiert im Augenblick als Kontaktanschrift der Berliner „Anti-Antifa".

Am 25. Mai 1993 veröffentlichte das NIT Mainz die gesamten damaligen „Anti-Antifa"-Anschriften. Unter den genannten Adressen befanden sich nicht nur die Hamburger „Nationale Liste", sondern auch der im vergangenen Jahr wegen „gemeinschaftlicher versuchter Sachbeschädigung" verurteilte **Markus Privenau**, 27, von der Bremer FAP. Die Bremer Postfachanschrift diente in der Vergangenheit bereits als Kontaktanschrift der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V." (HNG), der Privenau als Schriftleiter diente. Die FAP steckt auch hinter zwei weiteren Adressen. Für die „Anti-Antifa" Bonn (Postfach 300 126) zeichnet der hinlänglich bekannte **Norbert Weidner**, 22, verantwortlich, für die Anti-Antifa Duisburg (Postfach 120 523) mit **Stefan Schily** ein FAP-Kamerad der zweiten Reihe. Das vom Mainzer NIT genannte Postfach 5045 in Witten gehörte der verbotenen „Nationalen Offensive" (NO), einer Abspaltung der FAP aus dem Jahre 1990. In Köln ist die „Anti-Antifa" lediglich durch eine antiquierte Postlagerkarte (PLK 167095 E) vertreten. Verantwortlich für ein erstes Flugblatt der dortigen „Anti-Antifa" zeichnete **Frank Scholz** aus Altena. In dem Flugblatt wurde ein engagierter Kölner Pfarrer denunziert: „Boykottieren Sie seine Gottesdienste und Veranstaltungen und beschweren Sie sich über seinen Amtsmißbrauch beim Erzbistum Köln". Eine weitere Postlagerkarte (PLK 016657 C) fand bei der „Anti-Antifa" Rhein-Main Verwendung. Das Postfach 17 25 des Mainzer Neonazis **Michael Petri**, 21, wurde als Postfach eines „Deutschen Informationsdienstes", „AK Anti-Antifa" erwähnt. Die „Anti-Antifa" Rhein-Neckar übernahm selbstverständlich der GdNF-Kader **Manfred Huck**, 29, aus Ludwigshafen. Er unterhält das Postfach 10 28 47 in der Universitätsstadt Heidelberg. Mit von der Partie war auch **Hans-Michael Fiedler** mit seinem am 12.Oktober 1974 gegründeten „Studentenbund Schlesien (AK 2)". Seit 1984 unterhält Fiedler das genannte Postfach 38 27 in Göttingen. Mitbenutzt wird es von einer „Hochschulgruppe Pommern". Fiedler muß als einer der intelligenteren Vertreter der „Anti-Antifa" gelten. Seit Jahren ruft Fiedler auch die Leserschaft sei-

ner „Nachrichten des Studentenbundes Schlesien" zur Mitarbeit auf. Mit Beginn der ersten Ausgabe der „SBS-Nachrichten" existiert die Rubrik „Anti-Antifa". In der Doppelausgabe Nr. 14/15 der „SBS-Nachrichten" beispielsweise heißt es: „Unsere Bitte an alle Leser: Was für Erkenntnisse gibt es über das ANTIFA-Archiv Osnabrück?" Bei einem Artikel zu dem inkriminierten Flugblatt („Achtung! Linker Radikaler") des verbotenen „Deutschen Kameradschaftsbundes" über den Gewerkschafter Manfred Klöpper wird in Fiedlers Postille selbstverständlich nicht vergessen, nochmals die Adresse Klöppers zu erwähnen: „Klöpper, wohnhaft in (...), ist seit Jahren als eifriger Antifaschist bekannt". Nationaldemokrat Fiedler, er ist seit 1964 Mitglied der NPD, sieht in seinen „SBS-Nachrichten" gar ein „Fachblatt für 'WÖLKOLOGIE UND HUNDSEDERKUNDE'". Fiedler entblödet sich auch nicht, zu versuchen, über sein Coburger Postfach 615 an Materialien der linken und antifaschistischen Szene zu gelangen. Seine „Spezialität" ist der vermeintliche Szene-Jargon („Hallo Genossen", „Venceremos") der Linken. Fiedler zählt auch zu den Beziehern und Lesern linker Publikationen, u.a. des Rechten Randes. In der jüngsten Ausgabe 16/17 seiner „Nachrichten des Studentenbundes Schlesien" gab Fiedler die Umwidmung der Rubrik „Anti-Antifa" in „Demokratischer Dialog" bekannt. Doch wird Fiedler durch die bloßen rhetorischen Akt weder dialogwürdig noch demokratisch. Anfang dieses Jahres tauchte in Frankfurt/Oder eine weitere Adresse (Postfach 533) der „Anti-Antifa" auf. Verantwortlicher eines „streng überparteilichen Nationalen Pressearchivs" in der ostdeutschen Grenzstadt ist **Danny Sowade**.

Am 18. Juli 1992 fand in Meschede im Hochsauerlandkreis eine erste „Anti-Antifa-Demonstration" mit rund 150 Teilnehmern statt. Unter ihnen Michael Petri, Christian Worch und **Thomas Wulff** von der NL, **Otto Riehs** vom „Deutschen Hessen" und der FAP-Bundesvorsitzende **Friedhelm Busse**. Die „Neue Front", Periodikum der „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front", vom September 1992 jubilierte lautstark über die „Rechte Demo contra eine linke Antifaaktion". Wiederholt wurde das braune Spektakel am 27.Dezember 1992 mit nur mäßigem Erfolg. Nur wenige „Kameraden" folgten dem Ruf der „Sauerländer Aktionsfront" um den 22jährigen **Thomas Kubiak** aus Hallenberg nach Meschede. Knapp 50 Personen, vor allem aus dem Spektrum der damaligen „Aktionsfront Nationaler Kameraden" um Manfred Huck, dem rheinland-pfälzischen Landesverband der kurz zuvor verbotenen „Deutschen Alternative" um Michael Petri und der „Sauerländer Aktionsfront" fanden sich vor Ort ein. Das nur einige Monate betriebene „Nationale Infotelefon" im Sauerland wird nach Einschätzung von Kennern der lokalen Szene vom Umfeld der früheren „Sauerländer Aktionsfront", der jetzigen „Nationalen Jugend", betrieben.

Das Thema „Anti-Antifa" wird in rechtsextremen Periodika zunehmend aufgegriffen. Auch die NPD-Nachwuchsorganisation, die „Jungen Nationaldemokraten", kündigten in der Ausgabe Nr. 8 von „Einheit und Kampf" im Sommer des Jahres 1993 die Einrichtung einer Rubrik „Anti-Antifa" an. Die mehrfach angekündigte „Anti-Antifa"-Zeitung „Einblick" erschien im November des selben Jahres. **Stefan Cumic**, Wiesbadener Kader der GdNF und des nicht mehr existenten „Deutschen Hessen", betrieb als erster das Projekt „Einblick", will aber mit der unter konspirativen Umständen erstellten Broschüre „Der Einblick" nichts zu tun gehabt haben. Während des Betriebs des ersten „Nationalen Infotelefons" vom November 1992 bis zum April 1993 rief Cumic zur Mitarbeit am „Einblick" auf. Im Oktober verkündete das braune Telefon in Mainz das Erscheinen von „Der Einblick". Zum Preis von DM 10,– könne die Broschüre über eine Postfach-Adresse im dänischen Randers bezogen werden. Die „Jungen Nationaldemokraten" wurden Mitte Januar von der Bundestagsabgeordneten Ingrid Köppe angezeigt. Die JN hatten ihre Mitglieder dazu aufgerufen, Informationen über Antifaschistinnen und Antifaschisten an ihre Zentrale zu schicken und sich dabei nicht gescheut, ausdrücklich auf den „Einblick" Bezug zu nehmen. Ende Januar forderte der NPD-Nachwuchsverband über das „Nationale Infotelefon" Mainz weiterhin zum Sammeln von Daten und Photos auf. Für Mitte Februar kündigten die JN einen „Materialkatalog" an. Ungesagt blieb, um welches Material es sich handelt. Als Kontaktanschrift der JN fungiert inzwischen der Sitz der „Wiking-Jugend" (WJ) in Stolberg, dem Zuhause der Familie **Nahrath**. Bislang residierten die JN in Wuppertal.

Voraussetzung für Broschüren und Veröffentlichungen der „Anti-Antifa" ist das Auswerten linker und antifaschistischer Publikationen, das Fotografieren bei Demonstrationen und anderen Gelegenheiten, das Infiltrieren der linken Szene und ähnliches. Manfred Huck beschrieb im Juni 1993 die Arbeitsweise der Anti-Antifa wie folgt: „Ausspionieren, Umfeld aufklären, Schnüffelberichte, Namen und Adressen, Observierungsergebnisse, Angriffsziele (für Gewalttäter) aufzeigen." Zwei prominente Beispiele der jüngsten Zeit legen Zeugnis für die gestiegenen Bemühungen der braunen Anti-Antifa ab. **Inger Preßmar**, 22, von der FAP und **Silke Wunderlich** vom verbotenen „Nationalen Block" versuchten 1993 im süddeutschen Raum, vor allem in Franken, sich in Antifa-Strukturen einzuschleichen.

Die Bundesregierung konzediert in einer Kleinen Anfrage vom September dieses Jahres „Ansätze (Unterstreichung im Original; die Autoren) einer zentralen Steuerung - beispielsweise durch die Anti-Antifa-Aktivitäten des Funktionärs der Hamburger 'Nationalen Liste'". In der vom Bundesinnenministerium herausgegebenen „Inneren Sicherheit", Heft Nr. 4 vom 19.Juli 1993, heißt es erstaun-



Beteiligt an der Berliner Anti-Antifa: Oliver Schweigert.



Der Bonner FAP-Funktionär Norbert Weidner verschickt Drohbriefe.

lich eindeutig: „Neonazistische Kreise bemühen sich zudem, eine 'Anti-Antifa'-Logistik aufzubauen, die sich zu einem Bindeglied unterschiedlicher neonazistischer und militanter Gruppierungen entwickeln könnte. Auf dieser Kampagne wird in neonazistischen Kreisen zunehmend positiv reagiert."



Manfred Huck, der fortan nicht mehr schwul sein möchte, hat sich der FAP angeschlossen.

Kai Grünberg

DER EINBLICK - Wer ist betroffen?

Rund 250 Namen und Adressen, aufgelistet in der Ende letzten Jahres erschienenen Neonazi-Publikation „DER EINBLICK", führten zu Verunsicherung und teilweise auch zu Panikreaktionen. Die Massenmedien griffen diese Veröffentlichung sensationsgeifernd auf und taten mit dutzenden von Berichten und Interviews den Neonazis den größten Gefallen: Sie waren in den Schlagzeilen! - Schon Michael Kühnens Leitlinie war: Auch Negativ-Propaganda ist Propaganda.

Das Neue am „Einblick" ist, daß es gelungen ist, bereits existierende Listen von vermeintlichen oder tatsächlichen AntifaschistInnen zusammenzufassen und überregional zu vertreiben. Um der Kriminalisierung vorzubeugen mußte **Hendrik Asferg-Kristensen**, Funktionär der „Dänischen Nationalsozialistischen Bewegung" (DNSB), mit seinem Postfach Schützenhilfe leisten. Die internationale Vernetzung der Neonazis ist aber nun seit langem kein ungeschriebenes Geheimnis. Illegale Neonazi-Publikationen wurden bzw. werden auch aus den USA, Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden versand. Nichts neues also in dieser Hinsicht.

Was will die Anti-Antifa?

Der „Einblick" ist der praktische Ausdruck des Zusammenrückens des gesamten Spektrums von militanten Neofaschisten in der BRD. Es sei dahingestellt, ob die Zersplitterung der neofaschistischen Bewegung in vielerlei Gruppen und Organisationen einer Strategie oder einem taktischen Kalkül entspricht, oder ob durch persönliche und politische Differenzen ein Zusammengehen der NeofaschistInnen in einer gemeinsamen Organisation bislang ausgeblieben ist. Die sogenannte Anti-Antifa ist der Ansatz, mit dem die Zusammenarbeit von militanten Neonazis, Mitgliedern von NPD und „Jungen Nationaldemokraten", Neuer Rechter bis hin zur Braunzone zwischen Neofaschismus und Konservatismus auf einer völlig pragmatischen Ebene verwirklicht werden soll.

Die Organisierung der Anti-Antifa hat nicht das Ziel einer einheitlichen neofaschistischen Organisation, die eventuell in der BRD die Machtfrage stellen könnte. Für einen überzeugten Nationalsozialisten ist selbst der rechteste CDU-Politiker ein potentieller Feind, ein Vertreter der „Reaktion". Aber in den Punkten Nationalismus und Antikommunismus sind sich beide einig.

So ist die Anti-Antifa zwar in erster Linie ein Zweckbündnis für die Zusammenarbeit zwischen ehemaligen Kühnen-Gegnern und -AnhängerInnen in der NS-Bewegung (gemeinsam mit den Nachfolgeorganisationen der verbotenen „Nationalistischen Front" bis hinein in die Wahlparteien NPD, DVU, „Deutsche Liga" und „Republikaner" und in die Strukturen der Neuen Rechten), ihre Intention geht aber weiter:

„(...) *wir wollen die Nationale Solidarität beschwören und die Anti-Antifa-Arbeit und den „EINBLICK" als übergreifend und überparteilich verstanden wissen. Hier hat Gezänk und dogmatische Abgrenzungen nichts verloren. Es muß vollkommen gleichgültig sein, wie groß eine Partei oder eine Organisation auch ist, wieviel politische oder auch persönliche Unstimmigkeiten über die Wege und Formen, über Inhalte und ganze Themenkomplexe untereinander herrschen. Die Anti-Antifa-Arbeit muß geradezu das Bindeglied der Widerstandskraft jeder einzelnen Vereinigung, Partei und Organisation sein, die aufgrund ihrer gesellschaftlichen, ethnischen, revolutionär-sozialistischen aber auch wertebeständig-konservativen Weltanschauung das Feindbild von destruktiven Kräften, linken Polit-Chaoten, Anarchogangs und linkslastigen Rockerbanden darstellt.*

Linke Verbrecher machen keinen Unterschied zwischen einem Mitglied des

'Deutschland-Forums' der CDU und dem Skinhead und Mitglied der ehemaligen 'Deutschen Alternative'. (...)". (aus „Der Einblick").

Selbstredend können militante Antifaschistische Aktionen ein Auslöser für Racheaktionen der Neonazis sein. Das Entstehen der sogenannten Anti-Antifa als eine solche Vergeltungsmaßnahme für all die Rückschläge, die besonders die Neonazis in der alten BRD durch militante AntifaschistInnen erleben mußte, zu werten, verdreht die Situation. Dem Terror der Neonazis, der sich bislang vor allem gegen „AusländerInnen", gegen Behinderte und gegen Obdachlose richtete, wurde von Seiten der bundesdeutschen Nachrichtendienste, der Polizei und der Justiz nichts Nennenswertes entgegengesetzt. Die fortschreitende Organisierung der Neonazis wird verharmlost, heruntergespielt und entpolitisiert. Widerstand gegen den faschistischen Terror und das legitime Recht auf Selbstverteidigung wird dagegen kriminalisiert.

Da die staatlichen Organe nicht dazu bereit sind geeignete Schritte zur Zerschlagung des Neofaschismus einzuleiten, muß aus der Antifaschistischen Bewegung heraus Druck ausgeübt werden. Hintergrundinformationen, Fotos und andere Belege für die fortschreitende Entwicklung des Neofaschismus werden seit Jahren von AntifaschistInnen gesammelt und veröffentlicht. Diese Zeitschrift tut das ihrige dazu. Damit wurde und wird den Organisatoren des faschistischen Terrors Name und Gesicht gegeben und ihr Einfluß zurückgedrängt. Auf diesem Wege lassen sich Faschisten jeglicher Coleur aus ihrer Anonymität reißen, können Verbindungen zwischen Neofaschismus, Braunzone und auch dem Staatsapparat belegt werden, hat die Öffentlichkeit die Möglichkeit, Protest und Widerstand zu entwickeln.

Die Neonazis erklären deutlich, daß der „Einblick" wesentlich weiter greifen soll, als in der Organisierung des Terrors gegen militante AntifaschistInnen:

„(...) *DER EINBLICK soll ein erster kleiner Schritt in die Gegenrichtung sein, um dem zerstörerischen Charakter der linken Antifa und der militanten Anarchoszene entgegenzuwirken. Damit nicht genug. Die geistigen Brandstifter und (Ver)führer der verhetzten Jugend im schwarzen Block sind die Verbrecher in den Universitätssälen, die 'Pseudo'-Dichter und Denker der linken Kommerzmafia, die mit der Auspeitschung jeglichen Deutschtums ihr widerliches Leben finanzieren und somit zum Haßklima gegen alles Normale und Anständige beitragen. Ja, die Herren Literaten, Professoren, Richter, Anwälte, die letzten Überbleibsel einer zumal gescheiterten 'Pseudo'revolution anno 1968 gehören zu den Einheizern des Antinationalismus. Sie sitzen in Ämtern und Parlamenten. Sie sind die geistigen Väter der 'Nie wieder Deutschland'- und 'Deutschland verrecke'-Bewegung der militanten linken Anarchoszene. Jenen kranken Typen und ihren Wasserträgern, die täglich Gesinnungsterror gegen nationale Deutsche betreiben, die boykottieren und überall Zerstörung in das Privatleben der letzten anständigen Deutschen bringen, soll unsere Antwort nicht vorenthalten werden. Auch ihnen werden wir 'unruhige' Nächte bescheren und nicht zuletzt den gleichredenden Inquisitoren der bundesrepublikanischen Denkfabriken, dem Berufsstand der Journalisten, die zum größten Teil freiwillig wohl 'mehr' tun um uns zu ketzern und keinen Augenblick auslassen um unser Vaterland in den dreckigen Schmutz ihrer teuflischen Phantasie zu ziehen. (...)*"

Die politische Intention der Anti-Antifa sollte mit diesen Zitaten aus dem „Einblick" deutlich geworden sein. Die Anti-Antifa soll mehrere Aufgaben erfüllen:

- Die direkte Bekämpfung politischer Gegner organisieren.
- Unorganisierte Anhänger, z.B. rechte Skinheads, zum Terror gegen AntifaschistInnen motivieren.
- Die Einheit der unterschiedlichen Strömungen der NS-Bewegung manifestieren.
- Die Zusammenarbeit der Neonazis mit den etablierten rechten Wahlparteien forcieren und Abgrenzungen überwinden.
- Die Gemeinsamkeiten aller nationalistischen, rassistischen und antikommunistischen Kräfte herausstellen, mit dem Ziel des Zurückdrängens jeglichen fortschrittlichen und emanzipatorischen Einflusses in Staat und Gesellschaft der BRD.

Das eigentlich Neue am Einblick ist die politische Intention, die hinter der Anti-Antifa steckt. Die direkte Bedrohung politischer Gegner, Einschüchterung und Terror, sind nicht neu, sondern gehören zum Wesen des Faschismus.

Wer steht im Einblick?

Die veröffentlichten Listen sind regional sehr unterschiedlich. Die Anti-Antifa Berlin/Brandenburg führt in erster Linie Adressen und Telefonnummern von politischen Zentren wie dem Mehringhof, in dem die unterschiedlichsten Initiativen arbeiten, oder 3.Welt- und Infoläden auf. Für Berlin werden 5 Einzelpersonen genannt: Zwei Journalisten, ein Mitarbeiter einer Presseagentur, eine Verantwortliche (wohl im Sinne des Pressegesetzes) von Antifaschistischen Flugblättern und ein Mann, der „gegen die 'angebliche' Justiz gegen Linke ins Feld zieht" - in welchem Zusammenhang auch immer. Aus Brandenburg werden 9 Namen mit Adressen und Telefonnummern genannt. Alle 9 kommen aus Senftenberg, einer Kleinstadt mit einer sehr überschaubaren Szene.

Ohne die Nennung einer recherchierenden Anti-Antifagruppe werden die Namen und Adressen eines Ehepaares und das Postfach eines vermeintlichen Pseudonyms aus Nordhessen genannt. Auch die genaue Anschrift des Arbeitsplatzes des Mannes sowie eine Beschreibung des Grundstückes des Ehepaares fehlt nicht. Ein nahezu identischer Text zu den genannten Personen fand sich sowohl schon in der August-Ausgabe 1993 der „DESG-inform" (monatlich erscheinendes Heft der neurechten „Deutsch-Europäischen Studiengesellschaft") als auch in der „Europa vorn", ein 14-tägig erscheinendes Blatt, das man getrost als Hauspostille der „Deutschen Liga für Volk und Heimat" bezeichnen kann. Die Veröffentlichung im „Einblick" setzte hier nur noch einmal einen drauf.

Die Anti-Antifa Nord erstellte eine Liste von über 50 vermeintlichen AntifaschistInnen, zum größten Teil mit Adressen und Telefonnummern, aus der ostfriesischen Kreisstadt Aurich und ihrer Umgebung. Zusätzlich werden das Jugendzentrum, ein Obdachlosenasyl und eine Liste mit Kfz-Kennzeichen aufgeführt. Hinten angestellt ist ein Artikel, mit dem versucht wird die politische Situation in Aurich, wie sie sich für die Nazis darstellt, zu beschreiben. Auf Nachfrage von JournalistInnen erklärte ein hochrangiger Polizist aus Aurich, daß „ihnen" die Liste schon seit Anfang des Jahres 1993 bekannt sei ...

Ebenfalls von der Anti-Antifa Nord werden aus Sörup (Schleswig-Holstein)



Alte Nazi-Drahtzieher: Das Mainzer Ehepaar Curt und Ursula Müller beim Heß-Gedenkmarsch.

der *„örtliche grüne Kommunist und Antifa-Chef“* M. und die *„Kommunistin alter Schule“* O. mit vollen Namen, Adressen und Tel.-Nummern genannt.

Bezüglich Hamburg greift die Anti-Antifa Nord auf eine Veröffentlichung in der Zeitung der „Nationalen Liste“, „INDEX“, vom August 1992 zurück. Dort werden in erster Linie Zentren und Treffpunkte von linken Gruppen und Organisationen genannt. Für den „Einblick“ neu aufgenommen wurden die Anschrift einer Druckerei, die „aus Antinationalistischer Motivation (...) ihre Tätigkeit für die Nationale Liste eingestellt“ hat sowie Name, Adresse und Tel.-Nummer eines vermeintlichen Mitgliedes der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN/BdA).

Auf der letzten Seite, die der „Einblick“ der Anti-Antifa Nord zur Verbreitung ihrer „Erkenntnisse“ zur Verfügung gestellt hat, werden zum wiederholten Male Name, Adresse und Tel.-Nummer des DGB-Kreisvorsitzenden Klöpper aus Wilhelmshaven, sowie die seines Rechtsanwaltes, genannt. Klöpper hatte im Mai 1992 eine Demonstration gegen den neonazistischen „Deutschen Kameradschaftsbund“ (DKB) angemeldet und wurde dann zur Zielscheibe einer Brief- und Telefonterror-Kampagne. Angezettelt hatte diese Kampagne der ehemalige Vorsitzende des Ende 1992 verbotenen DKB, **Thorsten de Vries**, der mit der Hilfe von seinem „Führer des militanten nationalen Widerstandes“, **Christian Worch** aus Hamburg, einen Steckbrief von Klöpper als Flugblatt herausgegeben hatte.

Die restlichen neuen „Erkenntnisse“ der Anti-Antifa Nord beziehen sich auf die Adressen und teilweise Tel.-Nummern des „Theorie und Praxis-Verlages“, Hamburg, der „Trotzkistischen Liga Deutschlands“ (incl. ViSdP), Hamburg, der „Antifaschistischen Zeitung“ aus Kiel (incl. ViSdP), der DFG-VK aus Kiel, der „links-anarchistischen“ Zeitung“ AVANTI aus Kiel sowie Name und Anschrift eines vermeintlichen Mitarbeiters der Zeitschrift „VORAN“ aus Lübeck.

Die Anti-Antifa Rhein/Main nennt 8 vermeintliche Antifaschisten mit Namen, Adressen und teilweise Tel.-Nummern: Den angeblichen „Leiter“ des Infoladens in Wiesbaden, einen Mann aus Reinheim, der angeblich im Zusammenhang mit einer Aktion gegen Neonazis von der Polizei festgenommen wurde, einen DGB-Funktionär aus Wiesbaden, einen Ratsherren der GRÜNEN aus Langen und den angeblichen „Kreisleiter“ der DKP aus Langen. Ferner einen Beigeordneten im Rathaus der Stadt Mainz, der angeblich für das Verbot einer „Privatfeier“ auf dem Gelände der Gärtnerei Müller in Mainz verantwortlich sei. (**Kurt** und **Ursula Müller** sind zentrale Figuren der bundesdeutschen NS-Szene; auf ihrem Gelände fanden in der Vergangenheit immer wieder Sonnenwendfeiern und Feiern zu Hitlers Geburtstag statt.)

Weiter werden ein Mitglied der GRÜNEN aus Rüsselsheim und ein vermeintlicher Kommunist aus Mainz genannt. Die übrigen Erkenntnisse der Anti-Antifa Rhein/Main beschränken sich wieder auf Buchläden, Cafe's, Infoläden sowie den AStA der Mainzer Universität. Zum Ende werden noch 3 Firmen genannt, die ein Flugblatt mitunterzeichnet hatten, das zur Solidarität mit einem verhafteten Antifaschisten aufrief.

Die Anti-Antifa Süd nennt 3 vermeintliche Antifaschisten aus Lörrach, bzw. Fischingen mit Namen und Adresse sowie einen mutmaßlichen Mitarbeiter des Trotzdem-Verlages aus Reutlingen (plus Verlagsadresse aus Grafenau). Fünf Fahrzeuge aus Lörrach, bzw. Freiburg sollen „im Zusammenhang mit Antifaschistischen Aktionen“ aufgefallen sein und werden mit Typ, Farbe und Kfz-Kennzeichen genannt. Ganz weit aus dem Fenster lehnt sich die Anti-Antifa Süd mit der Nennung von zwei MitarbeiterInnen des Jugendschutzes, bzw. des Kinderbüros aus Karlsruhe. Weitere Angaben betreffend Lörrach, Friedrichshafen, Freiburg, Tübingen, Stuttgart, Albstadt und Villingen-Schwenningen sind dem „Antifaschistischen Kalender“ entnommen.

Für den Rhein/Neckar-Kreis werden zwei Mannheimer Jugendzentren, die Postfachadresse eines „Aktionsprojektes Antirassismus“ aus Ludwigshafen, der Infoladen in Heidelberg und Name und Postfach eines Mannes aus Wiesloch genannt.

Über 30 Namen, nur zum Teil mit Adressen und Tel.-Nummern, nennt die Anti-Antifa West in ihrem Beitrag im „Einblick“. Darunter befinden sich ein angeblicher Pressesprecher der VVN aus Bochum, eine private Kontaktadresse der SPD-nahen Jugendorganisation „Die Falken“ aus Dortmund und ein SPD-Landtagsabgeordneter aus Bochum-Wattenscheid. Im Einzelnen:

Aus Bad Honnef wird das Postfach der dortigen Antifa und eine Privatperson mit Adresse und Tel.-Nummer genannt. Aus Dortmund 8 Namen und zusätzlich die Anschriften von Organisationen/Gruppen wie die örtlichen GRÜNEN, der Westfälisch-Jüdische Jugendbund sowie von Antifagruppen.

Aus Bochum/Wattenscheid werden einzeln, oder auch im Zusammenhang mit Kontaktadressen, 19 Namen genannt, darunter eine Sozialarbeiterin eines kirchlichen Ausländer- und Füchtlingsbüros.

Ohne konkrete Namen, aber mit Adressen und teilweise Tel.-Nummern, werden der 3.Welt- und Buchladen, die Infostelle 3.Welt und ein Verein „Multi Kulti" aus Witten genannt.

Unter der Überschrift „Achtung Kommunisten" werden die Adressen der MLPD-Bezirksleitungen Ruhr-Westfalen und Rheinland, die privaten Kontaktadressen der MLPD-Ortsgruppe Düsseldorf und der Aktion „Arbeitsplätze für Millionen" sowie die Kontaktadressen der Zeitschrift „PROJEKTIL" (c/o unrast, Münster) und der VVN-BdA Düsseldorf aufgeführt.

In Wermelskirchen wurden als „Ausgangspunkt und Zentrum linker Chaoten" das Autonome Jugendzentrum sowie das Antifa-Cafe' mit Adressen und Tel.-Nummern genannt. Beschwert wird sich darüber, daß der Träger der Einrichtung, in dem das Antifa-Cafe' seinen Sitz hat, die Stadtverwaltung bzw. das Jugendamt sei, dessen Postfach und Tel.-Nummer ebenfalls genannt werden.

Im Jugendzentrum Megaphon in Burscheid, werden angeblich 'deutschgesinnte Jugendliche ausgegrenzt'. Deswegen finden sich auch der Stadtdirektor und der Leiter des Jugendzentrums mit ihren Namen im „Einblick".

Weiter werden die Adressen der Antifa-Cafe's in Leverkusen und Remscheid genannt, sowie die Kontaktadressen von Antifagruppen aus Gevelsberg und Lüdenscheid.

Für den Kreis Bonn/Rhein-Sieg wird als erstes das Antifaschistische Jugendinfo genannt - mit Kontaktadresse und Namen des Kontoinhabers der Bankverbindung. Eine umfangreiche Liste von Firmen, Cafe's und Personen, die im Jugendinfo der Antifa-Jugendfront Bonn/Rhein-Sieg inserieren, sowie eine Liste „weitere Unterstützer linker Schmuddelpresse" folgt. In diesen Listen werden 3 Namen aufgeführt. Der „Einblick" empfielt: „Vor Aktionen sollte hier mit bürgerlichen Inserenten ein aufklärendes Gespräch stattfinden. (...) Den Versuch den Linken den Geldhahn für ihre gewaltverherlichenden Papierposaunen abzudrehen sollte durchweg überall unternommen werden."

Zwei angebliche Bonner „Gewalttäter aus der Anarchoszene" werden mit Namen Adressen und Tel.-Nummern genannt.

Zum Abschluß werden die Kontaktadressen vom Antifa Cafe' (c/o Infoladen) in Köln, vom Antifa AK (c/o Jugendzentrum) in St.Augustin, des Antifa AK der GRÜNEN und die GRÜNEN im Rat der Stadt Bonn, die Antifa im AStA der Fachhochschule Koblenz und das Antifaschistische Aktionsbündnis (c/o Friedenszentrum) in Trier aufgeführt.

Die Realität der Bedrohung

Der Aufschrei nach der Veröffentlichung des „Einblick" kommt zu spät. Die Zusammenstellung solcher Listen war nur eine Frage der Zeit. Und er übertönt die stillen Schreie aller durch die Faschisten bedrohten Menschen, die als „nicht-arisch", „undeutsch" oder „unwert" Tag für Tag, Nacht für Nacht um Leib und Leben fürchten müssen. Gewiß, Telefonterror ist unangenehm - aber wenn Betroffene keine neue Tel.-Nummer erhalten, dann bleibt eben nur die Anschaffung eines Anrufbeantworters. Die Gefahr, auf dem Nachhauseweg von Neonazis überfallen zu werden, ist für die Betroffenen real. Aber muß nicht jede Frau und jedes Mädchen tagtäglich fürchten, einem Vergewaltiger in die Hände zu laufen?

Die Möglichkeiten der Selbstverteidigung sind individuelle Wege, die aber begangen werden müssen. Das sollte für engagierte AntifaschistInnen nichts Neues sein. Auch ohne „Einblick" gab es immer wieder Zeiten und Regionen, in denen Menschen mit „linkem Outfit" nicht ohne Sorge um ihre Sicherheit durch die Straßen gehen konnten. Welche/r Schwarze, welche/r „nicht-arische" AusländerIn, muß nicht schon seit mehreren Jahren, allein wegen seiner Haut- oder Haarfarbe, vor Überfällen durch Rassisten auf der Hut sein?

Die Dimensionen des alltäglichen Sexismus und Rassismus in Deutschland sind im Verhältnis zu der Bedrohung, die jetzt aus politischen Gründen gegenüber vermeintlichen und tatsächlichen AntifaschistInnen erfolgt ist, um ein vielfaches größer. Davor verschließen viel zu viele die Augen.

„Schwarze Listen" hat es nach 1945 immer wieder gegeben. In den 50er Jahren standen KommunistInnen und SozialdemokratInnen an erster Stelle solcher Pamphlete, wenn an die Praktiken des „Bund Deutscher Jugend"(BDJ) erinnert werden darf. Oder Anfang der 70er an die Aktivitäten des NPD-Ordnerdienstes. Aufrufe zur „Feindaufklärung" gab es von der NSDAP/AO, der ANS/NA und auch der FAP. Prahlte nicht der frühere FAP-Landesvorsitzende aus Niedersachsen, **Karl Polacek**, kurz vor seiner Ausweisung nach Östereich mit einer umfangreichen Datensammlung? Was war denn mit der ca.200 Namen umfassenden Liste, die 1992 bei einer Hausdurchsuchung bei NF-Anhängern in Braunschweig gefunden wurde?



Der Einblick-Postfach-Inhaber: Henrik Asferg-Kristensen neben ihm Worch, Weidner und Claude Cornilleau.

Jeder Mensch, der mit seinem Namen öffentlich zugänglich zu seiner Antifaschistischen Gesinnung steht, kann potentiell auf einer Liste der Faschisten stehen. Und wie ein genaueres Studium des „Einblicks" zeigt, sogar noch einige mehr. Der größte Teil der im „Einblick" verbreiteten Adressen ist ohne viel Aufwand aus Kontaktadressen von Gruppen und Organisationen zusammenzustellen gewesen. Dazu brauchte es nicht viel mehr als den Ankauf eines Antifa-Kalenders oder das Einsammeln von Flugblättern. Es ist davon auszugehen, daß es regional weitaus mehr „Erkenntnisse" über tatsächliche oder vermeintliche AntifaschistInnen gibt, als im „Einblick" aufgenommen wurden. Sollte es eine zweite Nummer geben, wird sie sicherlich bedeutend umfangreicher werden als die erste. Die Werbe- und Agitationstrommel wurde von den Massenmedien weit effektiver gerührt als durch die Annon-



„Der Einblick" - Namenslisten, die einschüchtern sollen.

cen der Anti-Antifa in rechten Publikationen. Manch ein kleiner Nazi-Skin wird sich jetzt dazu berufen fühlen, eine Liste seiner „Feinde" aus Schule, Disco oder Jugendzentrum an das Postfach in Dänemark zu schikken. Und manche lokale Faschistengruppe, die aus irgendwelchen Gründen den Redaktionsschluß der ersten Ausgabe verpaßt hat, wird das jetzt nachholen. Na und. Betroffene, ob sie mit ihrem Namen nun im „Einblick" stehen oder aus anderen Gründen sicher sein können, daß sie Ziel eines faschistischen Anschlages werden könnten, sollten überlegt mit dieser Realität umgehen: Welche Selbstschutzmaßnahmen sind möglich und angebracht? Wissen die Nachbarn über die Bedrohung Bescheid? Gibt es eine Telefonkette, die im Notfall andere AntifaschistInnen mobilisieren kann? Ist ein dauerhafter Schutz durch FreundInnen oder Antifaschistische Gruppen nötig und möglich? Verständigt man die Polizei, wo man doch vielerorts über das gute Verhältnis zwischen Polizei und Neofaschisten Bescheid weiß?

Fragen, die nur kollektiv von Betroffenen und ihren FreundInnen zu beantworten sind - wodurch die Veröffentlichung des „Einblick" eventuell auch etwas Positives hat:

Viele Menschen, die auf den Listen stehen, sind überhaupt nicht in Antifaschistischen Gruppen oder anderen politisch arbeitenden Initiativen engagiert. Vielleicht ist das jetzt ein Grund, das zu ändern. ◪

Raimund Hethey

Anti-Antifa, Aufmarsch und schwarze Liste: Ostfriesland landunter?

In der Publikation „Einblick" werden auffällig viele Personen und PKW-Kennzeichen erwähnt, die aus Aurich kommen. Die Relation der Namensnennungen macht hellhörig: von 118 tatsächlichen Namen, die nicht aus allgemein zugänglichen Publikationen stammen, werden im „Einblick" ganze 48 aus der ostfriesischen Kleinstadt genannt. Woher kommt die Aufmerksamkeit, die Aurich zuteil wird? Mit einem historischen Rückblick wird im folgenden auf die Tradition von Terrorlisten hingewiesen und am aktuellen Fall gezeigt, wie die Nationale Liste (NL) unter Ägide ihrer Hauptrepräsentanten Thomas Wulf und Christian Worch mit alten Konzepten in Ostfriesland fußfassen will und Stimmungsmache betreibt.

Stimmungsmache durch politische Listen

Bereits im Jahre 1928 hatten Nationalsozialisten „schwarze Listen" über Auricher BürgerInnen angelegt, die den Faschisten nicht genehm waren. Nach dem II. Weltkrieg führte ein britischer Offizier eine Liste von allen politisch aktiven BürgerInnen aus Aurich. DER SPIEGEL notierte in seiner Ausgabe vom 18. Mai 1950 dazu: „Vorsichtige Friesen hatten Ärger mit englischer Vergeßlichkeit. Ein Offizier der britischen „Public Safety" in Aurich führte dienstlich Listen über die Mitglieder der gegenwärtig zugelassenen politischen Parteien. (...) Interessierte Forscher entdeckten, daß viele und zum Teil angesehene Bürger nicht nur einer, sondern zwei oder drei Parteien gleichzeitig angehörten. Manche hatten diverse Schattierungen von ganz links bis ganz rechts kombiniert. Jetzt machen die Namen der Mitgliedsbücherwürmer in Aurich die Stammtischrunde." Die amtliche Zuordnung nach politischen Kriterien und heimliche Auflistung Auricher BürgerInnen führte zu einer Polarisierung zwischen links und rechts, ein Vorgang der sich bis heute fortsetzt und in der Kleinstadt immer wieder für erhebliche Unruhen sorgt.

Bei den zweiten Landtagswahlen in Niedersachsen im Mai 1951 erzielten (Neo-) Faschisten ein herausragendes Ergebnis. Bereits im Vorfeld der Wahlen kam es zu ersten handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen politischen Kontrahenten. Während einer Kundgebung der „Deutschen Reichspartei" (DRP) am 15. April 1950, im November wurde die „schwarze Fahne" der Bauern durch Aurich getragen. Für Wahlkampf-Furore sorgte die Partei des heute noch aktiven Generalmajors a.D. **Otto Ernst Remer**.

Remer war 1944 wegen seiner besonderen Verdienste bei der Niederschlagung des Widerstands vom 20. Juli zum Generalmajor befördert und von Hitler persönlich gelobt worden, obwohl der Opportunist Remer am Anfang mit dem „Widerstand" liebäugelte. Noch 1993 wird der inzwischen 81jährige aufgrund seiner antisemitischen und volksverhetzenden Propaganda in seiner „Remer-Depesche" zu einer Haftstrafe von 22 Monaten verurteilt. Seine Auftritte bei der militanten neofaschistischen „Freiheitlich Deutschen Arbeiterpartei" (FAP) sind in dem Film „Wahrheit macht frei" von Michael Schmidt dokumentiert.

Die „Sozialistische Reichspartei" (SRP) entfaltete in Ostfriesland eine rege Wahlkampfaktivität. Der Kreisverband Aurich führte vom 1. Oktober 1950 bis zum Wahltag ca. 40 öffentliche Versammlungen durch. Die erste Großkundgebung fand am 28.11. mit rund 700 Besuchern statt. Hauptredner war Remer, dem seine Kritiker nachsagten, er wolle sich durch siegreiche Saalschlachten die gekreuzten Stuhlbeine zum Eichenlaub des Ritterkreuzes verdienen. Das Wahlergebnis fiel eindeutig zugunsten der Faschisten aus: Remers SRP erzielte auf Anhieb 24% der Stimmen und wurde stärkste Partei in Aurich. Ein Grund für den hohen Wahlerfolg in Aurich und anderen niedersächsi-

schen Städten (das Spitzenergebnis wurde mit jeweils 32,9 % im Wahlkreis Diepholz und Bremervörde erreicht) mag in der ökonomischen Krisensituation zu Beginn der 50er Jahre liegen.

Auf massivem Druck der Gewerkschaften wird die 1949 gegründete SRP durch das Bundesverfassungsgericht am 23. Oktober 1952 verboten. Nach dem Verboten bildeten sich allein in Niedersachsen 61 Tarngruppen, die die Politik der SRP weiterführen wollten, darunter etliche Gruppierungen, die sich als „Unabhängige Wählergemeinschaft", „Freie Deutsche Wählergemeinschaft" und ähnliches bezeichneten. In Ostfriesland gelang es den anderen bürgerlichen Parteien, insbesondere der CDU mit weit nach rechts angelegten Bündnislisten, bei den nächsten Wahlen einen großen Teil des faschistischen Wählerpotentials zu integrieren.

Mit Gründung der „Nationaldemokratischen Partei" (NPD) am 28./29. November 1964 in Hannover wurde ein neues Sammlungsbecken neofaschistischer Kräfte aus der Taufe gehoben. Die NPD erhielt bis 1969 in sieben Landesparlamenten Sitz und Stimme. Als mit 4,9% der WählerInnenstimmen bei den Bundestagswahlen 1969 die parlamentarische Fahnenstange erreicht war, versuchten aus der NPD sich heraus entwikkelnde Kleingruppen, mit Kampagnen und militanten Kampfformen Stimmung gegen die sozialliberale Regierung zu machen. Aus der „Aktion Widerstand", der „Aktion Neue Rechte", den „Deutschen Aktionsgruppen" erfolgten erste organisierte Gewaltaktionen, die schließlich ihren Höhepunkt mit dem Bombenattentat auf das Münchner Oktoberfest und Brandanschlägen auf vietnamesische Asylunterkünfte erreichten. Parallel dazu lief eine Vernetzung von Gruppierungen, die massiv für eine Rehabilitierung der NSDAP arbeiteten. Die Vorläuferorganisation der heutigen „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" (GDNF) ist die „World Union of Nationalsocialist" (WUNS).

Im Süden der Bundesrepublik machte sich die Wehrsportgruppe (WSG) **Hoffmann** einen Namen mit öffentlich durchgeführten paramilitärischen Übungen und die „Volkssozialistische Bewegung Deutschlands" (VSBD) des **Friedhelm Busse** (heute Bundesvorsitzender der FAP) mit bewaffneten Banküberfällen.

Von der NJO zum DKB

Verbindungen zur VSBD hatte auch eine WSG aus Emden: die „Nationale Jugend Ostfrieslands" (NJO). Die NJO war eine der NPD nahestehende Organisation. Bundesweit bekannt wurde die NJO durch ein antisemitisches Spiel, von dem die Illustrierte STERN ein Foto veröffentlichte, auf dem ein Jugendlicher mit einem Judenstern gekennzeichnet in der Erde verbuddelt wird. Über die Mitglieder der NJO **Michael Tomalak**, **Joachim (Hajo) Bayerer** und **Thomas Hamphoff** berichteten Ulrich Leinweber in seinem Film „Kein Land in Sicht" und eine Monitor-Sendung. Insgesamt 48 Personen aus Ostfriesland und dem Weser-Ems-Gebiet beteiligten sich an dem militanten Netz von Neo-Faschisten.

Ein Teil dieser Gruppen distanzierte sich bewußt von dem Leitbild „Adolf Hitler" und schwor auf die Gebrüder Otto und Gregor Strasser. Otto Strasser hatte 1930 mit dem Ruf „Die Sozialisten verlassen die NSDAP" seinen Austritt aus der NSDAP propagiert und die „Schwarze Front" gegründet. Bruder Gregor wurde 1934 von seinen eigenen Parteileuten umgebracht. Beide Strassers haben nie einen Hehl daraus gemacht, daß sie Hitler für einen „Schwachkopf" hielten, der nicht hart genug durchgreifen würde. Die Anti-Hitler-Position war also alles andere als antifaschistisch.

In Ostfriesland orientierte sich die 1980 gegründete „Kampfeinheit Nationaler Sozialisten" (KNS) an der Strasser-Linie. Einen solchen Schritt hatte auch **Michael Kühnen** mit seiner „Aktionsfront Nationaler Sozialisten" (ANS) unternommen. Zusammen mit den „Kameraden" aus Ostfriesland fand man sich in der WUNS wieder. Keine Frage, daß auch **Christian Worch** mit von der Partie war und Kontakte nach Ostfriesland seit jener Zeit hat. Verschiedene örtliche Gruppen wie die „National Friesische Jugend" aber auch überregional operierende Zusammenschlüsse wie der „Studentenbund Schlesien" (SBS), der vom NPDler **Hans-Michael Fiedler** und dem Terroristen **Odfried Hepp** wiederbelebt wurde, arbeiteten in Ostfriesland organisiert für die „nationale Sache", ganz konkret für ein „Viertes Reich", das von der reaktivierten NSDAP geführt werden sollte. Der Gau Weser-Ems wurde vor allem von **Peter Hebbel, Jürgen Kühl** (NPD) und dem Verfassungsschutzagenten und NPD-Kassenwart **Werner Gottwald** aus Oldenburg vertreten. Das Engagement von Gottwald belegt die Verstrickung staatlicher Institutionen im Netz der militanten Neo-Faschisten, wobei sich Gottwalds Aktivitäten beileibe nicht nur auf beobachtende Tätigkeiten beschränkten. Mithilfe seiner Erkenntnisse war das Land Niedersachsen und auch der Bund genauestens über die Machenschaften der Neo-Faschisten seit spätestens Mitte der 70er Jahre informiert. Die breite Öffentlichkeit erfuhr nichts über die aus Steuermitteln der BürgerInnen getragene Arbeit, sondern wurde mit Hinweisen auf „durchgeknallte" Einzeltäter ruhig gestellt. Auch in diesem Zusammenhang gab es eine Fülle von Namenslisten, die der Agent „Reiser", so Gottwalds Deckname, an seinen Führungsoffizier nach Hannover schickte. So sandte Gottwald eine private Telefon- und Adressenliste mit persönlichen Notizen des „Nationalrevolutionärs" **Roland Wehl** (beherbergt heute die „Junge Freiheit"-Redaktion in Berlin) nach Hannover. Für den amtierenden Innenminister Glogowski (SPD) ist das Schnee von gestern, für den er keine Verantwortung zu tragen habe. Nur der Mann, der damals schon für den VS die Presse informierte, ist immer noch derselbe: Heinz-Rüdiger Hesse.



Thomas Wulff ‚Steiner", Vorsitzender der ‚Nationalen Liste Hamburg".

Harte Töne, feste Schläge

Mitte der 80er Jahre machen faschistische „Skinheads" auf sich aufmerksam, die vordergründig nur über eine Musik-Kultur zusammenhingen. Sie tauchten öfter vor Jugendzentren auf und zettelten dort und an Kiesgruben Schlägereien an. Die Medien

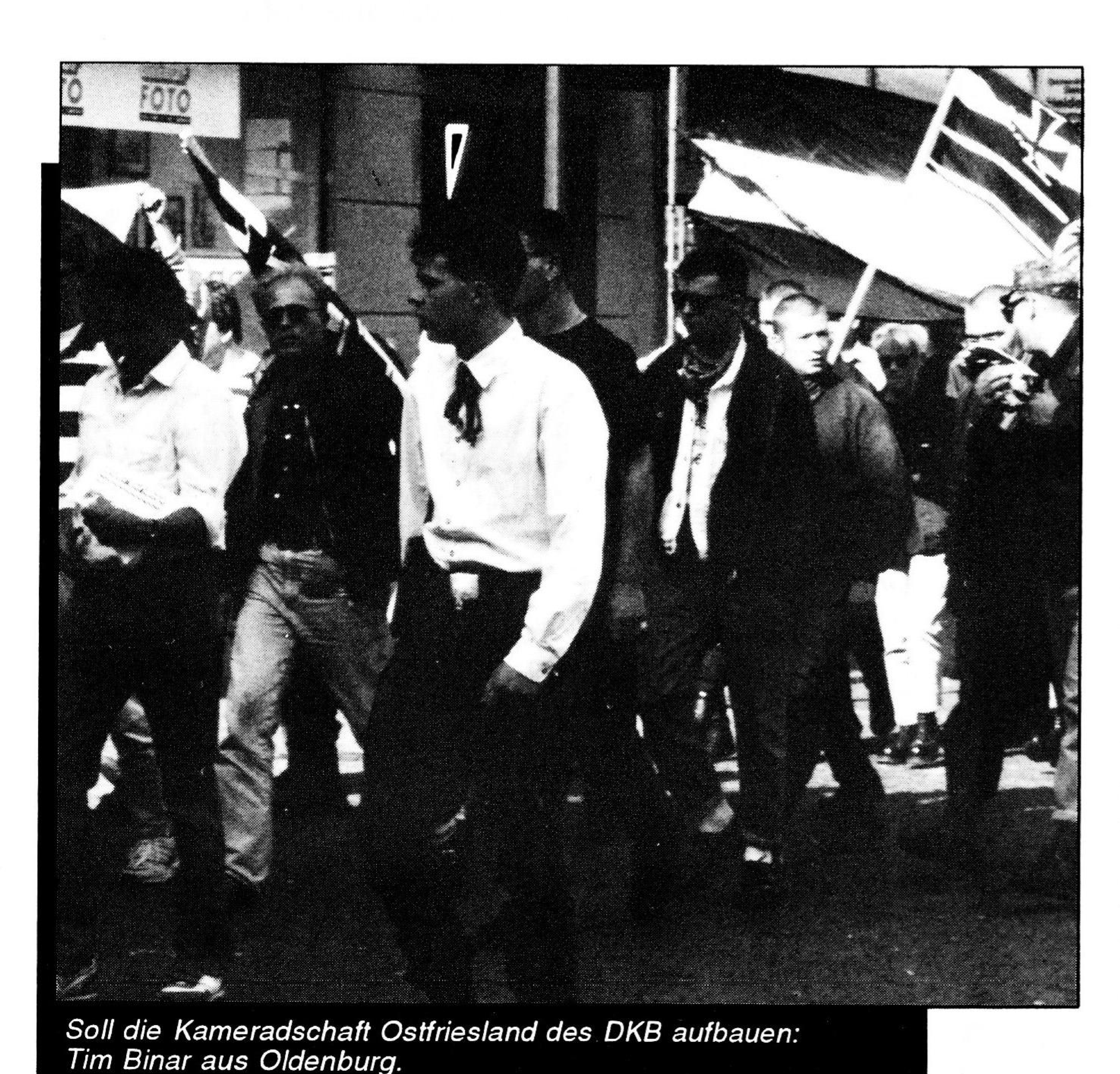


Thorsten de Vries, der Wilhelmshavener Vasall des Neonazis Christian Worch.

griffen das Problem mit der Feststellung auf, daß die Gewaltbereitschaft von Jugendlichen zunehme. Sogenannte „Hooligans" sorgten zu der Zeit in Fußballstadien allwöchentlich für Schlagzeilen.

Die Organisierung dieser mittelständischen „Subkultur" für Ostfriesland übernahm der alte und geschulte NPD/JN-Kader, der in engem Kontakt und unter Anleitung der Nationalen Liste (NL) des **Christian Worch** und **Thomas Wulf** aus Hamburg arbeitende inzwischen 33jährige **Thorsten de Vries**.

In der Postille der Nationalen Liste, für die Thomas Wulf presserechtlich verantwortlich zeichnet, wird die Arbeit von de Vries entsprechend gewürdigt: „Deutscher Kameradschaftsbund baut auf! Der Kameradschaftsbund hat eine Kameradschaft in Ostfriesland gegründet. Am Sonntag, dem 20.09.1992, führte der DKB eine Gründungsveranstaltung im Ostfriesischen Norden durch. Die neugegründete Kameradschaft Ostfriesland setzt sich aus den bisherigen losen Kameradengruppen Norden, Leer, Wittmund und Jever zusammen. Der DKB verfügt damit nach den Kameradschaften Wilhelmshaven, Friesische Wehde, Oldenburg, Delmenhorst und Bremen über eine sechste arbeitsfähige und organisierte Gruppe. Mit dem Aufbau wurden der Kamerad **Peter Klein-Ganseiy** (!) aus Leer und die Kameradin **Bianca Reiß** aus Ostfriesland beauftragt." (INDEX 11/1992) Abgesehen von der Unfähigkeit der Hamburger Redaktion, die Namen ihrer „KameradInnen" richtig zu schreiben, ist diese Meldung insofern überholt, daß inzwischen der Oldenburger **Tim Binar**, die Rolle Ganseijs übernommen hat. In der Tat hat Thorsten de Vries die bisher mitgliederstärkste neofaschistische „Jugend"gruppe nach 1945 im Weser-Ems-Gebiet auf die Beine gestellt.



Soll die Kameradschaft Ostfriesland des DKB aufbauen: Tim Binar aus Oldenburg.

VS-, Index-, Einblick- und andere Listen

Die Übereinstimmung von „INDEX" und „Einblick" läßt auf Urheber schließen oder Abschreibkünstler. Identisch sind nicht nur die faktischen Angaben und die zum Teil merkwürdige Reihenfolge, sondern auch die Unzulänglichkeit bei der Zeichensetzung, wenn ein erweiterter Infinitiv auftaucht. Hier sollten Deutschstunden Nachhilfe schaffen.

Die Folge der Veröffentlichung war die berechtigte Angst der Betroffenen. Die spontane Idee von einigen hundert AuricherInnen sich selber auf eine Liste zu setzen, führte zu weiteren Namenslisten. Die Neo-Faschisten haben ihre Liste inzwischen von 48 auf 73 erhöht und als Symbol das Diktum von **Winfried Arnulf Priem** „Antifatzke" übernommen. Telefonterror, abendliches Rumhängen von Fascho-Skins in Gärten sowie postalisch zugestellte Drohungen waren ein weiteres Ergebnis der Anti-Antifa-Arbeit. Ihr Ziel ist nach wie vor Einschüchterung und Stimmungsmache.

Auf einer anderen Seite haben die Reaktionen in der Kreisstadt Aurich etwas anderes deutlich gemacht: nicht alle AuricherInnen stehen auf der Seite der von (Neo-) Faschisten bedrohten Menschen. Das darf nur so interpretiert werden, daß bis auf die wenigen namentlich genannten (Neo-) Faschisten wie **Markus Samland**, noch andere BürgerInnen gegen die zur Antifa gezählten Personen Antipathien hegen. Genutzt wurden die von den Neo-Faschisten inszenierten Skandale auch von Kommunalpolitikern, um ihre verschiedenen Suppen auf diesem Konflikt zu kochen. Vor allem die Frage, wie mit dem Jugendzentrum „Schlachthof" in Zukunft verfahren werden soll, rückte in den Mittelpunkt der Lokalpolitik. Eine Kommerzialisierung des günstig gelegenen Objekts ist ebenso denkbar wie neue Bebauungspläne. Wer nun wie spekuliert, liegt noch nicht offen, aber einige Karten scheinen verteilt zu sein. Ein in der Angelegenheit beruflich tangierter Polizeibeamter kandidiert für einen Ableger der „bürgernahen" STATT-Partei, der Stadtdirektor Friemann (SPD) wird von einer Koalition aus CDU, GRÜNEN und Unabhängigen getragen. Man muß nicht zum Erfinder eines ostfriesischen Rollenspiels

avancieren, um die Konfliktlage analysieren zu können: aufmüpfige Jugendliche stören das ruhige mitunter todlangweilige Stadtbild. Mit restriktiver Verbotspolitik wurden die Jugendlichen auf die Straße getrieben, wo einige wenige genau das machten, was von ihnen erwartet wurde: Randale, weil die Jugendlichen einer jahrelangen Tradition entsprechend, nicht in ihrem Zentrum „Weihnachten“ oder „Silvester“ feiern durften. Schnell war das Schreckgepenst „linker Terror“ in die Presse lanciert. Das hat natürlich alles keinen organisierten Hintergrund, sondern ist dem freien Spiel der Kräfte überlassen.

Ein Stadtrat sieht rot

Dieses Land dreht sich verkehrt: in vielen Bereichen der Jugendkultur und Bildung werden Mittel gestrichen, dafür wurden 60 Millionen in ein Projekt gegen Gewalt gesteckt, mit einem Minimum an Erfolg. Demokratische Strukturen wurden zerschlagen.

Im Konzept des neuen Jugendzentrumsleiters Rosenbohm, der aus dem erlauchten Kreis der Esoterik kommt, liest sich das so: „Es ist bekannt, daß sich in den letzten Jahren innerhalb des JZ politische Aktivitäten der Antifa entwickelt und ausgedehnt haben. Das Resultat aus dieser eigendynamischen Entwicklung zeigt sich in der Form, daß die Aktivitäten im JZ von einer Gruppe dieser Besucher mitgestaltet und getragen werden. Dies hat den Raum nach außen eingeengt und die Akzeptanz (nicht zuletzt ausgelöst durch die Vorfälle der vergangenen Zeit) in der Bevölkerung zerstört.

Heute ist das JZ nach Meinung vieler Besucher praktisch ein autonomes Zentrum, in dem die dort ausgeübte politische Tätigkeit den Rahmen bestimmt. Daß sich dadurch der Besucherkreis einschränkt, liegt auf der Hand.“ (MS Rosenbohm „Überlegungen zur städtischen Jugend- und Kulturarbeit Aurichs, S.4)

Eine Auflösung solcher „Einschränkungen“, auf deren historische Entwicklung kein Bezug mehr genommen wird, fordern auch die Neo-Faschisten **Borchers**, de Vries und der Redakteur der INDEX, Thomas Wulf. In schlechtem Deutsch aber unmißverständlich heißt es in einem Flugblatt an die Polizei, Presse, Stadt usw. und später im INDEX nur schlecht korrigiert wiedergegeben: „Die Antifa Aurich und das Jugendzentrum Schlachthof stellen also weiter eine Gefahr des Öffentlichen Friedens dar. Doch sowohl die Auricher Polizei als auch die Politiker sind unfähig diese kriminellen in Ihre Schranken zu verweisen und die Antifa aus dem Jugendzentrum zu schmeißen.“ Der Anlaß der Presseerklärung ist ein „Brandanschlag auf PKW“ und „Überfall von Auricher Antifaschisten auf einer (!) Gaststätte“ in der Nacht vom 21. August 1993. Was die Urheber verschweigen und was Worch und Co im Index übernehmen, ist die Tatsache, daß die Faschisten ihren PKW selbst anzündeten, um ihre Parteikasse oder was auch immer auf diese Weise aufzufüllen. So soll laut Auskunft eines Geschäftspartners schon **Hartmut Heger**, der Gönner von de Vries, seinen Grundstock für ein Millionen-Vermögen gelegt haben. Das sich de Vries immer mehr zu einem notorischen Lügner entwikkelt, zeigte sein Auftritt in einer von N3 am 2.02.1993 ausgestrahlte Reportage mit dem reißerischen Titel „In tödlicher Absicht. Terror von rechts“. Auf die Frage des Reporters, ob er sich denn gelegentlich mit Worch oder Wulf treffe, antwortete de Vries wahrheitswidrig, daß er gelegentlich mit denen telefoniere. Christian Worch hingegen erzählte von einer gemeinsamen Silvesterfeier. Inzwischen hat ein mittlerer Polizeibeamter aus Ostfriesland die Vermutung bestätigt, daß noch weitere Jugendliche aus der Region bei diesem Treffen anwesend waren. Ein Schelm, der sich dabei etwas Schlechtes denkt.


Söldner Michel Faci (daneben: Worch)

Der Millionär, Immobilienbesitzer und Faschist, Christian Worch, hat in Aurich mit seiner Anti-Antifa-Strategie schon viel Porzellan zerschlagen. Das sollte nicht so sein! ◪

Regina Beyer

„Deutsche Polizisten schützen Faschisten!“

Bei einer Veranstaltung der CDU zum Thema „Innere Sicherheit“ am 14. 1. 1994 in Aurich, erklärt der Leiter der Kriminalpolizei-Inspektion (KPI) Aurich, Sprinkmann, daß in der BRD „der organisierte Neofaschismus die größte Bedrohung“ sei.

Die ostfriesische Neonazi-Szene werde „ von außen gesteuert“ und verfüge über einen „guten Organisationsgrad“. Aus seiner Darstellung leitet Sprinkmann ab, die Beweisführung müsse verbessert werden, deshalb seien schärfere Gesetze erforderlich. Mit der Feststellung „vermuten ist nicht gleich beweisen“ relativierte der Beamte diese Darstellung und rechtfertigte gleichzeitig die notorischen Mißerfolge der Ermittlungen gegen Neofaschisten in Ostfriesland.

Wie Ermittlungsbehörden in Ostfriesland konkrete Hinweise zu Vermutungen machen und so Beweisführungen gegen Neofaschisten verhindern oder ihre Erkenntnisse zu Gunsten der Neofaschisten auslegen, soll nachfolgend an Beispielen geschildert werden.

Die Liste über Auricher Bürger, die nahezu textidentisch in „Der Einblick“ nachzulesen ist, kennt die Polizei in Aurich bereits seit dem 10. 12. 1992, versehen mit den Hinweisen, „daß rechtsextreme Jugendliche aus Aurich und Umgebung, die dem „Deutschen Kameradschaftsbund“ zugeordnet werden, Listen führen über Personen aus dem Auricher Jugendzentrum und der sogenannten Antifa in Aurich. Diese Listen sollen konkret dazu dienen bzw. haben bereits dazu gedient, entsprechende Überfälle auf die aufgeführten Personen auszuüben. Ein Ihnen bekannter Auricher Neonazi soll im Besitz des Orginals sein. Auch haben die Verfasser der Liste („Butzelmann-Kommando“), von denen mir namentlich drei Personen genannt wurden (Angaben liegen der Kripo in Aurich vor), Verbindungen zu dem bereits



Rolf Sprinkmann

verurteilten Neonazi Thorsten de Vries in Wilhelmshaven."

Die Auricher Polizei nimmt die Ermittlungen auf, trotz der oben genannten Angaben können Hausdurchsuchungsbeschlüsse gegen die drei namentlich bekannten Neonazis nicht erwirkt werden. Noch drei Wochen vor dem Verbot des Deutschen Kameradschaftsbundes (DKB) äußert sich Polizeidirektor Kleeblatt zu Aktivitäten organisierter Neo-Faschisten in Ostfriesland in der Ostfriesen-Zeitung (OZ): „Da sind im Grunde Geister an die Wand gemalt worden."(OZ vom 27.11.1992). Bereits am 17.12.1992 werden die Ermittlungen von der Staatsanwaltschaft Aurich gegen die drei Neonazis eingestellt. Die Verfügung über Verbot und Auflösung des Kameradschaftsbundes ist auf den 18.12.1992 datiert.

Am 29.1.1993 veröffentlicht die „Ostfriesen-Zeitung" die Kenntnisse eines Aussteigers aus der „Neuen Deutschen Jugend"(NDJ), die zu diesem Zeitpunkt ostfrieslandweit rechte Jugendliche in eine feste Organisationsstruktur bindet. Die NDJ steht in direktem Kontakt zum „Deutschen Kameradschaftsbund" (DKB) Wilhelmshaven und der „Nationalen Liste" (NL) Hamburg.

Die Norder Polizei ermittelt gegen die NDJ und kommt zu der Erkenntnis, daß die NDJ eine Erfindung des Aussteigers sei. Zum Wahrheitsgehalt seiner öffentlichen Äußerungen wird der Aussteiger weder von der Polizei noch von der Staatsanwaltschaft befragt.

Stattdessen lassen die ermittelnden Beamten, der Leiter der Norder Kripo, Winkler, und der Staatsschutzbeamte Langer, den Aussteiger vorführen, werfen ihm verschiedene Straftaten vor und fordern ihn auf, seine öffentlichen Äußerungen über die NDJ zu unterlassen, dann ließen sie ihn auch in Ruhe.

Dem Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus in Norden erklären die beiden Beamten in einem Gespräch zum Thema NDJ, der Aussteiger habe mit den Ermittlungen gegen die NDJ nichts zu tun. Nächtliche Wehrsportübungen, bezeichnen die Beamten als Kinderspiele und die Kontakte der NDJ zu **Thorsten de Vries** als Liebesgeschichte. Ihre fehlende Dialogbereitschaft verhindert, daß sie von einem geplanten Übergriff der Neofaschisten auf das Auricher Jugendzentrum Kenntnis erhalten.

Am 8. Mai 1993 greifen etwa 100 Neofaschisten aus dem nord-westdeutschen Raum, aus einem Treffen in Oldenburg heraus, das Jugendzentrum in Aurich an. Die Besucher des Jugendzentrums können den Angriff abwehren. Zwölf Polizisten sehen hilflos zu. Nach polizeilicher Verstärkung können beim Abzug der Neonazis von 37 der Beteiligten die Personalien festgestellt werden. Die Ermittlungsverfahren gegen 34 Teilnehmer sind inzwischen eingestellt, ihnen kann eine Teilnahme an dem Übergriff nicht nachgewiesen werden. Die heftig kritisierte Polizei erklärt im nachhinein, die Situation falsch eingeschätzt zu haben.



„Kontaktbereichsbeamter?
Warste nich`33 Blockwart hier im Viertel?"

Am 12. Mai 1993 erhalten die Behörden Kenntnis von einem Flugblatt der „Nationalen Selbstschutz und Aufklärungsgruppen in Nordwestdeutschland - Anti-Antifa" Diese Anti-Antifa übernimmt die „Verantwortung" für die „Spontandemonstration gegen die Kriminelle Antifaschistische Aktion Aurich" am 8. Mai und schließt weitere Aktionen gegen das Jugendzentrum nicht aus. Thorsten de Vries DKB-Wilhelmshaven rechtfertigt die „Aktion" über die regionale Presse mit der Forderung nach einer „gewissen Neutralität" des Jugendzentrums. „Wir haben schon ein Interesse daran, ein Jugendzentrum zu übernehmen." (OZ vom 12.5. 1993)

Das niedersächsische Innenministerium wird am 7. Juni 1993 durch die Bezirksregierung - abgestimmt mit der Auricher Polizei - in einem internen Bericht, über „Auseinandersetzungen zwischen sog. Antifa-Angehörigen und rechtsgerichteten Jugendlichen" am 8. Mai 1993 informiert. In dem Bericht heißt es, „Angehörige der 'Antifa' in Aurich haben sich offensichtlich zum Ziel gesetzt, 'Rechte' zu jagen, wo immer sie anzutreffen sind." Die Gewalt der Neonazis wird in dem Bericht als „Folge der offen gegen 'Rechte' propagierten Gewalt" gerechtfertigt. Zum Beweis wird dem Bericht ein Flugblatt der Antifa beigefügt, das „Bekennerschreiben" der Anti-Antifa aber fehlt und wird in dem Bericht nicht erwähnt.

Der Angriff der Neofaschisten auf das Jugendzentrum wird als „Höhepunkt der Auseinandersetzungen" bezeichnet. Darüber hinaus sorgt sich die Polizei in dem Bericht um ihr Image in der Öffentlichkeit und stellt abschließend fest, daß in Aurich eine „latente bis virulente Rechtsradikalität bzw. Ausländerfeindlichkeit festzustellen" ist".

Unterstützung erhalten Neofaschisten und Polizei am 11.September in den „Ostfriesischen Nachrichten" durch **Christian Worch**, NL-Hamburg: „Die Ausdehnung der Ultrarechten habe die linke Szene auf den Plan gerufen, die daraufhin - auch wiederholt in Aurich - gewalttätige Übergriffe auf örtliche Kameraden verübt habe" Man werde „auf diese Gewaltakte mit Gegengewalt reagieren". Mit den Listen könne man „sondieren, welche Personen zur linksradikalen Szene zählten, um auf Übergriffe durch diese Personen besser reagieren zu können, zum Beispiel in strafrechtlicher Form."

Thorsten de Vries, der seit September 1993 eine 16-monatige Haftstrafe verbüßt, braucht sich um die Einschränkung seiner Freiheit wenig zu sorgen. Als Freigänger traf er sich zum Jahreswechsel mit seinen Kameraden und Christian Worch.

Anzumerken bleibt, daß die oben beschriebenen Vorgänge dem niedersächsischen Innenministerium - informiert durch Bürger - bekannt sind. Von Seiten des Ministeriums besteht bis heute kein Handlungsbedarf.

Regina Beyer arbeitet im „Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus" in Norden/Ostfriesland.

Klaus Harbart

Wolfszeit?

Neonazis orientieren auf Werwolf-Terroraktionen

Nach einer Welle des z.T. spontanen Terrors gegen AusländerInnen, dem zahlreiche Menschen zum Opfer fielen, setzen militante Neonazis jetzt wieder verstärkt auf den Ausbau illegaler Organisationsstrukturen und den Aufbau von Terrorgruppen. Unter der Überschrift „Eine Bewegung in Waffen" und dem Vermerk „Nur für den Dienstgebrauch! Nicht in Feindeshand fallen lassen!" kursiert derzeit unter den Führungsmitgliedern der Neonazis ein Aufsatz über die Aufgaben sogenannter „Werwolf"-Terrorgruppen.

Die Schrift, unter dem Pseudonym **Hans Westmar** 1991 in einem Horst-Wessel-Verlag veröffentlicht, ist dem mittlerweile verstorbenen niedersächsischen FAP-Gauleiter **Volker Heidel** gewidmet. Heidel war in der Vergangenheit u.a. an einem Bombenanschlag auf das hannoversche Amtsgericht beteiligt.

Die höchste Autorität hat für Westmar die Organisationsleitung, die eine Strategie festlegt, die sowohl den „legalen" wie auch „illegalen Kampf" umfaßt. Das Ziel dieser Terrorstrategie: „Deutschland wird damit zu einem Hexenkessel werden, ... (der) alles andere in den Schatten stellt."

Offen bestätigt wird (was AntifaschistInnen schon lange erklären), „daß für den agitatorischen und propagandistischen Kampf die (schein-) legalen Parteien und Vereinigungen benutzt, diese aber organisiert und koordiniert werden von einer illegalen Kaderorganisation, in der das Führerprinzip verwirklicht ist."

Ähnlich wie in der neusten Ausgabe der „Neuen Front", der Zeitung der Kühnen-Bewegung, wird allerdings davor gewarnt, „daß illegaler und legaler Arm nicht über ein bestimmtes Maß personell identisch werden, damit der illegale Arm dem System dadurch kein übermäßig großes Angriffsfeld bietet."

Die Gegner der „Werwolf"-Gruppen sind natürlich die „Juden", „Volksschädlinge", „Plutokraten" und „marxistisches Ungeziefer, zu denen in der Vielzahl der Fälle insbesondere Systempolitiker zu rechnen sind." Weiter heißt es: "... wer uns und unserem Volk schlecht gesinnt ist, der wird bekämpft". Drohend erklärt der Autor, daß einmal die Stunde kommen könne, „in der unsere agitatorische Munition durch Splitterhandgranaten, Flammöl und Explosivgeschosse ausgetauscht und/ oder ergänzt wird."

Gezielte Anschläge sollen jedoch auch schon heute die Gegner einschüchtern: „Ein schon dreimal 'feuerbestattetes' und wiederaufgebautes Kommunezentrum wird einen möglichen vierten Wiederaufbau wahrscheinlich nicht erleben."

Konkretisiert wurde diese Schrift, die auf Goebbels und das Oberkommando der Wehrmacht ebenso zurückgreift wie auf Zitate der RAF, durch ein „Handbuch für improvisierte Sprengtechnik". Das von einem „Autorenkollektiv Werwolf" herausgegebene Handbuch enthält detaillierte Anweisungen zur Herstellung von hochbrisanten Brand- und Sprengbomben, zu Zünd- und Verzögerungstechniken und zur Sprengtechnik allgemein. Empfohlen wird, „diverse Rezepturen gegebenenfalls vor dem Einsatz zu erproben und zu testen."

Die mit zahlreichen SS-Runen, Hakenkreuzen und Sturmgewehrzeichnungen versehene Schrift wird als PC-Journal "Endsieg" auf Diskette von der NSDAP/AO aus den USA hauptsächlich in der Bundesrepublik und Österreich vertrieben. Eine Weiterverbreitung erfolgt auch - so der Spiegel - via Datenleitung, über sogenannte elektronische Briefkästen.

Ebenfalls auf dieser Diskette befinden sich sogenannte Bildschirmschoner, deren Texte eindeutig als Aufforderung zu Gewaltakten zu sehen sind, wenn es u.a. heißt: „Wer nicht kämpft hat schon verloren! Leistet Widerstand gegen Juden und Freimaurer! Tötet die verbrecherischen Einwanderungs- und Abtreibungspolitiker!"

Anton Maegerle und Rosa Weiß

Die deutsch-dänische Neonazi-Connection:

Paramilitärische Aufrüstung des bundesdeutschen Neonazi-Lagers?

Flugabwehrraketen und Maschinengewehre aus den USA werden ebenso offeriert wie Messer und Pistolen in jeder gewünschten Variante. Mit dabei sind auch bundesdeutsche Waffenhandlungen wie das „Haller Stahlwarenhaus" im baden-württembergischen Schwäbisch Hall, das „Ninja-Schwerter" zum Preis von DM 218,- anbietet oder auch eine „Cuno Melcher KG" im nordrhein-westfälischen Solingen. Diese preist „Freie Waffen" an, darunter eine „ME 453 Kal.:45", die als „das neue Superkaliber für optimale Verteidigung" angepriesen wird.

Kurzum: ein 50seitiger Waffenkatalog mit Kontakt-und Bestelladressen von über 100 Firmen in der ganzen Welt.

Geworben wird für den brisanten Waffenkatalog durch einen neonazistischen Versand, der unter dem Namen „Ultima-Thule" im dänischen Krusa firmiert. Zielgerichtet wird von dort für bundesdeutsche Neonazis Propagandamaterial aus den Reihen der weltweit im Untergrund operierenden „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei/Aufbau-u.Auslandsorganisation" (NSDAP/AO) verschickt.

Das 12seitige Angebot von „Ultima Thule" („Mehr als nur ein Versand") besteht aus Büchern wie „Die Schutzstaffel als antibolschewistische Kampforganisation" vom SS-Reichs-

führer Heinrich Himmler, T-Shirts wie „Werwolf - der Kampf geht weiter“, Videos zum „Volkspreis“ wie „Der große Marsch zum Führer“, LPs wie „Wir sind die braunen Soldaten“, Schmuck wie „SS-Leistungsrunen“, Orden und Abzeichen wie „NSDAP Parteiabzeichen“ sowie Plakaten wie einem Hitler-Wahlplakat.

In der Rubrik „In eigener Sache“ wird den braunen Kameraden mitgeteilt, daß sie auf den folgenden Seiten alles finden werden, was „das Herz erfreut (und den un-freiesten Staat, den wir je auf Deutschem Boden hatten, zur Verzweiflung bringt).“ Eventuelle Bedenken bei der Bestellung werden schnell weggewischt, da das Propagandamaterial in „neutraler Verpackung“ verschickt wird, damit der „Nachbar“ nichts merkt. Süffisant wird konstatiert, daß es dieses „totale Angebot“ nur deshalb gibt, weil man „im Ausland sitzt“, wo es keine einschlägigen Paragraphen wie Volksverhetzung und Verwendung oder Verbreitung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen gibt, „und somit auch keine Maulkörbe und Verbote.“

Identisch ist die Postfachnummer von „Ultima Thule“ mit der Bezugsadresse der antisemitischen dänischen Zeitung „Revision“; verantwortlicher Redakteur ist ein **Henry Krog Pedersen**. Als Kontoinhaber von „Revision“ fungiert ein bundesdeutscher Verein unter dem Namen „Arbeitsgemeinschaft Schönes Sörup e.V.“ (ASS), der vom deutsch-dänischen Neonazi-Ehepaar **Hans Christian** und **Andrea Pedersen** geführt wird.

Im Hamburger Vereinsregister ist die ASS unter der Adresse des bundesweit bekannten Hamburger Rechtsanwaltes **Jürgen Rieger**, dem Starverteidiger von Alt-und Neonazis eingetragen. Pedersens, die schon selbst Klienten von Rieger waren, leugnen die industriell betriebene Massenvernichtung von Juden während des Holocaust und glorifizieren das III.Reich unter seinem Machthaber Hitler. Gründungsmitglieder ihrer ASS sind unter anderem Henry Krogh Pedersen, Vater von Hans Christian, ehemals bei der SS und kurzzeitig Vorsitzender der „Bürger-und Bauerninitiative“ (BBI) des Alt-Nazi und SS-Sonderführers im Vernichtungslager Auschwitz, **Thies Christophersen**, sowie **Marie Adelheid Prinzessin Reuß zur Lippe**, ehemals NSDAP-Mitglied und im NS-Reichsernährungsministerium tätig, und **Hendrik Olling**, enger Vertrauter von **Heinrich Riis-Knudsen**, ehemals Generalsekretär der „Weltunion Nationaler Sozialisten“ (WUNS), einer zwischenzeitlich aufgelösten Konkurrenzorganisation zur NSDAP/AO. Verheiratet ist Riis Knudsen mit **Annette Pedersen**, Tochter des SS-Freiwilligen und aktivem Mitglied des „Kameradenwerks Korps Steiner“, H.K.Pedersen und Schwester von Hans Christian Krog Pedersen.

Der Höhepunkt des „Ultima Thule“- Kataloges („Zu Risiken und Nebenwirkungen befrage die örtliche Stasi oder den Verfassungsschutz“) findet sich unter der Bestellnummer 93655. Dort wird der besagte „umfangreiche Importkatalog“ („Exotiska Vapen“) aus Schweden zum Preis von DM 20,- angeboten. Herausgeber des Waffenkataloges ist ein Verlag namens „OLD EAGLE PUBLICATIONS“, der im schwedischen Mörarp residiert. Kopf des Verlages ist der gebürtige Norweger **Tor Erik Blücher** (Pseudonym **Nilsen**), einst Vorsitzender der neonazistischen „Norsk Front“. Blücher lebt in Schweden offiziell von Sozialhilfe und vertreibt „daneben“ nationalsozialistisches Propagandamaterial. In einschlägigen Kreisen hat er auch als Herausgeber der kriegsverherrlichenden Publikation „Warrior“ einen Namen. Bekannt ist von Blücher, daß er 1979 einem weltweiten Treffen von Rechtsextremisten in Kopenhagen beiwohnte, danach seinen Wohnsitz nach England wechselte und dort Kontakte zu **Anthony Hancock** unterhielt, aus dessen Druckerei das Holocaust-Leugnungs-Heftchen „Starben wirklich sechs Millionen?“, das in Englisch, Französisch und Deutsch verbreitet wurde, unterhielt. Nachweislich kooperierte Nilsen in England auch mit der Neonazi-Organisation „League of St.George“. 1983 wurde Nilsen von der britischen Regierung ausgewiesen und ließ sich schließlich in Schweden nieder. Ganz in der Nähe seines schwedischen Wohnortes wohnt **Bergquist N.Gösta**, der wie Henry Krog Pedersen Mitglied des „Kameradenwerkes Korps Steiner“ ist. Eng befreundet ist Gösta, Hausbesitzer in Malmö und Lund, mit dem deutschen Alt-Nazi und Aktivisten der NSDAP/AO, Thies Christophersen, der in Dänemark Zuflucht vor der deutschen Justiz gesucht hat. Kontakte unterhält Gösta auch zu **Eric Rundquist**, einem führenden Aktivisten der schwedischen Neonazi-Terrororganisation VAM („Weißer Arischer Widerstand“). Unter Führung von **Donald Hansson** war eine 12köpfige Delegation bei der Fuldaer Hess Demo und führte Gespräche mit **Christian Worch** („Nationale Liste“) und **Norbert Weidner** (FAP).

Pikanterweise wird der „schwedische“ Waffenkatalog jedoch nicht von der angegebenen Postfachadresse in Schweden verschickt, sondern von der Bundesrepublik - mit Poststempel aus dem niedersächsischen Wahrenholz, unweit des Wohnortes des notorischen Rechtsextremisten **Michael Pohl** aus Hankensbüttel. Dessen Ehefrau, **Gabriele Pohl**, unterhält ebenfalls ganz in der Nähe ein sogenanntes „Wissenschaftliches Ver-



Deutsche Neonazis, bis an die Zähne bewaffnet, posieren kurz nach einer Hausdurchsuchung mit ihrem Waffenarsenal vor der Kamera.

sandantiqiauriat“ in Dedelstorf-Oerrel, das sich auf den Vertrieb von NS-Literatur spezialisiert hat. Im Angebot fand sich auch schon rechtsextremes Propagandamaterial, das nun auch Bestandteil des Warenlagers des „Ultima Thule“ Versands ist, darunter Bücher und Poster.

Michael Pohl selbst führt seit einigen Jahren eine im Verborgenen agierende „Studiengemeinschaft Nordland-Verlag“, der „neben völkischen Kleinverlegern, Buchhändlern und Nachwuchsautoren all jene Persönlichkeiten angehören, die in den Mittelpunkt ihrer Arbeit den Menschen stellen: denn wenn keine Menschen da sind, ist die Aufgabe tot!“ (Eigenwerbung)

Hier ein Auszug aus einer Selbstdarstellung der Studiengemeinschaft, deren Name „Nordland“ mit dem des historischen SS-Verlages identisch ist, und bewußt daran anknüpft: „Allein unsere Weltanschauung, die über allem Hin-und Her des heutigen 'rechten Lagers' steht, ist das geistige Schwert im Kampf für den Fortbestand der germanisch-deutschen Nation. Zwischen der Vernichtung der europäischen Kultur und ihrer Träger und der damit angestrebten 'Neuen Weltordnung' geht die letzte Front quer durch alle Lager und Herzen. Unsere einzige Waffe darf nicht stumpf werden.“

Im rechtsextremen Lager der Bundesrepublik ist Pohl schon seit Mitte der 70er Jahre bekannt. So wurde der Rechtsextremist, damals Mitglied einer „Nationalen Deutschen Befreiungsbewegung“, die eng mit der NSDAP/AO kooperierte, 1979 vom Berliner Landgericht wegen Volksverhetzung und unerlaubten Waffenbesitzes zu sechseinhalb Monaten Freiheitsstrafe mit Bewährung verurteilt. Zuvor wurden bei einer Hausdurchsuchung bei ihm neben neonazistischer Propaganda und einem Hitlerbild auch ein Seitengewehr gefunden. Stadtbekannt wurde er in Berlin im Frühling des Jahres '79 als er mit fünf weiteren Neonazis am 2.März auf einer Veranstaltung „Schüler diskutieren Holocaust“ ins Haus einer Kirche eindrang und sich dort in Führerpose als Nationalsozialist bekannte. In seinem Schlußwort erklärte der damals 23jährige Pohl, daß in Konzentrationslagern „kriminelle Elemente und Sittenstrolche zu Arbeit, Sauberkeit und Ordnung erzogen“ worden seien.


DNSB-Chef Henrik Asferk-Kristensen.

Die Vernetzung bundesdeutscher und dänischer Alt-u. Neonazis schreitet voran - befindet sich doch auch die Redaktionsadresse des bundesdeutschen „Anti-Antifa“-Magazins „Einblick“ im dänischen Randers. Postfachinhaber ist der 2.Vorsitzende der DNSB (Dänische Nationalsozialistische Bewegung), **Henrik Asferg Kristensen**, der in diesem Jahr auch beim „Rudolf-Heß-Gedenkmarsch“ in Fulda als Redner mit dabei war.

Zugleich dient das Postfach gleichzeitig als Bezugsadresse der dänischen Ausgabe des „NS-Kampfrufs“, des Organs der NSDAP/AO, das in den USA gedruckt wird.

Gerry Gable

Englische „Anti-Antifa“: Combat 18

Während der vergangenen 2 Jahre überrollte eine anwachsende Woge von Nazi-Terror Großbritannien. Sie beinhaltete schwere körperliche Angriffe, das Zünden von Brandsätzen, bei hellem Tageslicht Überfälle von maskierten Gruppen auf Clubeinrichtungen und Hunderte von Drohanrufen in Privatwohnungen von Menschen. Erst kürzlich wurden Leute in ihren eigenen Wohnungen angegriffen und ihre Häuser demoliert.

Die Gruppe, die dafür verantwortlich zeichnet, läuft unter dem Namen: Combat 18 (C18). Sie formierte sich ungefähr im Herbst 1991 in Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Nazi Führer **Harold Covington** und ist inspiriert von seiner gewalttätigen Vergangenheit. Covington gilt als Urheber des Mordanschlag auf Anti-Faschisten, Anti-KKK-Demonstranten in Greensboro, North Carolina im November 1979, der fünf Tote und neun Verletze hinterließ.

Die Aufdeckung von Covington's Anwesenheit in Groß Britannien im Juni 1992 durch die Zeitung *Searchlight* veranlaßte ihn, fluchtartig das Land zu verlassen. Aber er hinterließ ein Grundgerüst für ein Neo-Nazi-Kommando, das die extrem rechten politischen Parteien und Gruppierungen einbeziehen konnte und ihre bereits bestehende starke Verbindung mit der protestantischen Terrorgruppe UDA in Nordirland vertiefte.

Combat 18 hatte sich seit 1991 insgeheim weiter entwickelt und ausgebreitet und als Covington im Sommer 1992 das Land verließ, hatte die Gruppe eine Anzahl von Straßenangriffen auf Linke und Anti-Faschisten ausgeführt. Sie hatte auch bereits ihren Angriffskreis um Ziele wie die Büros von radikalen Zeitungen und Gewerkschaften erweitert. Hier umfaßten die Angriffe Combat 18's Steinwürfe durchs Fenster bis hin zum Zünden von Brandsätzen.

Der Morning Star, die Zeitung der Kommunistischen Partei, war Anfang 1992 in neue Räumlichkeiten umgezogen und erhielt bald danach den Besuch einer Combat 18 Kommandoeinheit, die versuchte das Gebäude niederzubrennen. Nur durch die schnelle Reaktion der Nachbarn, die die Feuerwehr anriefen, konnten die Leute, die in den oberen Stockwerken schliefen, gerettet werden. Weitere ähnliche Brandsatzattacken fanden außerhalb von London statt und schwere Schäden wurden an einer Anzahl von Gebäuden in Birmingham verursacht.

Ein einziges Mal versuchte C18 einen Angriff auf eine AFA-Gruppe (Anti-Fascist Action) in einem nordlondoner Pub. Ein Dutzend AFA Mitglieder hielten den Pub gegen sechs Mal so viele Gegner. Seitdem sucht sich die C18 schwächere Ziele oder führt Nacht- und Nebel-Angriffe auf Privatwohnungen aus.

Viele von ihnen waren bekannte Fußball-Hooligans, die berüchtigten Gruppen wie den Chelsea "Headhunters" angehörten. Andere wiederum waren wohlbekannt wegen ihrer Arbeit als Ordner oder als Leibwächter aus den Anfängen der britischen Skinhead Musik Szene.

C18 erhebt keine formale Mitgliedschaft und niemand trägt eine Mitgliedskarte bei sich ... aus Sicherheitsgründen. Es handelt sich um den losen Zusammenschluß der radikalsten Elemente der extremen Rechten und ihrer Freunde außerhalb der Nazi Bewegung, die von strengen und be-

eindruckenden Offizieren organisiert werden.

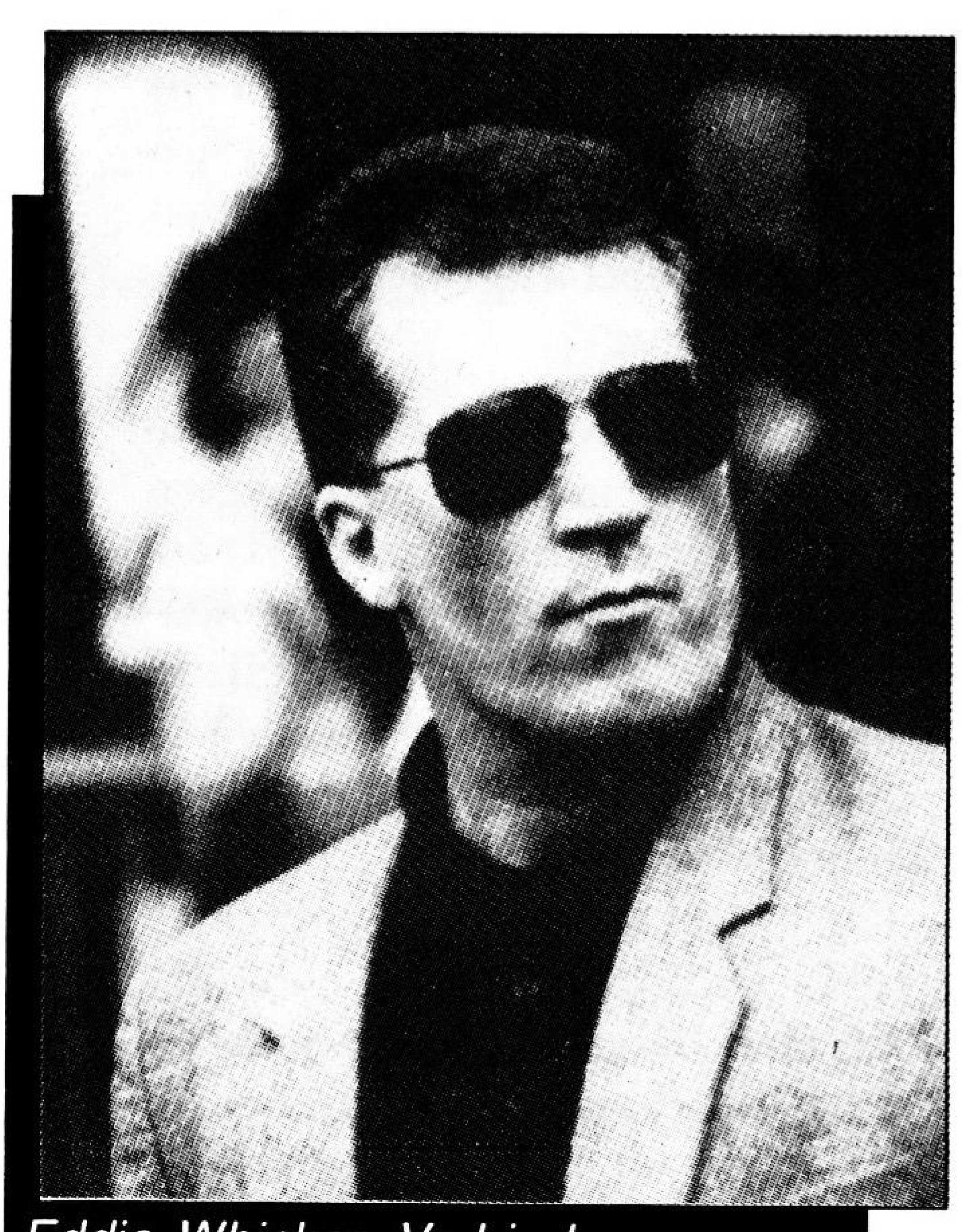
Die Führerschaft entsprang innerhalb und außerhalb der Britisch National Party (BNP), Groß Britanniens größter Nazi-Partei. Die Hauptakteure sind unter anderem **Paul David Sargent**, auch unter dem Namen **Charlie "Ginger Pig" Sargent**, bekannt, ein Mann mit Vorstrafenregister wegen Gewalttätigkeit und Drogenhandels und seine beiden Brüder, **Stephen**, ebenfalls wegen Gewalttätigkeit verurteilt, und **Bill**,



Charlie Sargent, Chef der britischen Naziterror-Gruppe Combat 18

der illegale Veranstaltungen mit Kampfhunden organisiert.

Eddie Whicker, ein ehemaliges Vorstandsmitglied und Parlamentskandidat der Nationalen Front, ist ebenfalls in der Führungsriege der C18. Auch er hat Vorstrafen wegen Gewalttätigkeit und unterhält eine enge Verbindung zu den protestantischen Loyalisten, der **Ulster Defence Association**, einer Gruppe die in Nordirland, allerdings nicht im restlichen Großbritannien, verboten ist.



Eddie Whicker, Verbindungsmann zur Ulster Defence Association

Einer der führenden "Intellektuellen" der C18 ist **Paul Ballard**, ehemaliges Mitglied sowohl der National Front als auch des British Movement. Er hat eine enge Verbindung zu seinem alten Mitstreiter **Tim Wright**, alias **Tim Scargill** beibehalten, der eine Führungsposition in der anarchistischen Gruppe Class War (Klassenkampf) inne hatte, bis er vor kurzem rausgeworfen wurde. Vor 10 Jahren war Scargill ebenfalls in der BM und der NF und darüber hinaus in der berüchtigten White Defence Gruppe, die in Croydon, südliches London, Fuß gefaßt hatte. Eine weitere Person mit der Scargill Verbindung hat, ist die Ehefrau des führenden C18 Aktivisten und Gewaltverbrechers **John Merritt** aus Croydon, Nähe London. Sie ist intensiv engagiert in Gruppen, die sich für die Rechte von Tieren einsetzen.

Tim Scargill spielte eine erhebliche Rolle bei der Ausbreitung von falschen Informationen über die C18, u. a. die Verteilung von Listen mit Namen und Adressen angeblicher C18 Mitglieder, mit dem Zweck, sie zur Zielscheibe für Anti-Faschisten zu machen. Über ein Drittel davon war falsch und, wie man aus Informationen, die von Searchlight Maulwürfen herausgegeben worden waren, hervorging, wurde klar, daß Scargills Vorgehen Teil eines Plans war, der den Zünder für gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Nazis und Nazi-Gegnern legen sollte. Auf den ersten Blick scheint das Ganze wie ein staatspolitisch initiierter Plan, um beide Seiten zu diskreditieren.

Vor zweieinhalb Jahren ersuchte Scargill seine Leute, die heute in der Führungsriege der C18 sind, Brandsätze in anarchistische Buchläden zu legen. Im April der Anschlag auf die Freedom Press, während der letzten 100 Jahre das Herz der echten anarchistischen Bewegung in Groß Britannien, durch eine maskierte Kommandoeinheit des C18 mag die Erfüllung dieses Ansuchens gewesen sein. Ein Schaden von mehreren tausend Pfund Sterling wurde an dem Gebäude durch einen gut geplanten und ebenso gut ausgeführten Angriff verursacht.

Oft scheint die Loyalität der Gruppe C18 in erster Linie auf die UDA ausgerichtet zu sein. Einige der C18 Anhänger, die aus Sargents Fußball Hooligan Freundeskreis rekrutiert wurden, scheinen weniger an Rasse oder Volk interessiert zu sein, als viel mehr an der Loyalität als solcher.

C18 hat vermutlich eine Stärke von *maximal* 70 Personen in London und weitere 20 oder 30 Aktivisten außerhalb der Hauptstadt. Darunter sind **Simon Chadwick**, ehemals Beamter und **Graham Tasker**. Beide stammen aus Chesterfield in den Midlands, wo sie sich wegen schwerer Vergehen verantworten müssen. Ein weiterer Hardliner aus den Midlands, derzeit in Untersuchungshaft, ist **Gordon Jackson**, eine Schlüsselfigur der Britisch National Socialist Movement, der Nachfolgegruppe der British Movement. Er wurde wegen Drogenbesitz und -handels und wegen Waffen- und Munitionsbesitz verhaftet. Eine Gefängnisstrafe wegen schwerer Körperverletzung hat er bereits abgesessen und er wird dem harten Kern der C18 zugerechnet.

Aus Sicherheitsgründen agierte C18 als Postadresse für Harold Covington, als dieser nach North Carolina zurückgekehrt war, daher wurde keine Adresse in Großbritannien bekannt. C18 Broschüren, die unter dem Namen Redwatch veröffentlicht wurden und Listen potentieller Angriffsziele für Brandanschläge und andere Vernichtungsformen beinhalteten, wiesen das Postfach von Covingtons Dixie Press auf. Dieser reichte dann die eingegangene Post an Charlie Sargents Postfach im Norden Londons weiter.

Mitte 1992 begann die League of St. George, die national sozialistische Elitegruppe, in ihrem Magazin League Sentinel eine Zeitungsbeilage namens Target zu veröffentlichen. Genau wie Redwatch waren hierin Namen und Adressen von Leuten aufgelistet, die die League als ihre Feinde ansah. Es folgten weitere Anschläge und Verfolgungen. Die Person, die innerhalb der Liga für diese Ereignisse verantwortlich ist, heißt **John Harrison** und ist Sicherheitsbeamter bei den Ford Motorenwerken in Dagenham, im Ostteil von London. Er unterhält lose Verbindungen zu **David Irving** (C18 hat bei einigen von Irvings Kundgebungen in London als Schutztruppe fungiert).

Zwei der bösartigsten Angriffe fanden in Londons East End statt, bei denen die Nazis der C18 Gruppe und Mitglieder der BNP den Versuch unternahmen, die Straßen durch Ausübung brutaler Gewalt von ihren Gegnern zu "reinigen". Die Ergebnisse dieser Horrorauftritte waren Leute mit Stichwunden und zerschlagenen Köpfen.

In die extreme Rechte eingeschleuste Leute von Searchlight waren in der Lage, einige der Angreifer nament-

lich zu nennen. Nach einem solchen Angriff fand man **Eddy Butler,** damals der für den Ostteil London zuständige Organisator der BNP und heutigen Wahlbeauftragten, über und über mit dem Blut seines Opfers bedeckt.

Ein Großteil der sogenannten Informationen von C18 waren ganz eindeutig falsch, denn es waren unrichtige und veraltete Adressen und Telefonnummer ihrer Angriffsziele, die in den Zeitungsbeilagen veröffentlicht worden waren. Das hat bewirkt, daß Leute, die weder schwarz, noch jüdisch, noch anti-faschistisch waren von diesen Schlägern angegriffen und gequält worden sind.

Allerdings erhielt die C18 manchmal Unterstützung durch die „Dummheit" ihrer Opfer. Zum Beispiel war in das Haus von Marc Wadsworth, einem leitenden Mitglied der Anti-Racist Alliance, eingebrochen und Dokumente und Adressen gestohlen worden. Abgesehen von ein paar engen Kollegen wurde niemandem davon berichtet, und das gab der C18 freie Bahn sich auf ein Dutzend potentielle Opfer zu stürzen.

Searchlight hat eine größere Untersuchung über Comat 18 während der vergangen 2 Jahre aufgezogen, wobei die Jüdische Gemeinde in Groß Britannien eine wichtige Rolle spielt. Searchlight hat sich mit der World in Action, einer im britischen Fernsehen führenden Dokumentar-Serie, die in der Regel zwischen 9 bis 10 Millionen Zuschauer anzieht, zusammen getan, um eine Sendung, die über die gewaltsamen Aktivitäten von C18 berichtet, zusammenzustellen. Die Sendung wurde am 19. April vergangenen Jahres ausgestrahlt.

Als das World in Action Team Charlie Sargent draußen vor seinem, wie er annahm, höchst geheimen Versteck im Süden Londons erwischte, drohte er an, er würde die Reporter erschießen lassen. Eddy Whicker, mit Fragen hinsichtlich seiner Verbindung zur C18 und der UDA konfrontiert, versuchte sich, allerdings nicht sehr erfolgreich, herauszureden.

Ein paar Leute, die bisher die Fäden im Hintergrund gezogen haben, wurden ans Tageslicht gezerrt. Einer von ihnen ist **John Cato**, ein 26jähriger Verleger. Er ist der Hauptkontaktmann zu Harold Covington und Mitherausgeber der illegalen Zeitschrift, Redwatch für C18.

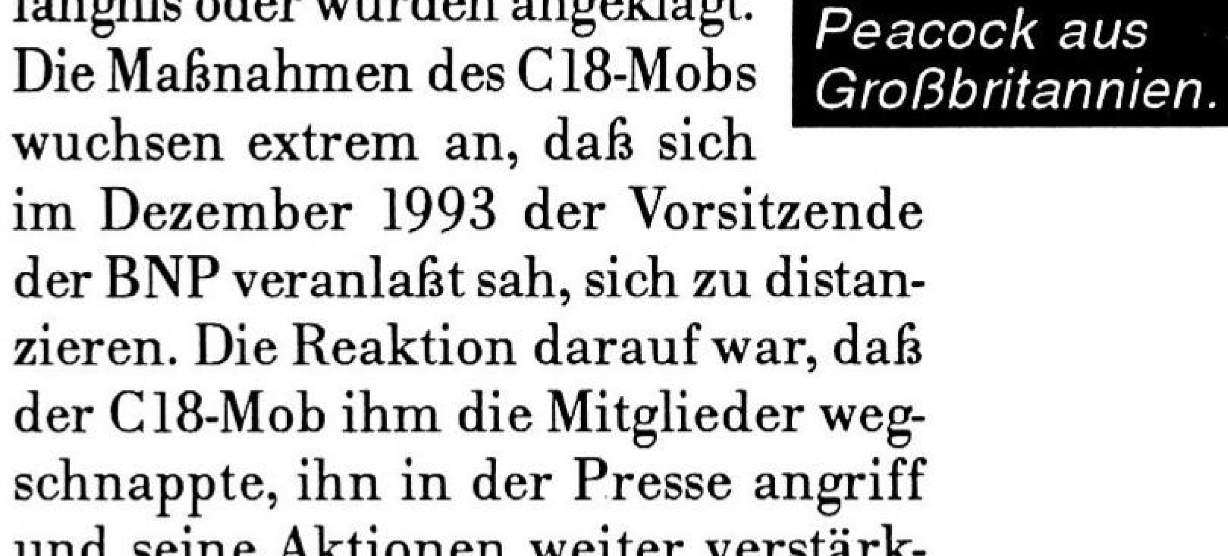
Seitdem meidet Cato London und Kent zugunsten eines ländlichen Schlupfwinkels. Er diente auch als Verbindungsmann zu der Dr. William Pierce's National Alliance in den USA, als sich Covington im Dezember 1993 für die zweite Reihe entschied. Cato und ein weiterer Unterhändler für Material, das zu Gewalttätigkeit aufruft und Bombenanschlag-Handbücher enthält, **Paul Jeffreys** aus Leeds, bilden derzeit den britischen Part der National Alliance. Einer von Sargents reisenden Schlägern, der im letzten Jahr auf Sargents Anweisung hin an einem Überfall auf einen Searchlight Photographen teilnahm, konnte als **Warren Bennett** aus Schottland identifiziert werden.

Einer der alarmierensten Fälle, die bei den Searchlight Untersuchungen aufgedeckt wurden, ist die Rolle des Nazi-Verbrechers **Phil Edwards** aus Süd London. Dieser messerwetzende Psychopath war im letzten Juli verhaftet worden, weil er in einem Pub einen Mann niedergestochen hatte. Doch er kam auf Kaution wieder frei. Während er auf sein Verfahren wartete, mischte er bei mehreren C18-Straßenkämpfen mit. Sargent und seine Gangster prahlten damit, daß Edwards niemals verurteilt werden würde, weil sie dem Zeugen Messerstiche angedroht hätten. Als der Fall vor Gericht kam, tauchte der Zeuge nicht auf, und Edwards wurde freigesprochen.

Combat 18 hat durch Sargent und Covington lockere Verbindungen mit der schwedischen Nazi Terror Gruppe Vit Arisk Motstånd (VAM) und mit der **Anti-antifa** in Deutschland. Im Herbst traf sich **Norbert Weidner**, einer der deutsche Anti-antifa Organisatoren, mit der BNP und C18 Mitgliedern in London. Von Sargent ist bekannt, daß er auch Kontakte nach Belgien und Frankreich unterhält.

C18 vertreibt Bücher wie The Turner Diaries und Hunter von **Dr William Pierce.** In beiden wird zum bewaffneten Kampf gegen Juden und Schwarze aufgerufen, die darin als "ZOG" (Zionist Occupation Government) bezeichnet werden, des weiteren wird empfohlen in Großbritannien das zu gründen, was in den USA unter dem Namen „Leaderless Resistance" existiert - eine von **Louis Beam**, einem ehemaligen Mitglied der US-Terrorgruppe Order, entwickelten Strategie - wonach kleine Zellen von Nazi-Aktivisten Rassenkrawalle anzetteln und die Behörden nichts oder so gut wie nichts unternehmen können, um sie aufzuspüren.

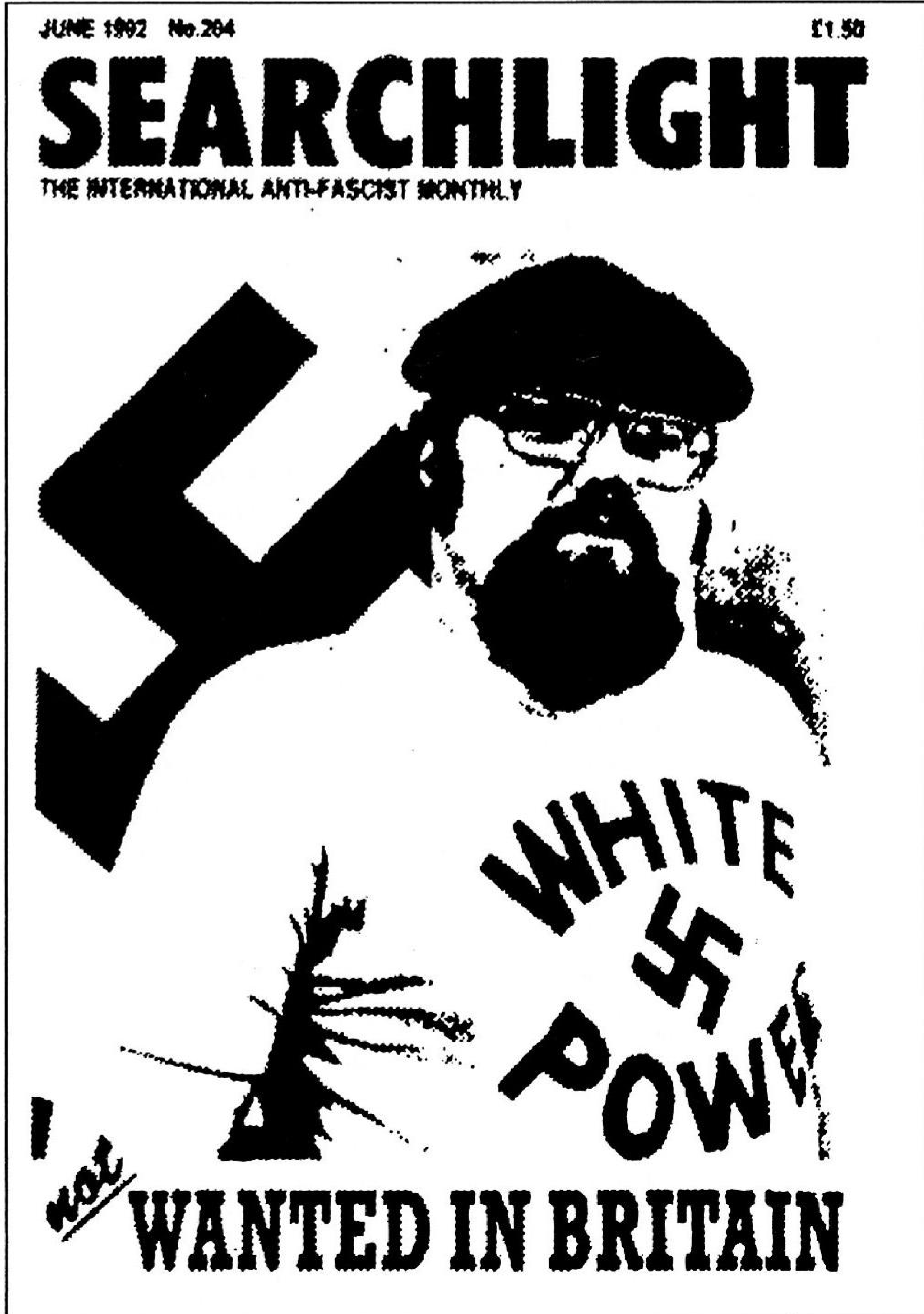
Außerhalb von London waren die Polizeikräfte bemüht, verschiedene Nazi-Gruppen aufzudecken, die Rassenkämpfe provoziert haben. Einige von ihnen sitzen im Gefängnis oder wurden angeklagt. Die Maßnahmen des C18-Mobs wuchsen extrem an, daß sich im Dezember 1993 der Vorsitzende der BNP veranlaßt sah, sich zu distanzieren. Die Reaktion darauf war, daß der C18-Mob ihm die Mitglieder wegschnappte, ihn in der Presse angriff und seine Aktionen weiter verstärkte.


BNP-Chef John Peacock aus Großbritannien.

Gerry Gable ist Herausgeber des in Großbritannien erscheinenden internationalen Antifa-Magazins „Searchlight".

Bei diesem Artikel handelt es sich um eine Übersetzung aus dem Englichen.

Bezugsbedingungen für die Zeitschrift Searchlight sind zu erfragen unter:
Searchlight Magazine Ltd.
37B New Cavendish Street
London W1M 8JR



Wolfgang Purtscheller

Österreich: Briefbomben, Verhaftungen und Nazis in Polizeiuniform...

Briefbomben

Nach den Briefbomben-Attentaten von Anfgang Dezember befinden sich noch vier Personen aus **Gottfried Küssels** Neonazi-Gang „Volkstreue Außerparlamentarische Opposition" (VAPO) in Haft. Damals, Anfang Dezember, waren mindestens 10 Nitroglyzerin-Briefbomben an prominente Antirassisten verschickt worden. 4 Briefbomben explodierten, die Empfänger wurden schwer verletzt.

Eines der Opfer war der sozialdemokratische Wiener Bürgermeister Helmut Zilk, ein schamloser Populist, der stets wert darauf gelegt hatte, „Duz-Freund" des Yuppie-Faschisten **Jörg Haider** von der rechtsextremen FPÖ zu sein und sich innerhalb seiner Partei gegen die angebliche „Ausgrenzung" des Ausländerhassers Haider stark gemacht hatte.

Haider geriet nach den Briefbomben unter öffentlichen Druck. Er gab sich ungewohnt weich und verdoppelte aus „eigener Tasche" die Ergreiferprämie für die unbekannten Attentäter um 300.000 Schilling (= 45.000 DM).

Zu offensichtlich sind die Beziehungen seiner FPÖ zur offen neonazistischen Szene. Immer wieder tauchen Querverbindungen auf. So ist **Barbara Rosenkranz** (35), die Ehefrau des zur Zeit führenden Wiener Neonazis **Jakob Horst Rosenkranz** (50), FPÖ-Abgeordnete im Regionalparlament von Niederösterreich. Jakob Rosenkranz war 1990 Spitzenkandidat der Neonazi-Wahlliste „Nein zur Ausländerflut" (NA). Mit Rosenkranz kandidierten der notorische Neonazi und Auschwitz-Leugner **Gerd Honsik** (52) und der nunmehr als Rädelsführer der Briefbomben-Attentäter verhaftete **Franz Radl** (26).

Jakob Rosenkranz ist heute „Schriftleiter" des Neonazi-Blattes „fakten". Rosenkranz' faschistisches Hetzblatt „fakten" wird von VAPO-Mitgliedern als „unser legales Organ" bezeichnet. Kein Wunder: Im Jahr 1991 waren unter den 6 Vorstandsmitgliedern 4 Kader von Küssels VAPO.

Von Rosenkranz' und Küssels Freunden sitzen zur Zeit 5 im Zusammenhang mit den Briefbomben ein:

- **Gerhard „Earpp" Endres**, 33, nach Küssels Verhaftung dessen Statthalter. Endres, ein langjähriger Führungskader der österreichischen Neonazi-Szene führte von Küssels Wohnung aus die Geschäfte der VAPO weiter. Endres, der eine Zeit lang als „österreichischer Vertrauensmann" von **Friedhelm Busses** FAP auftrat, wurde bei der Weiterführung der VAPO von der Polizei in keiner Weise behindert. Er gewährte sogar TV-Interviews.

Als die Polizei nach langem Zögern doch wegen der Briefbomben gegen die VAPO vorging, tauchte Hardcore-Nazi Endres unter - 5 Tage lang. Am sechsten Tag tauchte er wieder auf - im Wiener Landesgericht, wo er unbedingt zum Presseprozeß gegen einen prominenten antifaschistischen Journalisten wollte, den er angestrengt hatte. Der Journalist hatte geschrieben, Endres sei an den rassistischen Progromen in Rostock im August 1992 beteiligt gewesen. Endres wurde im Gericht verhaftet - aus Polizeikreisen wurde bekannt, daß er eine geladene Pistole bei sich getragen haben soll.


- Keine 100 Meter von der früheren Wohnung desselben Journalisten wurde **Franz Radl**, 26, verhaftet. Das Mitglied der Wiener Neonazi-Burschenschaft „Teutonia" hatte erst im Vorjahr 5 Monate Gefängnis absitzen müssen, weil er auf Flugblätter die Vergasung von Juden in den Nazi-KZs geleugnet hatte. Radl rühmte sich öffentlich, „Mitarbeiter" bei Gerd Honsiks neuestem Buch „Szymon Wizenthal - Schelm und Scheusal" gewesen zu sein. Radl gilt als österreichischer Kontaktmann von **Meinolf Schönborns** verbotener „Nationalistischer Front (NF). Erst nach der Verhaftung Küssels versuchte Radl, sich in der VAPO in den Vordergrund zu spielen.

Sein Verteidiger und Freund ist der notorische Revisionist, NF-Fan und frühere Kommunist **Herbert Schaller**, 72. Schaller ist auch in der BRD als Neonazi bekannt: verteidigte er doch u.a. Hitler-Gorilla **Otto Ernst Remer**. Radl, der in Rosenkranz' „fakten" unter dem Pseudonym „Der Tüftler" schrieb, gilt auch als Kopf der österreichischen Anti-Antifa. Wiederholt konnte beobachtet werden, wie er über Antifaschisten Material sammelte. Radl hat so wie Endres den „Chef" Küssel regelmäßig im Gefängnis besucht. In einem Brief an den inhaftierten Küssel kündigte er zur „Rechtskampfwoche", in der die Briefbomben explodierten, „Aktionen" an.

- **Peter Binder**, 28. Binder war jahrelang als langhaariger „Hippie" unterwegs, obwohl er seit 1988 zur VAPO, spätestens seit 1991 zu deren innerstem Führungskreis gehörte. Binder trat bis vor kurzem nicht öffentlich auf - ein Beleg dafür, daß in Küssel/Kühnen/Worchs GdNF eine zweite, klandestine Struktur existiert. Binder war ein „Punktemacher", was bedeutet, daß er im Neonazi-Netzwerk für die konspirative elektronische Vernetzung zuständig war. Arbeitskollegen bei „Honeywell Bull", wo der Elektronik-Ingenieur bis zu seiner Verhaftung arbeitete, schildern ihn als unauffällig „freakigen" Typ. Erst als die Speicher der Computerfirma wegen Binders elektronischer Aktivitäten überlastet waren, wurden einige Kollegen nachdenklich. Während Jörg Haiders „Anti-Ausländer-Volksbegehren" (einer langjährigen Forderung der Hardcore-Nazis) trat Binder als Mitglied von Haiders Ordnerdienst in Erscheinung.

Richtig ins Licht der Öffentlichkeit rückte Binder erst, als im März **Günther Reinthaler-Hrouda**, 31, der offizielle Küssel-Stellvertreter, verhaftet und im Juli zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Da wurde die Kaderdecke der VAPO knapp und Binder mußte öffentlich auftreten. Verhaftet wurde er in Znaim in Tschechien. In seinem Wagen fand die Polizei u.a. 13 Scharfschützengewehre, 1 Liter Nitroglyzerin (wie bei den Briefbomben verwendet) und alle Zutaten für die Herstellung von Nitroglyzerin. In Binders konspirativer Wohnung fanden sich Spuren von Nitro-Explosionen.

Im Landhaus seiner Schwiegereltern in Wolkersdorf bei Mistelbach fand die Polizei ein riesiges Waffenarsenal - laut den Beamten „genug um ein Bataillon zu bewaffnen". Teilweise handelte es sich um modernstes militärisches Gerät - bis hin zu Granatwerfern und Maschinengewehren. Die Waffen stammten teils aus historischen Wehrmachts-Beständen, teils aus Kroatien, und teils aus Arsenalen des österreichischen Bundesheeres.



den frühen 80-ern veröffentlichte der „Storm"-Vorläufer „Nordic Order" (herausgegeben vom Freund des britischen Revisionisten und Buchhändlers **Anthony Hancock**, dem damaligen norwegischen Nazichef **Erik Blücher**) Namen und Adresse des Journalisten Hagge Geigert.

Geigert hatte den Zorn der Nazis 1982 dadurch erregt, daß er an einer Demonstration teilnahm, die die „Nordische Reichspartei"(NRP) von einer Halle fernhielt, die diese für eine politische Veranstaltung gemietet hatte. „Nordic Order's" Namensveröffentlichung war das Vorspiel zu nahezu einem Jahrzehnt der Belästigung, der Morddrohungen und des Briefterrors gegen Geigert, der einmal sogar eine Briefbombe geschickt bekam.

Wo „Nordic Order" führte, folgte die Bewegung „Halte Schweden schwedisch"(BBS). Diese Organisation ging später zum Teil im legalen Arm der schwedischen Nazis, den „Schwedischen Demokraten", und der VAM auf.

Der derzeitige Führer der „Schwedischen Demokraten", **Anders Klarström**, der enge Beziehungen zur VAM unterhält, war einer derjenigen, die Mitte der 80-er wegen der Morddrohungen gegen Geigert angeklagt wurden. Damals war Klarström ein aktives Mitglied der Gothenburger Gruppe der NRP und unter seinen Mitstreitern waren Boneheads, die heute die VAM in Gothenburg anführen.

Wie auch immer, die frühen Versuche der schwedische Nazis in Sachen Terrorismus waren amateurhaft - bis VAM/„Storm" ihren Bemühungen eine neue Qualität hinzufügte. Die „Storm"-Ausgabe vom Mai 93 - vermutlich die letzte - zeigte, daß VAM begierig die Ideen der US-Nazis **Harold Covington, Gerhard Lauck** und von „Combat 18", aufnahm. Tatsächlich wurde Covington's Buch „The March UP Country" als Pflichtlektüre für schwedische Nazis angepriesen und „Storm" veröffentlichte eine Schwarze Liste von C 18.

„Storm" drohte unverhüllt, indem es die Namen, Adressen und Telefonnummern von einigen Personen, die als Anti-Nationalisten gebrandmarkt wurden, veröffentlichte. Die Liste enthielt die Namen der Journalisten Anna-Lena Lodenius und Stieg Larsson, Autoren des Buches „Die extreme Rechte", zwei linken Journalisten, der Historikerin Helene Lööw, des sozialdemokratischen Abgeordneten Hans-Göran Franck und seiner Frau Ingeborg, und von Anders Carlberg, der einen multi-kulturellen Jugendklub in Stockholm betreibt.

Carlberg ist, nebenbei bemerkt, ein Mann, der glaubt, er könne rassistische Spannungen vermindern, indem er ausländische Jugendliche davon überzeugt, Bonehead-Rockbands anzuhören. Sein Auftauchen auf der Liste ist deshalb etwas widersinnig.

Ebenfalls aufgelistet waren Schwedens Polizeichef Björn Eriksson und Gunno Gunnmo, der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft, der prominente Anti-Rassist Ken Lewis und eine Anzahl weiterer bekannter Persönlichkeiten.

VAM konzentrierte sich auf die Planung zukünftigen Terrors, da einige ihrer Hauptaktivisten im Gefängnis saßen und dort versuchten eine „White-Prisoners"-Bewegung aufzubauen. Diese Planungen umfassen eine massive Verstärkung der Kontakte zu britischen, deutschen und amerikanischen Nazis.

Im Herbst '92 fanden Austauschbesuche sowohl in London als auch in Stockholm statt. Am 19. September nahm niemand anderes als der alte schwedische Bonehead-Veteran **Nils Mandell**, der die letzten 2 Jahre damit verbracht hat, zu behaupten, er habe niemals von VAM gehört, an der Versammlung von **David Irvings** Clarendon Club teil, der von C 18 bewacht wurde. Auf seinen Reisen zu Gesprächen mit C 18 begleiteten ihn bekannte Mitglieder der VAM-Führung: der politische Soldat **Conny Rosen** (gerade aus dem Gefängnis entlassen, nachdem er für einen Überfall auf eine Polizeistation in Stockholm verurteilt worden war); **Gabriel Wikman** und **Mari Venox** (alias **Gutenspar**, alias **Andersson**), die sich als Historikerin und wissenschaftliche Forscherin an der Universität Stockholm ausgibt. In London traf diese Gruppe den C 18-Verbrecher **Eddie Whicker**.

Der London Besuch fand zu einer Zeit statt, als C 18 seine terroristischen Aktivitäten ausweitete (von Telefonterror bis zu gewaltätigen Angriffen und Brandanschlägen) und die deutsche Gruppierung der Anti-Antifa bereits gut organisiert war. Daher ist es nicht überraschend, daß ein halbes Jahr später die schwedischen Nazis dasselbe taten. Sie erstellten eine Schwarze Liste von Antifaschisten im Stile des C 18 Magazins „Redwatch" erstellten. Rosen wurde von der Polizei festgenommen, als er versuchte in ein Waffendepot der Armee einzubrechen.

Und, nur einige Wochen nach dem London-Besuch, am 30. November 92 tauchten die BNP-Organisatoren **Milton Kaynes** und **Richard Fawcus**, dessen Frau Schwedin ist, in Stockholm zur jährlichen Demonstration der schwedischen Nazis zum Gedenken an König Karl XII. auf.

Der Abend stellte sich als bedeutsam heraus. In der Nähe eines Versammlungsortes von antifaschistischen DemonstrantInnen wurde eine Bombe gelegt, die glücklicherweise rechtzeitig entdeckt wurde. Wenn der Anschlag gelungen wäre, wäre Stockholm Schauplatz eines Massakers gewesen.

Fawcus, der gelegentlich in der Begleitung der Gruppe von Verbrechern und Terroristen, die sich selbst C 18 nennen, gesehen wurde, muß sich sehr wohl über seine terroristische Beziehung, die er in Stockholm unterhielt, im Klaren gewesen sein.

Dieses ist auch schon sehr deutlich angesprochen worden in einem Brief vom US-Nazi und Verbündeten des BNP Harold Covington vom 7. Mai 92: „Es gibt auch eine aktive 'Low Level' Guerilla-Kampagne, die von unseren Kameraden in Schweden durchgeführt wird." Unter denen, die Covington's Brief erhielten, waren auch Fawcus Verbündete und Freunde: die kriminellen Terroristen des C 18.

Seit damals hat die VAM die Verbindungen zu ihren Freunden in Deutschland gefestigt. Ein Block von einem Dutzend schwarz-uniformierten VAM-Mitgliedern nahm an der Hess-Demonstration in Fulda teil und traf einige Chefs der deutschen Anti-Antifa, **Christian Worch** und **Norbert Weidner**.

Die VAM-Abordnung wurde von Donald Hansson angeführt, der das Banner der „SA Gothenburg und Boras" trug, die die schwedische West-Küsten-Gruppe der VAM ist. Ebenso anwesend waren andere Mitglieder der Gothenburg-VAM-Szene einschließlich der Verbrecher **Tobias Bjurefjäll** und **Thomas Lantz**, Mitglieder der Nazi-Skin Band „Dirlewanger".

Hansson war früher eine weniger wichtige Figur in der Gothenburger-VAM, hat aber nun die Rolle eines Hauptaktivisten übernommen. In den letzten beiden Jahren hat er VAM-Anmeldungen für die 1. Mai-Demonstration in Gothenburg unterschrieben. (Schweden ist eines der wenigen Länder der Welt, die Nazi-Terroristen die Organisierung von 1. Mai-Demonstrationen erlaubt.)

Erst kürzlich war Hansson zentral

Zu letzteren müßte eigentlich VAPO-Kader und „Wiener Bereichsleiter" **Reinhold Kovar**, 28, einiges erzählen können. Ist der militante Neonazi doch Berufssoldat beim österreichischen Bundesheer und nachdem antifaschistische Proteste seine Offiziere veranlaßten, ihn zu „versetzen", Materialwart im größten Armee-Arsenal Österreichs: in der Heeresmaterialanstalt in Wien. Der für die Kontrolle von zehntausenden hochmodernen Infanteriewaffen zuständige Nazi Kovar wurde im Rahmen der Briefbomben-Attentate nicht einmal verhört.

- **Alexander Wolfert**, 30. Der dümmliche VAPO-Kader versuchte in den letzten Jahren, sich unter dem Decknamen „Tex" in die linke Szene einzuschmuggeln. Als es 1990 vor einem linken Veranstaltungslokal zu Provokationen von Skinheads und VAPO-Nazis kam, die von Rosenkranz und FPÖ-Politikern zur Hetze gegen Autonome und Punks genutzt wurde, spionierte Wolfert für die Faschisten - seine Ohrfeige kriegte er trotzdem ab.

Zu wenige, wie sich herausstellte. Im Frühjahr 1993 versuchte sich Wolfert als Söldner in Kroatien. Photos zeigen ihn, gemeinsam mit VAPO-Kader **Peter Preisl**, 22, in offizieller kroatischer Armeeuniform beim Exerzieren in Kroatien. Mit dabei: der Bielefelder GdNF-Kader **Thomas Hainke**, 28, ein langjähriger Küssel-Reinthaler- und Endres-Freund. Hainke hatte 1991 und 1992 gemeinsam mit Endres den Ordnerdienst bei den berüchtigten „Rudolf-Hess-Gedenkmärschen" geleitet.

In Kroatien hatten die Kameraden wenig Freude mit Wolfert. Wann immer irgendwo in der Region ein Schuß krachte - Wolfert lag flach auf dem Boden, die Hosen gestrichen voll. Das trug ihm den Spitznamen „Zündholzschachtel" ein - bis ihn die kroatischen Faschisten rausschmissen.

- Am 8. Februar wurde schließlich **Sascha Kaspar** festgenommen. Der 24jährige „Gauleiter" Wiener Neustadt, ein enger Freund Radls, wird beschuldigt, in Graz die Zutaten für die Nitroglyzerin-Mischung gekauft zu haben. Auch Kaspar weilte in Kroatien, das Berliner „Antifa-Infoblatt" veröffentlichte Photos, die den zackigen Jungrecken in Kroatien zeigen.

Eines sickerte allerdings durch: noch immer wird der „Haupttäter" gesucht. Bei ihm soll es sich, so viel wurde trotz Nachrichtensperre bekannt, um einen Deutschen handeln.

Viele Spuren weisen nach Berlin. Zur dortigen Szene unterhielt die VAPO stets beste Beziehungen. Gleich nach dem Fall der Mauer übernahmen die Küssel-Leute die „Patenschaft" über das besetzte Nazi-Haus in der Weitlingstraße.

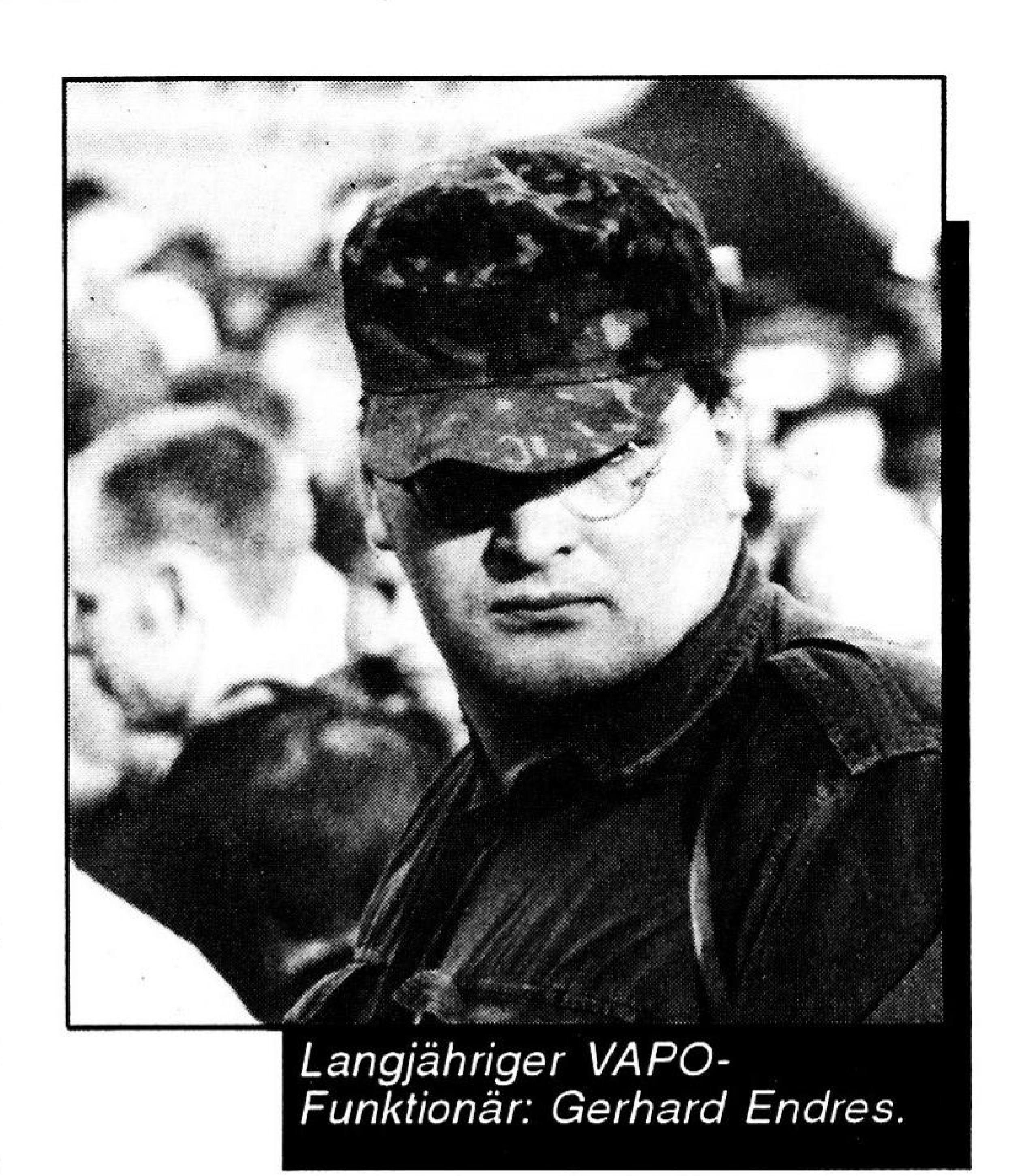
Einer, der dort verkehrte, ist der altgediente Nazi-Terrorist **Ekkehard Weil**. Weil unterhält beste Österreich-Kontakte. Er wurde 1983 in Wien wegen mehrerer Bombenanschläge gegen jüdische Persönlichkeiten und Einrichtungen zu 6 Jahren Haft verurteilt. Mitangeklagt war auch Küssel, der mit einem Jahr bedingt davonkam. Als „Entlastungszeuge" trat in diesem Prozeß u.a. Gerd Endres auf.

Die bereits verhafteten Nazi-Terroristen warten auf ihren Prozeß. Die Beweislage ist dünn - im Gegensatz zu linken politischen Gefangenen werden Nazis von der berüchtigten Wiener Polizei auch nicht gefoltert. Es wird ein Indizienprozeß werden - ein Prozeß, in dem auch die kriminelle Toleranz des österreichischen Innenministeriums rechtsradikalen Umtrieben gegenüber zur Sprache kommen muß - und wird.

Wie sagt einer der Gefolgsleute des „Wehrsportführers" und engen Küsselfreundes **Hans-Jörg Schimanek** junior, 31, (der gleichnamige **senior** ist FPÖ-Minister im selben Regionalparlament, in dem auch Frau Rosenkranz sitzt) in seinem Prozeß? „Ich habe nicht wissen können, daß das bewaffnete Training verboten ist. Die Staatspolizei hat immer zugeschaut und nie was dagegen gemacht." That's the problem.

Nazis bei der Wiener Polizei

Im Mai 1933, und wiederum nach den mörderischen Briefbombenattentaten Anfang Dezember, kursierte in Wiener Polizeistationen ein Flugblatt, das in Europas Faschoszene seinesgleichen sucht. Textprobe. „Unsere Berufsehre und unsere Überzeugung als Vertreter von Recht und Ordnung - und nicht von 'legistischem' Unrecht - gebieten uns, uns in den Dienst des Volkes zu stellen. Daher sehen wir von der „Notwehrgemeinschaft der Sicherheitswachebeamten" uns außerstande, für die Sicherheit der Umvolkungspolitiker zu garantieren, da diese durch ihr verbrecherisches Handeln jede Schutzwürdigkeit der Person verwirkt haben. Wir werden insoferne passiven Widerstand leisten, als wir uns nicht



Langjähriger VAPO-Funktionär: Gerhard Endres.

zur Verfolgung politischer Gegner des gegenwärtigen Systems mißbrauchen lassen. Unseren Schutz genießen auch nicht Richter und Staatsanwälte, die die Menschenrechte verletzen und an politischen Hexenjagden teilnehmen."

„Notwehrgemeinschaft der Sicherheitswachebeamten" kürzt sich mit NS ab. Unter „Menschenrechtsverletzungen" verstehen die NS-Cops die laufenden Prozesse gegen führende Neonazis. Über diese schreiben sie: „Wenn man weiß, daß diese „Rechtsextremisten" immerhin für Recht und Ordnung, für den Schutz der inländischen Bevölkerung und überhaupt für eine Stärkung der Exekutive eintreten, dann wird die Nervosität der OK und der mit ihr verfilzten Regierung verständlich":

Mit „OK" meinen die NS-Cops „Organisierte Kriminalität", ein Fachausdruck aus dem Polizisten-Jargon. Literaturhinweise auf kriminologische Fachzeitschriften und ein Schnellsiedekurs über den Begriff des „Völkermords" (darunter wird auch Abtreibung subsummiert), machen so wie der Umstand, daß das Machwerk auch in internen, nur Beamten zugänglichen Dienststellen kusierte deutlich, daß es sich dabei um ein Insider-Dokument handelt.

Es läßt sich sicherstellen, mit welcher Ecke der Wiener Neonazi-Szene die NS-Polizisten verbandelt sind. Das zweite Flugblatt enthält nämlich eine Liste jener acht Personen, die von der Regierung bei der Novelle des NS-Verbotsgesetzes Anfang 1992 zu Rate gezogen wurden. Dieselbe Liste findet sich - wortgleich und mit denselben antisemitischen Tiraden garniert - in der neuesten Schöpfung des nach Spanien geflüchteten Wiederbetätigungs-Champions Gerd Honsik.

Zu letzteren müßte eigentlich VAPO-Kader und „Wiener Bereichsleiter" **Reinhold Kovar**, 28, einiges erzählen können. Ist der militante Neonazi doch Berufssoldat beim österreichischen Bundesheer und nachdem antifaschistische Proteste seine Offiziere veranlaßten, ihn zu „versetzen", Materialwart im größten Armee-Arsenal Österreichs: in der Heeresmaterialanstalt in Wien. Der für die Kontrolle von zehntausenden hochmodernen Infanteriewaffen zuständige Nazi Kovar wurde im Rahmen der Briefbomben-Attentate nicht einmal verhört.

- **Alexander Wolfert**, 30. Der dümmliche VAPO-Kader versuchte in den letzten Jahren, sich unter dem Decknamen „Tex" in die linke Szene einzuschmuggeln. Als es 1990 vor einem linken Veranstaltungslokal zu Provokationen von Skinheads und VAPO-Nazis kam, die von Rosenkranz und FPÖ-Politikern zur Hetze gegen Autonome und Punks genutzt wurde, spionierte Wolfert für die Faschisten - seine Ohrfeige kriegte er trotzdem ab.

Zu wenige, wie sich herausstellte. Im Frühjahr 1993 versuchte sich Wolfert als Söldner in Kroatien. Photos zeigen ihn, gemeinsam mit VAPO-Kader **Peter Preisl**, 22, in offizieller kroatischer Armeeuniform beim Exerzieren in Kroatien. Mit dabei: der Bielefelder GdNF-Kader **Thomas Hainke**, 28, ein langjähriger Küssel-Reinthaler- und Endres-Freund. Hainke hatte 1991 und 1992 gemeinsam mit Endres den Ordnerdienst bei den berüchtigten „Rudolf-Hess-Gedenkmärschen" geleitet.

In Kroatien hatten die Kameraden wenig Freude mit Wolfert. Wann immer irgendwo in der Region ein Schuß krachte - Wolfert lag flach auf dem Boden, die Hosen gestrichen voll. Das trug ihm den Spitznamen „Zündholzschachtel" ein - bis ihn die kroatischen Faschisten rausschmissen.

- Am 8. Februar wurde schließlich **Sascha Kaspar** festgenommen. Der 24jährige „Gauleiter" Wiener Neustadt, ein enger Freund Radls, wird beschuldigt, in Graz die Zutaten für die Nitroglyzerin-Mischung gekauft zu haben. Auch Kaspar weilte in Kroatien, das Berliner „Antifa-Infoblatt" veröffentlichte Photos, die den zackigen Jungrecken in Kroatien zeigen.

Eines sickerte allerdings durch: noch immer wird der „Haupttäter" gesucht. Bei ihm soll es sich, so viel wurde trotz Nachrichtensperre bekannt, um einen Deutschen handeln.

Viele Spuren weisen nach Berlin. Zur dortigen Szene unterhielt die VAPO stets beste Beziehungen. Gleich nach dem Fall der Mauer übernahmen die Küssel-Leute die „Patenschaft" über das besetzte Nazi-Haus in der Weitlingstraße.

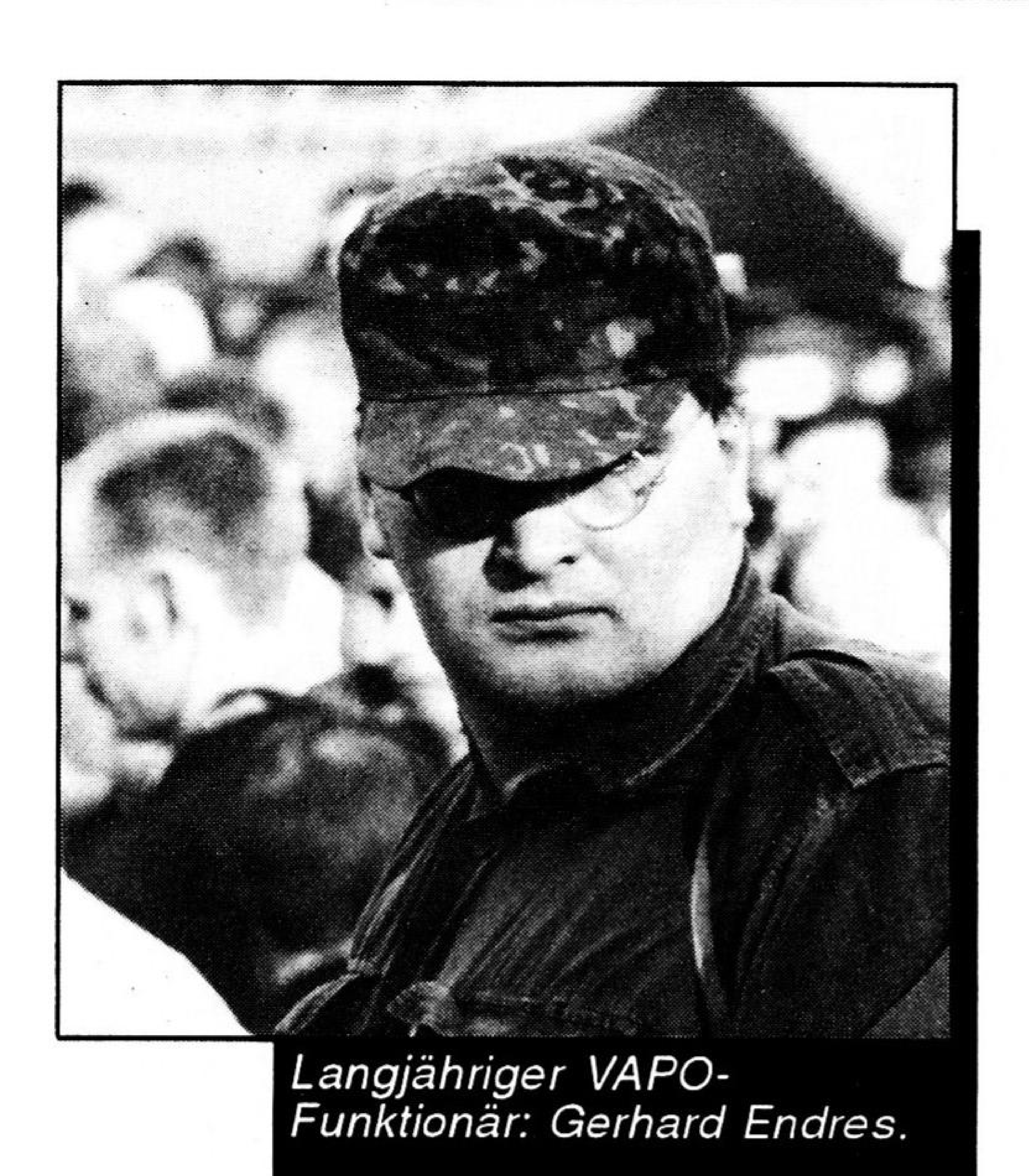
Einer, der dort verkehrte, ist der altgediente Nazi-Terrorist **Ekkehard Weil**. Weil unterhält beste Österreich-Kontakte. Er wurde 1983 in Wien wegen mehrerer Bombenanschläge gegen jüdische Persönlichkeiten und Einrichtungen zu 6 Jahren Haft verurteilt. Mitangeklagt war auch Küssel, der mit einem Jahr bedingt davonkam. Als „Entlastungszeuge" trat in diesem Prozeß u.a. Gerd Endres auf.

Die bereits verhafteten Nazi-Terroristen warten auf ihren Prozeß. Die Beweislage ist dünn - im Gegensatz zu linken politischen Gefangenen werden Nazis von der berüchtigten Wiener Polizei auch nicht gefoltert. Es wird ein Indizienprozeß werden - ein Prozeß, in dem auch die kriminelle Toleranz des österreichischen Innenministeriums rechtsradikalen Umtrieben gegenüber zur Sprache kommen muß - und wird.

Wie sagt einer der Gefolgsleute des „Wehrsportführers" und engen Küsselfreundes **Hans-Jörg Schimanek** junior, 31, (der gleichnamige **senior** ist FPÖ-Minister im selben Regionalparlament, in dem auch Frau Rosenkranz sitzt) in seinem Prozeß? „Ich habe nicht wissen können, daß das bewaffnete Training verboten ist. Die Staatspolizei hat immer zugeschaut und nie was dagegen gemacht." That's the problem.

Nazis bei der Wiener Polizei

Im Mai 1933, und wiederum nach den mörderischen Briefbombenattentaten Anfang Dezember, kursierte in Wiener Polizeistationen ein Flugblatt, das in Europas Faschoszene seinesgleichen sucht. Textprobe. „Unsere Berufsehre und unsere Überzeugung als Vertreter von Recht und Ordnung - und nicht von 'legistischem' Unrecht - gebieten uns, uns in den Dienst des Volkes zu stellen. Daher sehen wir von der „Notwehrgemeinschaft der Sicherheitswachebeamten" uns außerstande, für die Sicherheit der Umvolkungspolitiker zu garantieren, da diese durch ihr verbrecherisches Handeln jede Schutzwürdigkeit der Person verwirkt haben. Wir werden insoferne passiven Widerstand leisten, als wir uns nicht



Langjähriger VAPO-Funktionär: Gerhard Endres.

zur Verfolgung politischer Gegner des gegenwärtigen Systems mißbrauchen lassen. Unseren Schutz genießen auch nicht Richter und Staatsanwälte, die die Menschenrechte verletzen und an politischen Hexenjagden teilnehmen."

„Notwehrgemeinschaft der Sicherheitswachebeamten" kürzt sich mit NS ab. Unter „Menschenrechtsverletzungen" verstehen die NS-Cops die laufenden Prozesse gegen führende Neonazis. Über diese schreiben sie: „Wenn man weiß, daß diese „Rechtsextremisten" immerhin für Recht und Ordnung, für den Schutz der inländischen Bevölkerung und überhaupt für eine Stärkung der Exekutive eintreten, dann wird die Nervosität der OK und der mit ihr verfilzten Regierung verständlich":

Mit „OK" meinen die NS-Cops „Organisierte Kriminalität", ein Fachausdruck aus dem Polizisten-Jargon. Literaturhinweise auf kriminologische Fachzeitschriften und ein Schnellsiedekurs über den Begriff des „Völkermords" (darunter wird auch Abtreibung subsummiert), machen so wie der Umstand, daß das Machwerk auch in internen, nur Beamten zugänglichen Dienststellen kusierte deutlich, daß es sich dabei um ein Insider-Dokument handelt.

Es läßt sich sicherstellen, mit welcher Ecke der Wiener Neonazi-Szene die NS-Polizisten verbandelt sind. Das zweite Flugblatt enthält nämlich eine Liste jener acht Personen, die von der Regierung bei der Novelle des NS-Verbotsgesetzes Anfang 1992 zu Rate gezogen wurden. Dieselbe Liste findet sich - wortgleich und mit denselben antisemitischen Tiraden garniert - in der neuesten Schöpfung des nach Spanien geflüchteten Wiederbetätigungs-Champions Gerd Honsik.

in die VAM-Demonstration am 20. November in Gothenburg eingebunden, die von mehr als 300 Faschisten besucht wurde, einschließlich Gruppen aus Großbritanien, Deutschland, Finnland, Dänemark und Norwegen. Hakenkreuz-Fahnen wurden offen gezeigt, ohne daß die Polizei eingriff. Dieses Ereignis - der größte Naziaufmarsch in Schweden seit dem 2. Weltkrieg - endete mit einem Konzert der Bonehead-Band „No Remorse".

Die norwegische Verbindung

Der fanatische norwegische Rassist **Arne Myrdal** hat seine öffentliche Zustimmung zu den Schwarzen Listen, die im „Einblick" veröffentlicht wurden, zum Ausdruck gebracht, um in die Anti-Antifa-Szene zu kommen.

Myrdal, Führer der faschistischen Gruppierung „Norwegen gegen Immigranten" (NMI), hat seit Juli '92 Listen von politischen Gegnern aus ganz Norwegen zusammengestellt. Bei einem Treffen in seinem Haus erklärte er, daß „die Zeit zum Handeln und der Gewalt gekommen sei" und hielt seine Anhänger an, Listen von allen Immigranten und „Rasse-Verrätern" anzulegen.

Myrdal's Ankündigung folgte eine polizeiliche Durchsuchung, bei der allerdings nichts gefunden wurde. Myrdal prahlte, daß „die Listen von einer der vielen Untergrundzellen sicher verwahrt werden". Listen von Immigranten und Anti-Rassisten existieren tatsächlich und sind in einigen Gegenden Norwegens aufgetaucht.

In Stavanger zum Beispiel wurde ein Stadtplan gefunden, in dem jedes Geschäft, das einem Immigranten gehört, markiert war. Eine andere Liste, die in faschistischen Kreisen zirkuliert, enthält Namen, Adressen, Telefonnummern und Einzelheiten über die Familien von mehr als 100 Politikern, Bürgermeistern, Journalisten, Antifaschisten, Immigranten-Aktivisten und Mitgliedern der jüdischen Gemeinde.

Im November, nach der Veröffentlichung des „Einblicks", erzählte Myrdal der norwegischen Presse, daß er die Aktion der deutschen Nazis unterstütze: „Ich unterstütze Gewalt, aber keinen Mord." In einer anderen Stellungnahme erklärte er: „das Haus eines Immigranten niederzubrennen, ist akzeptabel."

Von Myrdal, einem verurteilten Bombenleger, ist eine solche Aussage unheilverkündend. Anhänger der NMI nahmen an der VAM-Demonstration in Gothenburg am 20. November teil. Myrdal's „Leutnant" **Arild Elseveen** wurde kürzlich für seine kriminellen Aktivitäten, u.a einem Angriff auf einen Anti-Rassisten, inhaftiert. Zusätzlich benutzen die Nazis um das Magazin „Ung Front" jetzt dieses als Forum für Anti-Antifa-Veröffentlichungen und Aufrufe zu Taten. Im Herbst gipfelten diese Aufrufe in einem versuchten Angriff von mehr als 30 Boneheads auf das Autonome Zentrum „Blitz" in Oslo. „Ung Front" sympathisiert unverhohlen mit der kriminellen Gewalt der deutschen Nazis und hat Verbindungen zu den schwedischen Nazis von der VAM:

Unter denen, die sich an dem Angriff beteiligten, war der altbekannte Bonehead-Veteran **Petter Kristian Kyvik** und der kürzlich inhaftierte Möchtegernführer **Michael Knutsen**, Student an der Osloer Universität und Herausgeber der monatlich erscheinenden Nazi-Zeitung „Norsk Blad".

Knutsen, dessen Hauptbeschäftigung es ist, die norwegischen Nazis zu vereinen, betreibt außerdem ein Infotelefon, bei dem für 1 Pfund Infos über faschistische und antifaschistische Aktivitäten zu erhalten sind. Mit der Information faschistischer Anrufer über antifaschistische Treffen geht es ganz offensichtlich darum, Gewalttaten zu initiieren.

Mit dem Auftauchen **Johnny Olsens**, einer der gefährlichsten und gewalttätigsten Nazis des Landes, planen die norwegischen Nazis nun ihren eigenen Beitrag in der internationalen Anti-Antifa-Kampagne.

Olsen, der bereits Anfang der 80er zu mehr als 10 Jahren Haftstrafe wegen zweier Morde, die er als Mitglied der terroristischen „Norwegisch-Deutschen Armee" begangen hatte, verurteilt wurde, veröffentlichte im Januar in einer nationalen Zeitung die Behauptung, daß die Anti-Antifa-Aktivitäten in größerem Ausmaße eskalieren werden.

Olsen erklärte, daß es zwei Zellen von etwa 9-10 Personen gebe, die unabhängig voneinander handelten und die sich stark bemühen würden, Informationen über AntifaschistInnen zu sammeln, um sie physisch anzugreifen.

In einem Interview mit der großen Tageszeitung „Dagbladet" zeigte sich deutlich, daß Olsen mit Knutsen, dem einzigen halbwegs intelligenten Nazi Norwegens zu tun hat. Knutsen bemüht sich einerseits seine Führerschaft in der norwegischen Naziszene zu etablieren und andererseits um Glaubwürdigkeit bei den deutschen Nazis, die die norwegischen Nazis lange mit Verachtung behandelt haben.

Die Verbindung Olsen-Knutsen, ist, wenn sie sich vertieft, möglicherweise eine sehr gefährliche Entwicklung. Olsen hat genau die Glaubwürdigkeit, die die Deutschen lange gefordert haben: Er ist ein Mörder und sein Auftauchen auf der politischen Bühne bringt eine neue Qualität in die Situation, die bereits eskaliert ist durch Nazis, die Molotow-Cocktails



Eine Gruppe VAM-Mitglieder nahm wie schon 1992 auch im vergangenen Jahr am Heß-Marsch in Fulda teil.

werfen und auf Antifaschisten schießen.

Die Dänische Verbindung

Der „Einblick" wurde mit einer dänischen Kontaktadresse in Randers veröffentlicht. Diese Adresse ist gleichzeitig die Postfachadresse der „Dänischen Nationalsozialistischen Bewegung" (DNSB).

Der DNSB war Dänemarks berüchtigste Nazi-Gruppe, bis sie in eine ernsthafte innere Krise, ausgelöst durch das Liebesleben ihres ehemaligen Führers **Poul Heinrich Rijs-Knudsen**, geriet. Der internationale Ruf des DNSB ist gering, weil er die meiste Zeit die „World Union of National Socialists" unterstützte, einer Dachorganisation, die heute so gut wie aufgelöst ist und die meiste Zeit gegen die NSDAP/AO agierte.

Nach Rijs-Knudsen's Rausschmiß aus dem DNSB im August '92 wegen „Rassenschande", hat sich die Organisation der NSDAP/AO angeschlossen, gemeinsam mit der GdNF in Deutschland und den Naziterroristen der VAM in Schweden. Die Benutzung des Postfaches der DNSB durch die deutsche Anti-Antifa ist Teil des andauernden Versuchs, die internationale Glaubwürdigkeit des DNSB wiederherzustellen.

Anfang 1993 erschien „Fädrelandet", die erste Zeitung der NSDAP/AO, einer Organisation, die Anleitungen zum Bombenbau auf Disketten an seine Top-Kader verschickt, in dänischer Sprache.

Entsprechend der neuen internationalen Loyalität seiner Partei, nahm der Führer des DNSB Henrik Asferg-Kristensen 1993 am internationalen Nazi-Gedenken an Rudolf Hess in Fulda teil.

Der DNSB kooperiert mit dem Ex-SS-Mann und Holocaust-Leugner **Thies Christophersen**, der, obwohl er noch immer von der deutschen Polizei gesucht wird, offen in Kollund im Süden Dänemarks lebt. Christophersen war in den fehlgeschlagenen Versuch verwickelt, im Mai letzten Jahres in Dänemark einen Revisionistischen Historiker-Kongress zu veranstalten.

Es gibt ebenso Verbindungen zu dem in England lebenden Kriminellen und Ausschwitz-Lügner Anthony Hancock über den jetzt teilweise rehabilitierten ex-DNSB-Führer Poul Riis-Knudsen.

Obwohl der DNSB nur wenige Mitglieder hat, hat er ein beträchtliches Gewaltpotential. Mitglieder des DNSB beschmierten ein Zentrum für Asylsuchende in Kopenhagen im Frühjahr '92 und in der Vergangenheit hat der DNSB versucht, unter rassistischen dänischen Jugendgangs Mitglieder zu rekrutieren.

Im September letzten Jahres wurde **Jonni Hansen**, ebenfalls ein DNSB-Führer öffentlich von einem Abweichler der Partei angeklagt, in die Einbrüche im Juli '92 bei den anti-rassistischen Organisationen „Fair Play" und „IndSam" verwickelt gewesen zu sein. Damals wurden Mitgliederlisten gestohlen und die Einrichtung der Büros zerschlagen.

Bis jetzt haben sich die dänischen Behörden geweigert, etwas gegen den DNSB zu unternehmen. Der sozialdemokratische Justizminister Erling Olsen erklärte der Presse erstaunlicherweise - als Antwort auf die Forderung nach unmittelbarem polizeilichen Eingreifen durch den konservativen Politiker Adam Möller am 3. Dezember- daß „je mehr wir auf solche Methoden zurückgreifen, umso mehr sind die Extremisten befriedigt."

Graeme Atkinson ist Mitarbeiter des in Großbritannien erscheinenden internationalen Antifa-Magazins ‚Searchlight".

Kai Grünberg

Under-Cover Nazis in antifaschistischen Gruppen

Der „Einblick" schreibt über Antifa-Cafes und Infoläden: *„Es bieten sich eine Vielzahl von Möglichkeiten über diese Läden Informationen zu sammeln und zu beschaffen. Wenn man die Öffnungszeiten kennt, kann jede/r die ein- und ausgehenden Personen fotografieren, ihnen nachgehen und beschatten und somit zu wichtigen persönlichen Daten des Gegners gelangen. Ist der/die AktivistIn unbekannt, kann er/sie auch den Infoladen besuchen, Gespräche führen, linke Zeitschriften erwerben und sich ein Bild von der örtlichen Szene machen. Bei solchen Vorgehensweisen ist aber zu beachten, daß die meisten Linken andere Sprachgebräuche pflegen als das normale Menschen, sprich nationalistische Deutsche tun. Bei ersten Treffen ist folglich Zurückhaltung angesagt. Selbstverständlich wird man nach den ersten Besuchen keinen Adresskatalog von stadtbekannten Anarchos ergattern, vielmehr sind Linke recht konspirativ im Umgang mit Daten und Infos. Also immer vorsichtig sein. Nach und nach gesammelte Infos ergeben ein Gesamtbild der linken Szene, die nur mit präzisen Informationen ausgehebelt werden kann."*

Wie die Erfahrung zeigt, ist das Eindringen von NeofaschistInnen in linke und antifaschistische Strukturen nicht erst seit Veröffentlichung des „EINBLICKs" gängige Praxis. Immer wieder gibt es Beispiele, die die zeitweise verdeckte Aktivität von Neonazis unter Linken dokumentieren.

Besonders offene Strukturen wie Antifa-Cafes oder antifaschistische Stammtische machen es „U-Booten" der Neonazis verhältnismäßig einfach, dort einen Einstieg in die antifaschistische Bewegung zu finden. Ähnliches gilt auch für spontan einberufene „Vollversammlungen", Plena oder unübersichtliche Treffen von Aktionsbündnissen.

Problematisch ist der Umgang mit vermeintlichen AussteigerInnen aus der rechten Szene, die zwar einerseits ihre Vergangenheit bekennen, andererseits aber nicht gewillt sind, detaillierte Informationen über die neofaschistische Organisierung zu geben. Auch nicht an einzelne Vertrauenspersonen. Und selbst wenn, ist es immer noch nötig, diese Informationen mit Vorbehalt aufzunehmen.

Solch ein Fall wurde um die Jahreswende 1989/90 in Hannover bekannt. Die 1968 geborene **Kerstin Mutschall** zog auf das zu der Zeit noch besetzte und akut von einer Räumung bedrohte Sprengelgelände. In den ehemaligen Fabrikgebäuden und in Bauwagen, die auf dem Gelände abgestellt waren, lebten damals etwa 100 Menschen. Die „Neue", Ker-

stin Mutschall, fiel durch besonders schnell dargebrachte Vorschläge zur militanten Verteidigung des Geländes auf, hatte aber auch einen Kreis von BesetzerInnen, mit denen sie sich sehr gut verstand. Deswegen fragten die wenigsten nach ihren Beweggründen. Nichts Ungewöhnliches in solchen mehr oder weniger offenen Strukturen. Allerdings erzählte sie einigen wenigen Vertrauenspersonen sehr bald von früheren Kontakten zur FAP. Erst als ein Kreis von politisch bewußteren BesetzerInnen diese Information erhielt wurden Nachforschungen betrieben und sie selbst zur Rede gestellt: Kerstin Mutschall war mit 17 Jahren in München der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei"(FAP) beigetreten. Mit 19 Jahren zog sie zu ihrem damaligen Freund, dem FAP-Funktionär **Oliver Bode** aus Hildesheim. In der dortigen FAP-Gruppe entwickelte sie vielfältige Aktivitäten. Sie wurde Mitglied des „Komitees zur Vorbereitung des 100sten Geburtstages Adolf Hitlers"(KAH), beteiligte sich an überregionalen Treffen und Aktionen, schrieb Texte für den „Mädelbrief" der FAP-Frauenschaft und wurde im September 1989 (gemeinsam mit Bode und zwei weiteren) wegen des Aufhängens eines Schweinekopfes an der jüdischen Synagoge in Hildesheim zu einer Geldstrafe verurteilt. Ihr Verhalten vor Gericht ließ nicht im mindesten erkennen, daß sie sich distanzierte, im Gegenteil, sie trat sehr selbstbewußt und überzeugt auf, z.B. schüchterte sie jüngere FAP-Mitglieder, die gegen sie aussagen wollten, ein. Dementsprechend war sie kaum als „Mitläuferin" einzuschätzen.

Ihren Austritt aus der FAP begründete sie mit „schlechter Organisation" und „Saufgelagen". Über ihre Motivation, so plötzlich bei linken HausbesetzerInnen mitzumachen, sagte sie nichts. Die Begründung für ihre anscheinend beliebige politische Arbeit in der rechten wie in der linken Szene machte sie mit „schwarzen, einheitlichen Klamotten", „Militanz" und „Gegen den Staat kämpfen" fest. Schon in München hatte sie über ihr Hobby Motorradfahren Kontakt zu Mitgliedern des „Arbeiterbundes zum Wiederaufbau der KPD" aufgenommen. Da diese Organisation in München engagiert für den antifaschistischen Kampf eintritt, liegt der Verdacht nahe, daß (auch?) diese Kontaktaufnahme dem Ausspähen linker Strukturen diente.

In den Gesprächen, die Kerstin Mutschall mit ehemaligen Sprengel-BesetzerInnen eher unfreiwillig führen mußte, erwähnte sie auch einen Anwerbeversuch des Verfassungsschutzes. Genauer ließ sie sich aber auf das Thema nicht ein.

Aus dieser ausgesprochen unklaren Situation heraus - hat man es mit einer agent provocateur, die sowohl „U-Boot" der FAP als auch V-Frau des Verfassungschutzes sein konnte, oder nur mit einer einfach sehr diffusen Persönlickeit zu tun - wurde sie aufgefordert das Gelände zu verlassen, was sie auch tat. Über spätere Aktivitäten ihrerseits im Zusammenhang mit neofaschistischen Gruppen ist nichts bekanntgeworden.

Obgleich er letzten Endes vollkommen in das Netzwerk der „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front"(GdNF) eingebunden ist, liegt der Fall des **Manfred Huck** aus Ludwigshafen vielleicht ähnlich. Nach einem Artikel in der Zeitschrift „magnus" vom September 1993 kandidierte er bei Kommunalwahlen im badischen Sinsheim für die NPD und besuchte Altnazis in Südamerika. Zudem will er damals regen Schriftverkehr mit **Michael Kühnen** geführt haben. Ende der 80er Jahre wechselte er zur Schwulenbewegung. In Karlsruhe wurde er Mitherausgeber der inzwischen eingegangenen lokalen Schwulenzeitung „Going Public". Nach einem Umzug nach Heidelberg fand oder suchte er Anschluß an die autonome Szene, die einen Kampf für ein Autonomes Zentrum führte. Hier hat er sich durch besonderes Engagement hervorgetan. „Bei Nachtwachen zum Schutz unserer Treffpunkte vor rechtsradikalen Übergriffen haben wir ihn wegen seines Übereifers belächelt", erzählt ein ehemaliger Freund von Huck. Auch in der Schwulenbewegung war er immer noch aktiv. So war er maßgeblich an den Vorbereitungen des Christopher Street Days 1991 in Heidelberg beteiligt. Hucks engagierter Ausflug zur politischen Linken war allerdings nicht von Dauer. Anfang 1992 wurde er auf einer Sonnenwendfeier mit vorausgehender NPD-Veranstaltung gesehen. Seine autonomen Freunde besuchte er demonstrativ mit schwarz-rot-goldenem Aufnäher auf der Jacke. Innerhalb kurzer Zeit waren feste Kontakte zu organisierten Neofaschisten offensichtlich. Im Zusammenhang mit dem Überfall von etwa 25 Neonazis auf eine türkische Kneipe in Heidelberg im Februar 1992 wurde von der Staatsanwaltschaft Anklage gegen ihn erhoben.


Inger Preßmar versuchte, sich in Aschaffenburger Antifa-Strukturen einzuschleichen

Er wurde Vorsitzender der „Aktionspartei Nationalrevolutionärer Kameraden"(ANK), einer Untergliederung der GdNF, und fungierte als Herausgeber der ANK-Publikation „Der Kampf". Im Juli 1993 kam es im Rahmen einer großangelegten Polizeiaktion gegen Nachfolgeorganisationen der Ende 1992 verbotenen „Deutschen Alternative"(DA) zu Hausdurchsuchungen in den Räumen der ANK und auch in Hucks Wohnung. Um weiterer Kriminalisierung vorzubeugen, löste sich die ANK daraufhin formal auf. Aber schon im August 1993 fungierte Huck als Chefordner beim „Rudolf-Hess-Gedenkmarsch" in Fulda.

Zu seiner Zeit bei den Autonomen in Heidelberg äußerte er, daß es sehr „lehrreich" für ihn gewesen sei. Die Frage, ob er bewußt als Spitzel in linke Strukturen eingedrungen ist, oder ob auch er einfach nur aus persönlichen Identitätsproblemen heraus handelte, kann an dieser Stelle nicht beantwortet werden.

Der Fall **Inger Preßmar** aus Langen bei Frankfurt ist deutlicher. Geboren 1971 begann sie mit 17 Jahren ihre politische Aktivität beim „Freundeskreis Germania" in Frankfurt. Unter diesem Namen agierte die Frankfurter Gruppe der 1983 verbotenen ANS/NA seit dem Verbot. Der „Freundeskreis Germania" ging 1987

weitgehend in der von Michael Kühnen gegründeten „Nationalen Sammlung"(NS) auf. Vor allem die Kleinstadt Langen wurde zum Schwerpunkt der Aktivitäten der NS. Sie kandidierte für die im Frühjahr 1988 stattfindenden hessischen Kommunalwahlen, wurde aber einige Wochen vor dem Wahltermin als Nachfolgeorganisation der ANS/NA ebenfalls verboten. Die hessischen Anhänger Michael Kühnens organisierten sich daraufhin in der Gruppe „Deutsches Hessen", die als Teilorganisation der GdNF zu begreifen ist. Nach ihren eigenen Angaben wurde Inger Preßmar im Oktober 1992 aus der GdNF ausgeschlossen. Seitdem unterhielt sie enge Kontakte zur FAP, den entschiedenen Gegnern der Führerschaft von Michael Kühnen in der NS-Bewegung.



Silke Wunderlich versuchte im Nürnberger ABIDOZ zu spionieren.

Mitte Januar 1993 bot sich Inger Preßmar verschiedenen Antifa-Telefonen als Informantin über ein angebliches Treffen des im Raum Aschaffenburg aktiven neofaschistischen „Deutschen Freundeskreises" am 23.1.93 an. Zu diesem Zweck brachte sie gemeinsam mit **Falco Schüßler**, dem bayrischen FAP-Landesvorsitzenden, einen „Antifa-Rundbrief" in Umlauf, der mit „Autonome AntifaschistInnen Aschaffenburg" unterzeichnet war. In diesem Schreiben wurde dazu aufgerufen, an besagtem Tag die Wohnung von Falco Schüßler zu blockieren.

Schüßler verfaßte zudem eine fingierte Einladung der FAP zu diesem Treffen, welche von Preßmar antifaschistischen Gruppen „zugespielt" wurde. Dieses Treffen fand nicht statt und war allem Anschein nach auch nie geplant gewesen. Da die ganzen Vorgänge den AntifaschistInnen ausgesprochen suspekt waren, kam außer Inger Preßmar niemand zu der „angekündigten" Blockade.

Ob es sich bei dieser Täuschung vielleicht „nur" um ein Ablenkungsmanöver von dem bayrischen FAP-Landesparteitag am 30.1.93 in Aschaffenburg handelte ist nicht nachzuvollziehen. Bei einer Kontaktaufnahme mit AntifaschistInnen in Frankfurt/M. gab sich Inger Preßmar als „aussteigewilliges" Mitglied der FAP aus und bot sich potentiell als Informantin an. Am 30.1.93 erschien sie - ausgestattet mit einem Tonbandgerät - auf der antifaschistischen Demonstration gegen den FAP-Landesparteitag. Nachdem ihr nahegelegt wurde, die Demonstration zu verlassen, ging sie in den Veranstaltungssaal.

Die betroffenen Frankfurter AntifaschistInnen haben Inger Preßmar mehr als eine Gelegenheit gegeben, sich glaubwürdig zu machen. Sie halten es für denkbar, daß sie erneut versucht Kontakt zu AntifaschistInnen aufzunehmen und sich als „Aussteigerin" und „völlig mißverstanden" darzustellen, und raten dringend davon ab.

Vollkommen dreist ist der Fall **Silke Wunderlich**. Sie war Mitglied des im Juni 1993 verbotenen „Nationalen Blocks", einer GdNF-Untergliederung aus Bayern. Aktiv war sie in der Ortsgruppe Kronach.

Antifaschistischen Gruppen war sie vom sogenannten „Zündel-Prozeß" in München und auch von Anti-Antifa-Aktionen her bekannt. Trotzdem gelang es ihr, als vermeintlich interessierte Antifaschistin, sich für mehrere Wochen im Nürnberger „Antifaschistischen Bildungs-, Informations- und Dokumentationszentrum" (Abidoz) Zutritt zu verschaffen, um die dortige Arbeit auszuspionieren. Mehr als die Teilnahme an den öffentlichen Plenen und Einblicke in Archivmaterialien war ihr aber nicht möglich. Als sie merkte, daß ihre Legende zusammenbrach, verschwand sie.

Dieser letzte Fall paßt exakt in das Strickmuster, daß der „Einblick" für die Informationsbeschaffung innerhalb von antifaschistischen Strukturen vorsieht.

Die antifaschistische Bewegung braucht offene Strukturen, die Interessierten einen Einstieg in ganz konkrete politische Arbeit ermöglicht. Dazu müssen Räumlichkeiten gegeben sein und AnsprechpartnerInnen zur Verfügung stehen. Das Eindringen von Neonazis in solche Strukturen, und die damit verbundene Gefährdung der AnsprechpartnerInnen, ist nicht ohne weiteres zu verhindern. Die Lösung des Problems in der Abschaffung von offenen Strukturen zu suchen, würde in eine völlig verkehrte Richtung laufen. Das Problem ist die politische Organisation an sich - und das betrifft nicht nur den antifaschistischen Kampf. Es wäre wenig sinnvoll und auch nicht machbar, die Teilnahme an öffentlich angekündigten Sitzungen/Treffen von antifaschistischen Gruppen mit einer politischen Überprüfung der Interessierten zu verbinden. Die Teilnahme an einer viel konkreteren Arbeitsgruppe ist da schon anders gelagert. Dazu gehört ein Vertrauensverhältnis, das nicht von heute auf morgen entstehen kann, und eine politische Übereinstimmung, die sich erst durch längere Diskussionen erweist. Auch ganz praktische Erfahrungen in der kollektiven Arbeit sollten eine Grundvorraussetzung für die Aufnahme von „Neuen" in kontinuierlich arbeitenden Arbeitsgruppen sein.

Besonders die autonome Szene, die zur Zeit die meisten Menschen zu antifaschistischen Aktionen mobilisieren kann, ist in den Augen der Neofaschisten die bedrohlichste politische Gegnerin. Sie wird vor allem deswegen von den Nazis so ernst genommen, weil es in erster Linie die Autonomen sind, die auch die physische Konfrontation mit den Nazis nicht scheuen. Vielerorts, vor allem in Westdeutschland, ist es neofaschistischen Gruppen aus Furcht vor „Rotfront- und Anarchoterror" nicht möglich, offen aufzutreten. Dagegen lassen sie Lichterketten, „ausländerfreundliche" Werbespots und vollmundige Presseerklärungen weitgehend kalt.

Andererseits macht es gerade die autonome Szene, mit ihren oft unverbindlichen Strukturen und den ständigen Generationswechseln von AktivistInnen, den Neofaschisten verhältnismäßig einfach, dort einen Einstieg zu finden. Das wird sich erst dann ändern, wenn das entsprechende Outfit, Verbalradikalismus und oftmals bloßer Aktionismus nicht mehr so entscheidende Rollen spielen und Kontinuität, inhaltliche Grundlagen und verbindliche Praxis den Begriff von Selbstorganisation mit Inhalt füllen werden.

Raimund Hethey

Zur Tradition der schwarzen Listen:

Der Bund Deutscher Jugend (BDJ) und sein Technischer Dienst (TD)

Am 23. Juni 1950 wurde der „Bund Deutscher Jugend" in Frankfurt gegründet. Ein vierköpfiger Bundesvorstand saß 5 Hauptabteilungen vor. Zur Abteilung „Politik" gehörte die Unterabteilung „(f) Gegner", geleitet vom ehemaligen SS-Hauptsturmführer Hans Otto. Zu den Gegnern zählten in erster Linie Sozialdemokraten und Kommunisten. In seinen 9 Landesverbänden hatte der BDJ nach eigenen Angaben bis zu 17.500 Jugendliche organisiert, nach Angabe des Hessischen Innenministeriums sollen es nur um die 700 gewesen sein.

Der BDJ gab drei Zeitschriften heraus: einen „Informationsdienst", die „Arbeitshefte des BDJ" und das Blatt „Unsere Generation". Finanziert wurde der BDJ von namhaften Industrieunternehmen wie der Coca-Cola GmbH, der Zigarettenfirma Reemtsma, der Schuhfabrik Salamander und der Firma Bosch (Autolicht). Auch staatliche Institutionen wie das Bundesministerium des Innern oder das Gesamtdeutsche Ministerium ließen sich nicht lumpen und sponsorten 1952 das Pfingsttreffen des BDJ mit je 10.000 DM.

Solange der BDJ unter Führung des Arztes **Paul E.H. Lüth** (Jg. 1919) nach außen hin als „bündische Jugend" auftrat und „anti-bolschewistische" und „antitotalitäre" Ideen propagierte, konnte er sich dieser Unterstützung sicher sein.

Bundesweites Aufsehen erregte der BDJ, dem von seiten der SPD immer schon „rechtsextremistische Tendenzen" vorgeworfen wurden, mit seinem konspirativ arbeitenden „Technischen Dienst" (TD). Der BDJ/TD hatte sogenannte „Proskriptionslisten" angelegt, auf denen namhafte Sozialdemokraten wie Herbert Wehner und Georg Zinn aber z.B. auch sämtliche KPD-Mitglieder aus Wolfenbüttel geführt wurden. Die „schwarzen Listen" waren den „Personalbögen" des Verfassungsschutzes (VS) ähnlich. Aufgenommen waren neben den allgemeinen Angaben zur Person, die Berufstätigkeit, eine ausführliche Personenbeschreibung (Körpergröße, Haarfarbe, Körpergestalt, Gesichtsform und -farbe, Bart, Brillenträger), genaue Anschrift und Beschreibungen des politischen Werdegangs und aktuelle Aktivitäten. So hielt der BDJ/TD in einem Dossier über einen SPD-Minister fest, daß er und der kommunistische Jugendfunktionär und Landtagsabgeordnete Emil Carlebach „unlängst ihren Schwur, diese gemeinsam erlebte ANTIFA-Kampffront beizubehalten, komme da, was wolle, erneuert" hätten. Der Sinn solcher Eintragungen lag darin, Sozialdemokraten und Kommunisten aufzuspüren, die bei einem eventuellen „Überfall" der Sowjetunion auf Westdeutschland mit den Sowjetrussen kooperieren könnten. Im Fall des Falles sollten am Tag X diese Menschen „ausgeschaltet" werden.

Diese Ankündigungen sorgten schließlich für das Verbot des BDJ und seiner Unterorganisation, das in den einzelnen Ländern bis zum Februar 1953 erfolgte.

Weißwäsche und nur wenige Verurteilungen

Der BDJ wurde mit ähnlichen, teils gleichlautenden Begründungen verboten. Alle Verbotsverfügungen beriefen sich auf Artikel 9, Abs. 2 des Grundgesetzes: „Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten." Nach dem Strafgesetzbuch wurde dem BDJ/TD verbotener Waffenbesitz, Verbrechen und Vergehen wider die öffentliche Ordnung (§§ 123 ff. STGB) vorgeworfen. In einigen Verbotsverfügungen wurde auf das Verbotsurteil gegen die „Sozialistische Reichspartei" (SRP) vom Oktober 1952 verwiesen, in dem das Anlegen von „schwarzen Listen" für verfassungsfeindlich erklärt worden war.

Eine vollständige Aufklärung über den BDJ, seine Rolle und Funktion ist bis heute nicht erfolgt. Je nach Blickwinkel wurde er bisher mal als Produkt des „Kalten Krieges" und Gegenformation zum kommunistischen FDJ, mal als politisierte bündische Jugend oder als Freikorps-ähnliche Organisation angesehen. Nur wenige sahen im BDJ das Ergebnis kontinuierlicher Arbeit eines NS-Projektes, obwohl es deutliche Übergänge vom NS-Werwolf zum BDJ gab. Wer nun diese „Jugendorganisation" für sich vereinnahmte: der amerikanische, britische oder westdeutsche, vielleicht auch ostzonale Geheimdienst oder nur der Apparat der US-Army oder alle zusammen bleibt nach wie vor unklar. Deutlich und unwidersprochen ist bis heute die Zusammenarbeit der westdeutschen Politischen Polizei, des VS und des Grenzschutzkommandos Nord mit dem BDJ. Die finanzielle Unterstützung durch amerikanische Quellen und Bundesministerien blieb auch unwiderlegbar. Die Firma Bosch leugnete eine finanzielle Beteiligung. Im Fall der Coca-Cola GmbH zog die SPD ihre Anschuldigung zurück. Der BDJ-Vorsitzende, der „Wandervogel" und ehemalige Zögling von Alfred Döblin, **Paul Lüth**, wurde vom Bundesgericht nicht verurteilt und konnte später sogar Mitglied der SPD werden.

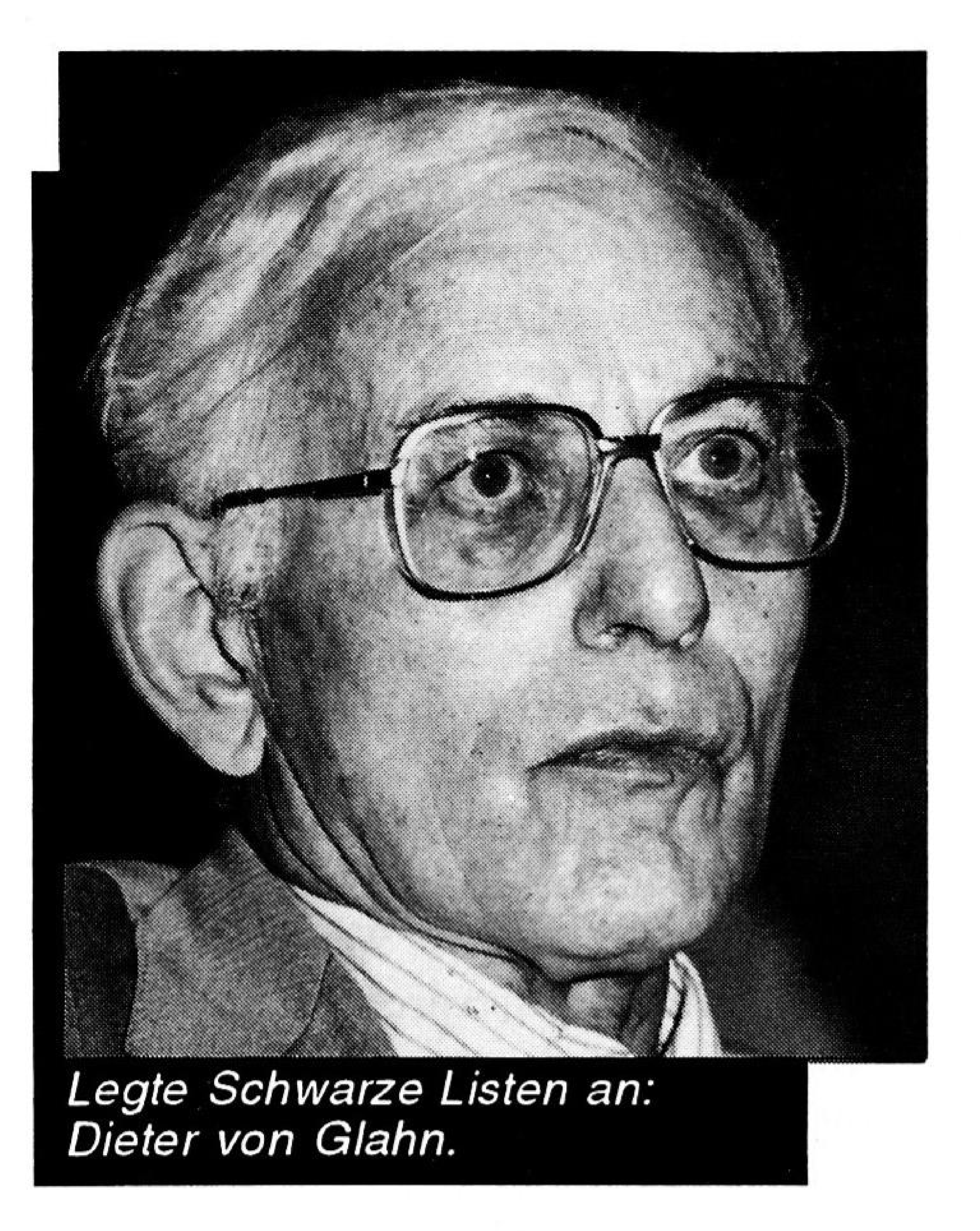
Verurteilt wurde dagegen der niedersächsische BDJ-Funktionär und Organisator für den TD Oldenburg/Bremen **Dieter von Glahn**.

Der ehemalige Abwehroffizier der faschistischen Wehrmacht, spätere CDU-Rechte und REPUBLIKANER hatte zusammen mit dem ehemaligen SS-Sturmbannführer **Heinz Anders** aus Braunschweig Namen von Personen gesammelt, die am „Tag X" ausgeschaltet werden sollten. In der

Strafverfahren wegen Schwarzer Listen

Braunschweig, 13. März (dpa). Gegen den ehemaligen SS-Sturmbannführer Heinz Anders aus Braunschweig und den früheren Zweiten Landesvorsitzenden des Bundes Deutscher Jugend in Oldenburg, Dieter von Glahn, ist ein Strafverfahren eingeleitet worden. Aus dem am Freitag von der Braunschweiger Staatsanwaltschaft veröffentlichen vorläufigen Ergebnis der Ermittlungen geht hervor, daß Anders und Glahn Namen von Personen gesammelt haben, die am „Tag X" ausgeschaltet werden sollten. In der Wohnung Glahns stellte die Polizei eine Kartei mit etwa hundert Namen von „illegalen bolschewistischen Funktionären, Kollaborateuren, EVG-Gegnern und Juden" aus den Gebieten Oldenburg, Hamburg und Bremen sicher. Anders, der nicht dem Bund Deutscher Jugend angehörte, und Glahn sind noch auf freiem Fuß.

Meldung über die Einleitung eines Strafverfahrens gegen BDJ-Funktionäre, FAZ 14.3.53


Legte Schwarze Listen an: Dieter von Glahn.

Wohnung Glahns stellte die Polizei eine Kartei mit etwa hundert Namen von „illegalen bolschewistischen Funktionären, Kollaborateuren, EVG-Gegnern und Juden“ aus den Gebieten Oldenburg, Hamburg und Bremen sicher. Glahn hat viel später Vermutungen, der BDJ/TD sei ein „Gladio“ bzw. „Stay behind“- Unternehmen gewesen, in einem SPIEGEL-Interview (1985) bestätigt .

Heute ist Dieter von Glahn Vorsitzender der Braunzone-organisation „Konservative Sammlung” und aktives Mitglied der „Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte”. Gleichzeitig verfügt er über enge Kontakte zur Mun-Sekte und dem „Verein für psychologische Menschenkenntnis”.

Arbeitskreis Mailboxen

Markenzeichen: Anti-Antifa Das Mailboxnetz der Neonazis

„Der Begriff 'Anti-Antifa' hat mitlerweile schon Beruehmtheit erlangt. Er ist fast zu unserem Markenzeichen geworden,das sieht man ganz deutlich wenn sich jemand neu in einer Thule-Box einloggt. Das Anti-Antifa-Brett hat eine geradezu magische Anziehungskraft.“ (Joschi, 24.10.93, /Thule/Anti-Antifa)

So beschreibt es **Joschi**, alias **Jürgen Jost**, System-Betreiber der Nazi-Mailbox „Elias BBS“ in Oftersheim. Er spricht vom Themenbereich „Anti-Antifa“ im Thule-Netz, einem Zusammenschluß von derzeit etwa sieben Nazimailboxen, der seit dem Frühjahr 1993 besteht.

Thule-Netz

Das Thule-Netz unterscheidet sich von den schon länger bekannten, eher dilletantischen, rechtslastigen Mini-Mailboxen dadurch, daß es langfristig und systematisch von organisierten Neonazis (vor allem aus NPD und FAP) aufgebaut wird und einmal zu einem bundesweiten Netzwerk heranwachsen soll.

Obwohl das Netz noch sehr klein ist und kaum mehr als 30 bis 50 regelmäßige Nutzer zählt, zeichnet sich hier bereits ein Bündnis ab, das von den militanten Neonazis aus FAP, verbotener NF, NL, GdNF und NSDAP/AO über NPD und Liga bis zu Schönhubers „Republikanischer Jugend” und den Leserkreisen der „Jungen Freiheit” reicht.

Allen gemeinsam ist das Bestreben, nationalrevolutionäre und neurechte Theorie mit der gewalttätigen Praxis der militanten Neonazis zu verschmelzen. Das Thule-Netz ist hier natürlich nicht der Auslöser, sondern es spiegelt Prozesse wieder, die in der rechten Szene längst im Gange sind.

Wichtigste Mailbox im Netz ist die „Widerstand BBS” in Erlangen. Von dort erhalten alle anderen Boxen ihre Daten. Ihr System-Betreiber, der Informatik-Student Thomas Hetzer (im Netz schreibt er unter dem Pseudonym **Alfred Tetzlaff**), kommt aus einem Kreis nationalrevolutionärer Intellektueller, der die Kleinzeitung „Die Saufeder” herausgibt (verantwortlich: bis 1992 **Rainer Hatz**, JN-Funktionär aus Nürnberg; ab 1993 **Thomas Hetzer**). Das Postfach der „Saufeder” ist mit dem der „Widerstand BBS” identisch.

Im fränkischen Raum funktioniert schon seit längerem ein enges Bündnis von Militanten und Nationalrevolutionären.

„Weil wir fränkischen Nationalisten gemeinsam für die Sache des Volkes kämpfen wollen, (...) haben wir uns unlängst in Kronach zusammengefunden (Bund Frankenland, FAP, JN und einer Partei die dann später am 11.06.93 verboten wurde[1]), um den Grundstein einer partei- und gruppenübergreifenden Zusammenarbeit in Franken zu legen.“ (Junges Franken, 1/93, S. 3)

In derselben Nummer von „Junges Franken” (verantwortlich: **Jürgen Schwab**, Großheubach) wird die Gründung einer „Anti-Antifa Franken“ bekanntgegeben.

Thomas Hetzer nennt sich und seine Mailbox als Kontaktadresse dieser „Anti-Antifa“. In einer Nachricht an alle schreibt er am 11.8.93:

„ANTI-Antifa Franken

Jeder nationale Kamerad ist zur Mitarbeit aufgefordert, jeder könnte das nächste Opfer anarcho-kommunistischer Bluttat werden. Alle Informationen und Beobachtungen an:
ANTI-Antifa Franken
Postfach xx xx xx
63493 Seligenstadt
oder in dieses Brett oder an den Sysop.“ (Alfred Tetzlaff, 11.8.93, / Thule/Anti-Antifa)

Thule Anti-Antifa

Seit Bestehen des Thule-Netzes gibt es das Themen-Brett /Thule/Anti-Antifa.

Hier werden lange Adressenlisten antifaschistischer Initiativen veröffentlicht - aber auch gezielte Informationen über Einzelpersonen und Institutionen - z.B. ein Anwaltsbüro, das Flüchtlinge verteidigt, Firmen, die Neonazis entlassen haben, Journalisten, die kritisch über Thule berichtet haben, Benutzer der großen freien Mailboxnetze, die sich gegen den Mißbrauch ihres demokratischen Mediums durch Neonazis aussprechen.

Dabei wird nur selten offen zur Gewalt aufgerufen. Der szene-geschulte Leser weiß ohnehin, wie mit solchen Informationen zu verfahren ist.

Wolf, System-Betreiber der „Wolf-Box”, Krefeld: „Ganz unten ist die Adresse von dem Typ der uns an die Jacke will hehehe.“ (Wolf, 6.6.93, / Thule/Anti-Antifa)

Thomas Hetzer, System-Betreiber der „Widerstand BBS”: „Dazu möchte hier nur noch anmerken, daß mir inzwischen Namen, Adresse und Telefonnummer dieses „Mitglieds der Stadtratsfraktion der Grünen“ bekannt ist und ich zusätzlich über ein Foto seiner Visage verfüge.

Da es wahrscheinlich als Aufruf zur

Gewalt ausgelegt werden könnte, wenn ich seine Daten hier veröffentlichen würde oder sein Foto einscannen würde, möchte ich es bei diesem Hinweis belassen..." (Alfred Tetzlaff, 30.04.93, /THULE/ANTI-ANTIFA)

Es werden Aufträge zur Ausforschung politischer Gegner erteilt: „Hallo Leute,
vielleicht kann sich ja nochmal jemand von Euch erbarmen und beim nächsten Zottel-Mailboxtreff vorbeisehen.

Die Zecken treffen sich am 4. Dezember ab 20 Uhr im Jugendzentrum für politische Bildung (...)

Es wäre schön, wenn da mal jemand vorbeisehen würde und mir einen kleinen Bericht schreiben könnte.

Mit kameradschaftlichem Gruß
Alfred Tetzlaff [Widerstand-Sysop]" (Alfred Tetzlaff, 2.12.93, /THULE/TERMINE)

Gelegentlich gibt es sogar Fahndungsaufrufe. So fragt z.B. der Betreiber der NPD-BTX-Zeitung (laut „Deutsche Stimme" 3-93, S. 11 handelt es sich um **Herbert G. Welsch**), der zu den regsten Teilnehmern des Netzes gehört: „Betreff: Gesucht wird. (...) Wer kann Informationen über die 'JREY' und den genannten S.S. liefern?" (NPD BTX-Zeitung, 28.06.93, 10:50 Uhr, /THULE/ANTI-ANTIFA). Thomas Hetzer befragt seine Datenbank und antwortet prompt: „Vermutlich meinst Du 'Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE)'. Die JRE gibt ein Info-Blatt heraus, für das Sxxxxx Sxxxxxx verantwortlich zeichnet (...)" (Alfred Tetzlaff, 28.06.93, 16:20 Uhr, /THULE/ANTI-ANTIFA)

Die „politische Tat"

Aber auch Berichte über praktische Anti-Antifa-Arbeit sind zu lesen. So zitiert der Thule-Schreiber und Anti-Antifa-Aktivist aus dem östlichen Ruhrgebiet *Jahn* unter dem Betreff „Gegenwehr!" begeistert eine Meldung aus der taz, in der über ein Überfall von Neonazis auf ein Sommercamp eben dieser JRE gemeldet wird, bei dem eine Teilnehmerin krankenhausreif geschlagen wurde. **Gonzo**, alias **Thomas Scharfy**, System-Betreiber der „Empire BBS", Winnenden, kommentiert:

„Stimmt sowas macht man nicht. Man bedenke die hohen Tarife eines Krankenhauses. Und so was linkes ist sicher nicht Versichert oder sonst was, also darf der Herr Steuerzahler blechen. tsts

Eine Bestattung waere sicher billiger." (*Gonzo*, 14.08.93, /THULE/NACHRICHTEN)



Zunehmend werden elekronische Medien von den Neonazis genutzt. Hier ein Bildschirmschoner, der auf Diskette vertrieben wird.

Noch handfester geht es in den Erzählungen von **Wolf** zu. Er ist System-Betreiber der „Wolf-Box" in Krefeld und prahlt gern mit seinen Heldentaten. Selbstverständlich befinden sich deutsche Recken grundsätzlich in Notwehr:

„Den Schweinedung den die sogenannten „Antifaschisten" aus ihrem Fresskanal von sich geben stinkt nach Jauche und es wird Zeit das denen endlich Kontra gegeben wird.

(...)

HEHEHE einer meiner Hunde biss dem einen schonmal ins Bein und ich ruckzuck meinen Knueppel raus und dem einen zwischen die Kauleiste geschoben (tjo bin ja an fuer sich ein friedliebender Mensch aber wenn man mir ans Fell will) dabei sind einige seiner Zaehne floeten gegangen.Tjo beide vor lauter Panik (sie hatten wohl nicht mit Gegenwehr gerechnet) in die fahrende Muelltonne gesprungen und wollten losfahren.Als sie noch im Schritttempo fuhren kam noch ein Pflasterstein von mir geradewegs in die Heckscheibe geflogen hehehe und wech waren sie." (WOLF, 2.05.93, /THULE/ANTI-ANTIFA

Nachhilfeunterricht für Schläger und Brandstifter

Eine solche drastische Schilderung der politischen Praxis ist nicht allzugern gesehen, wenn sie im öffentlichen Teil des Netzes geschieht. Da gibt es dann schon den einen oder anderen Ordnungsruf von Thomas Hetzer. Es ist halt nicht einfach eine Schlägerbande zu intellektualisieren.

In den Theorie-Texten des Thule-Netzes wird beschrieben, wie man es richtig macht:

„Die politische Tat ist nur dann sinnvoll, wenn sie Signal ist für nachfolgende Taten. So muß die erste Überlegung des politischen Täters sein, ob Nachfolgetaten zu erwarten sind. Nicht zuletzt deshalb bedarf es einer intensiven, generalstabsmäßigen Vorbereitung einer Tat, die abklärt: Was tun? Wer soll es tun? Mit welchem Ziel soll es getan werden? Welche Reaktion ist bei den Freunden zu erwarten? Welche bei den Feinden? Welche bei den Unentschlossenen? Eine isolierte Tat erreicht nichts oder das Gegenteil. Um das zu vermeiden, ist es notwendig, die Praxis stärker als bisher zu theoretisieren und die Theorie praxisnäher zu machen. Die politische Tat als Test der Möglichkeiten oder gar schon als Versuch einer Verwirklichung der Ideale im Handeln hat zweifellos eine eingliedernde Wirkung, nur muß das Verhalten des Täters nach der Tat auch dem entsprechen, was die auf ihn blickende Gruppe oder Masse erwartet; d.h. er muß seine Rolle weiterspielen und darf keine Pause einlegen. Deshalb muß er auch die ideologischen Voraussetzungen mitbringen, um die Anhänger und Sympathisanten zu binden." (NHB, 11.06.93, THULE/NEUES_DENKEN)

Zitierweise: Orthographie- und Grammatik-Fehler im Original, Namen und Telefonnummern sind unkenntlich gemacht.

[1] Gemeint ist der Nationale Block.

Sönke Braasch

Geschichte der „Nationalen Infotelefone“

„Hallo, hier ist das Nationale Infotelefon. Unter dieser Nummer könnt ihr die neuesten Informationen bekanntgeben und erfahren. Schriftlich könnt ihr uns über Infotelefon, PLK ... in 6200 Wiesbaden erreichen. Nun hört ihr die uns bekannten Termine, nach dem anschließenden Signalton könnt ihr eigene Informationen auf's Band sprechen.“ Das erste sogenannte „Nationale Infotelefon“ nahm seinen Betrieb im September 1992 in Wiesbaden auf. Ende November 1992 tauchte ein Flugblatt mit der Ankündigung „Das Nationale Info-Telefon ist da“ auf: „Ab sofort (ist) unser nationales Info-Telefon in Betrieb“. Weiterhin hieß es im Flugblatt: „Das Konzept ist von linken Info-Telefonen übernommen, die es in verschiedenen Großstädten gibt.“

Zur „politischen Ausrichtung“ legte die Ankündigung dar: „Das Info-Telefon ist unabhängig und überparteilich. Wir geben Informationen sämtlicher nationaler Gruppen, Parteien und Verbände bekannt. Natürlich kann das Info-Telefon nur dann wirklich effektiv arbeiten, wenn es von möglichst vielen Kameradinnen und Kameraden genutzt wird. Deshalb bitten wir euch, die Nummer in der Szene bekannt zu machen. Veröffentlicht sie in unseren Publikationen, gebt sie auf Kameradschaftsabenden und sonstigen Veranstaltungen bekannt.“

Verantwortlicher des braunen Propagandainstrumentes war mit **Stefan Cumic** ein Kader der noch von **Michael Kühnen** gegründeten „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front“, vom „Bereich Mitte, Gau Hessen, Stützpunkt Wiesbaden“. Nachdem seit Beginn des Jahres 1992 über die Einrichtung eines solchen Infotelefons in der neonazistischen Szene diskutiert wurde, entschloß sich der heute 22jährige in Absprache mit **Christian Worch** zu dieser Initiative. Endlich aus der Taufe gehoben, diente das NIT vor allem zur Ankündigung von Demonstrations-Terminen und Veranstaltungshinweisen aus dem neonazistischen bis hin zum nationaldemokratischen Lager. So konnte beispielsweise für eine Feier der FAP Rhein-Sieg am 28. November, eine Veranstaltung der NPD, JN und des „Förderkreis Freies Deutschland“ mit **Frank Rennicke** am 6.12. oder eine Demonstration des „Nationalen Blocks“ am 5.12. in Passau gleichermaßen mobilisiert werden. Für die Wintersonnenwendfeier in der Gärtnerei von **Curt** und **Ursula Müller** in Mainz-Gonsenheim am 19.12. wurde ebenso die Werbetrommel gerührt wie für eine Saalveranstaltung der „Initiative Gesamtdeutschland“ mit **Manfred Roeder** in Bonn am 3.12.

Fast noch wichtiger zu nennen ist allerdings der Umstand, daß bei staatlichen Verboten dieser Veranstaltungen die „Kameraden“ rechtzeitig benachrichtigt werden konnten und können. Allerdings scheute man sich auch nicht, Namen und Adresse eines „Verräters“ aus den eigenen Reihen am 8.12. kund zu tun. Mithin die eigenwilligste Meldung konnte man am 24. November hören: Eine unbekannte Person hätte sich beim NIT gemeldet, um vor einer anstehenden Hausdurchsuchungswelle und Verbotsverfügung gegenüber der „Nationalistischen Front“ (NF) zu warnen. Als Quelle gab das NIT sympathisierende Polizei- und Staatsschutzkreise an. Tatsächlich wurde die NF nur wenige Tage später am 27. November 1992 verboten.

Infolge des Verbotes der „Deutschen Alternative“ fiel der Ansagetext am 16. Dezember 1992 sehr knapp aus: „Die Deutsche Alternative und sämtliche vermeintliche Untergliederungen sind verboten worden. Aufgrund verschiedener Beschlagnahmungen kann unsere Postanschrift nicht mehr verwendet werden. Uns liegen momentan keine weiteren Informationen über den Umfang der Hausdurchsuchungen und weiterer polizeilicher Maßnahmen vor.“

Im Februar 1993 gab Cumic, er gehörte dem „Deutschen Hessen“ bzw. der „Deutschen Alternative“ an, den Betrieb des NIT auf. Das Ansageband seines Anrufbeantworters verwies noch bis zum April auf die Einrichtung eines neuen Infotelefones in Mainz. Nachfolger in Mainz wurde der damals 20 Jahre alte Gelegenheitsarbeiter **Sascha Chaves-Ramos**. Unter der Anleitung von **Michael Petri** (21) betreibt seither Chaves-Ramos das NIT Mainz. Weitere Infotelefone folgten.

Ein kurzes Intermezzo gab im Sommer das „Nationale Infotelefon“ Sauerland, das aus den Reihen der „Sauerländer Aktionsfront“ betrieben wurde. Standort war das sauerländische Städtchen Winterberg. Im Nachbarort Hallenberg unterhielt das sauerländische „Infotelefon“ eine Kontaktanschrift. Zuletzt gesellte sich am 20. September vergangenen Jahres das Hamburger NIT hinzu. Dessen Betreiber, **Jens Siefert**, steht der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ FAP nahe. Als Exoten und nur wenig beachtet können die Telephonanschlüsse des ehemaligen NPD-Mitgliedes **Karl Gerhold** von der „Frankfurter Freien Wählergemeinschaft“ und von **Ernst Tag**, dem Vorsitzenden des „Internationalen Hilfskomitees für nationale politische Gefangenen und deren Angehörige e.V.“ aus Ludwigshafen gelten.

Zum prominentesten „Infotelefon“ avancierte seit seiner Einrichtung im Mai 1993 rasch das Mainzer NIT. Das Spektrum der Meldungen und Hinweise wurde auf Publikationen, Verlage und rechtsextreme Versandhändler erweitert. Annonciert wurden beispielsweise Periodika wie die „Modernen Zeiten“- die „BRAVO“ für den toitschen Skin -, „Die Burg“ der Stuttgarter Skinhead-Bewegung „Kreuzritter für Deutschland“, „Recht und Wahrheit“ der „Deutschen Freiheitsbewegung“, der „Kärntner Beobachter“ - ein „Mitteilungsblatt der nationalen Sozialisten“ - oder der „Knackpunkt“ der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“.

Wiederholte Beschlagnahmungen von Anrufbeantworter und Tonbändern mußte Chaves-Ramos über sich ergehen lassen. Schuld daran war sein ausgeprägtes Ungeschick beim Formulieren der Ansagetexte. Mal machte er sich der Propaganda für die verbotenen NF schuldig, mal der Volksverhetzung oder „Verharmlosung von Gewalttätigkeiten“. Letztmalig griff die Mainzer Staatsanwaltschaft am 18. Januar 1994 zu. Der Angriff mehrerer Suhler Skinheads auf zwei US-amerikanische Bobsportler in Oberhof, geriet zur Sportdisziplin „Oberhofer Rodlerboxen“, wurde als „harmlose Wirtshausschlägerei“ verharmlost.

Doch bereits am 27. Januar ging „Kamerad Sascha", so das Hamburger NIT, wieder auf Sendung. Im Dezember des vorangegangenen Jahres lud die Generalbundesanwaltschaft im Zuge der Ermittlungen gegen die Verantwortlichen der Anti-Antifa-Broschüre „Der Einblick" Petri und Chaves-Ramos nach Karlsruhe vor. Im Juni hatte das Mainzer NIT zur Weitergabe von Anti-Antifa-Daten aufgefordert und im Oktober wiederholt das Erscheinen des „Einblick" vorangekündigt.

Der beantragte Haftbefehl gegen Chaves-Ramos wurde jedoch niedergeschlagen, gegen Petri wurde erst gar kein Haftbefehl erhoben. Doch steht dem formalen Betreiber des Mainzer braunen Telefons, Chaves-Ramos, in naher Zukunft ein Prozeß ins Haus. Vielleicht bringt er ja das Ende des überaus folgenreichen Informations- und Kommunikationsmediums mit sich.



Der Betreiber des Mainzer NIT, Sascha Chaves-Ramos (links, mit Brille) und sein "Vorgesetzter" Michael Petri (rechts).

Raimund Hethey

Die theoretischen Grundlagen der Anti-Antifa:

Totalitarismustheorien und Anti-Kommunismus

Der Kampf gegen Antifaschismus entbehrt nicht der ideologischen Vor- und Zubereitung. Seine Wurzeln liegen im Anti-Kommunismus, der schon immer geistige Grundlage der Bundesrepublik und der westlichen Demokratien war. Antifaschismus wurde immer mit Kommunismus gleichgesetzt, was ebenso ungenau ist wie die Gleichstellung von Kommunismus und Faschismus, die die im folgenden besprochenen VerfasserInnen betreiben.

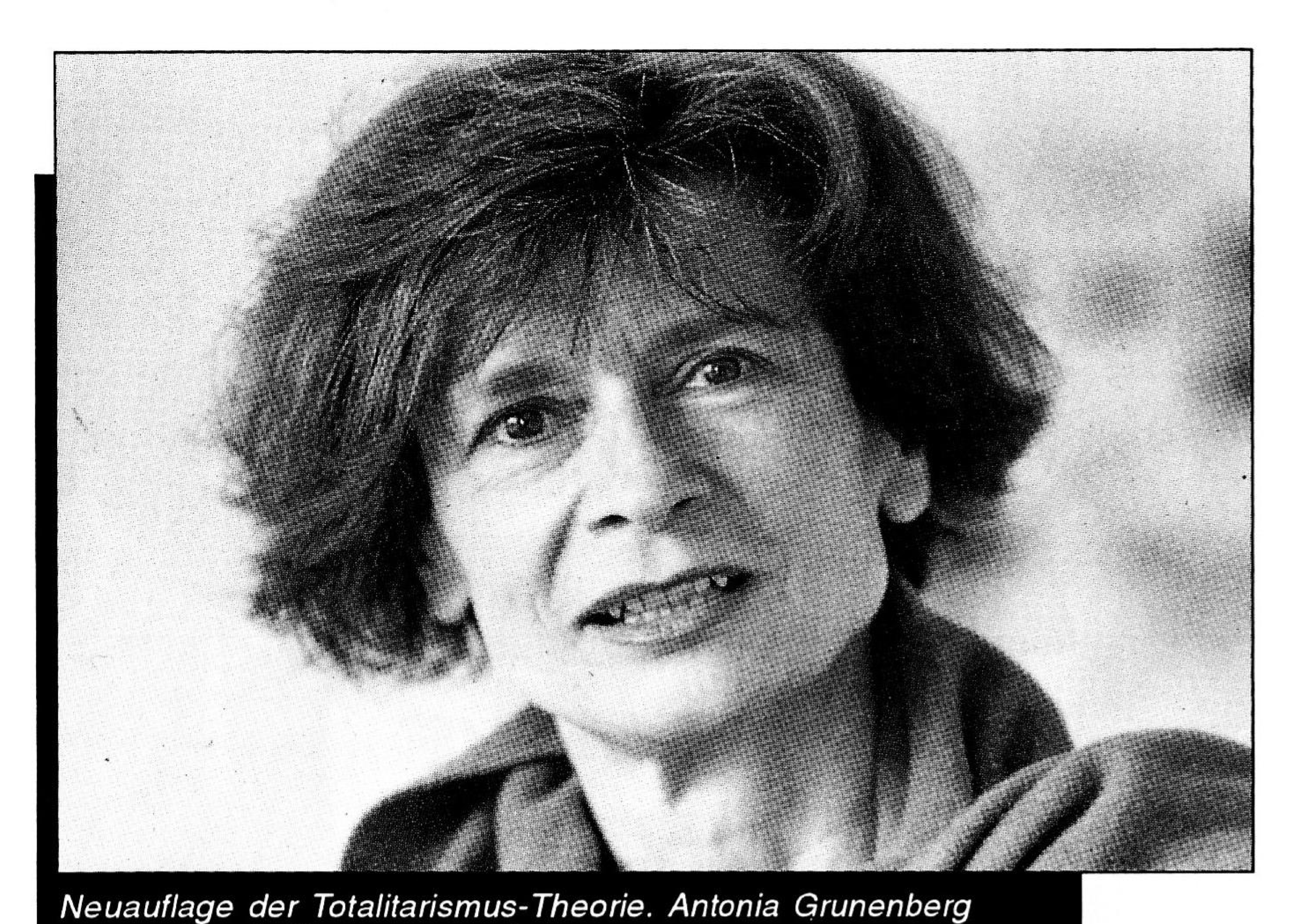
Sie macht das Fortbestehen des „Antifaschismus" über den realgewesenen Sozialismus nervös. Sie wollen und können nicht begreifen, daß der Kommunismus als Gespenst eben kein festes Standbild sein kann, das sich so einfach vom Sockel schubsen läßt, wie das gewiß gescheiterte verbürokratisierte Experiment unter Anleitung der UdSSR. Vertreter des organisierten Neofaschismus haben deshalb Probleme mit der Antifa, weil sie sich nach dem Fall der Mauer übermächtig fühlten und annahmen, sie könnten nun die politischen Bedingungen im Land diktieren.

Im folgenden werden engagierte Anti-AntifaschistInnen und ihre theoretischen Ansätze diskutiert.

Antonia Grunenberg: Gegen das böse „Anti"...

Auf der Suche nach ihrer eigenen Geschichte stößt die Aachener Politologin Antonia Grunenberg auf einen Mythos. Das ist nichts aufregend Neues; denn etliche andere, sich Linke nennende, haben den Mythos '68 schon vor ihr entdeckt und ergebnislos zu „knacken" versucht. Grunenberg will sich in der anti-autoritären Bewegung politisiert haben und möchte nun rückblickend gegen das ANTI vorgehen. Wohin das führt, wird ein Sprachvirtuose sofort erkennen, nämlich zu autoritären Denkmustern. Ganz aktuell wird eine Politik vorbereitet, mit deren Hilfe die augenblicklichen „Krisensituationen" autoritär mit „Notstandsbeschwörungen" (Helmut Kohl) und „Lohnabbau" (Metall-Bereich: 10% weniger, statt 6% mehr) gelöst werden sollen. Widersprüche gegen solche Diktate dürfen keine „Anti"-Position mehr enthalten: eben das grüne Band der Sympathie (Dresdner Bank), statt einer kämpferischen unbeugsamen Antipathie. Grunenbergs Ansatz kommt - wie gesagt - nicht völlig aus der Luft gegriffen und allein daher. Das Knacken linker Parteilichkeit mit dem Unten, die sich gegen das Oben zur Wehr setzt, ist auch im Interesse anderer verbeamteter Denker, wenn es um das zentrale Anliegen, den Antifaschismus geht. Es gibt immer noch viel zu viele Menschen, so schon Georg Lukacs in den fünfziger Jahren, die sich gegen den Faschismus im Lande zu Wehr setzen, die ihr Leben dafür hergeben, daß kein Hitler mehr an die Macht kommt.

Zu Grunenbergs Ansatz. Er kann notwendigerweise nur eingebettet



Neuauflage der Totalitarismus-Theorie. Antonia Grunenberg gegen das ‚Anti".

sein in eine „Totalitarismustheorie", ein Kapitel Antifaschismus gleich Antisemitismus ist zwangsläufig. Neu scheint die Herleitung: „Spätestens an dieser Stelle stellt sich die Frage, was das denn eigentlich gewesen ist: Anti-Faschismus, jene merkwürdige Wortschöpfung, die ein Dagegen-Sein ausdrückt, aber kein politisches Konzept." (Antifaschismus - ein deutscher Mythos, S. 9) Grunenberg mag das Praefix „Anti" nicht leiden, wie der gemeine Knöterich breitet es sich überall aus und muß bekriegt werden. Ihre Ablehnung trifft natürlich auf die politische Einstellung, genau zu wissen, was mensch nicht will, ohne konkret angeben zu können, wofür mensch ist.

Mit Noltes Epochenbegriff, einer strukturalistischen Grundauffassung, eben bürgerlicher Systemanalyse, mit ein wenig Psychologie von Theweleit, Rohrwasser und Susan Sonntag und einem Hauch von Habermas ausgestattet, der „AntifaschistInnen" sein „Links-Faschisten" entgegenknallte, macht sich Grunenberg ans Werk. Weiß sie, wem sie als Bundesgenossin beiseite steht?

Zunächst unterscheidet Grunenberg zwei „mystisch verklärte" Großsysteme in diesem Jahrhundert: „Faschismus /Nationalsozialismus einerseits und Sozialismus/Kommunismus/ Stalinismus andererseits." Kapitalismus und Imperialismus werden hier bezeichnenderweise gar nicht genannt, obwohl beide Begriffe genuin nicht der kommunistischen Analyse entnommen sind. Grunenberg fällt in ihrem offensichtlichen Haß auf alles, was dem Kommunismus irgendwie zugerechnet werden kann, sogar noch hinter Gesellschaftslehren des Vatikans zurück. Ebenso verschwommen und undurchsichtig ist ihre Vorstellung vom „antifaschistischen Mythos": „Unter antifaschistischem Mythos verstehe ich die Verselbständigung einer Ideologie vom Widerstand, die gegen die Staats- und Gesellschaftsmodelle der 'bürgerlichen' Demokratie und des Nationalsozialismus bzw. Faschismus gerichtet war - zu einer unwiderlegbaren Ordnung von Bildern und Symbolen, die auf eine einheitliche, organisch strukturierte, harmonisch gestaltete gesellschaftliche Ordnung gerichtet war. Diese Ordnung, verkörpert in mythischen Bildern, die in politische Handlungsentwürfe eingehen, ist rational an die wirkliche Welt gebunden, insofern sie zum legitimatorischen Hintergrund für politische Handlungen wird; sie ist irrational, insoweit sie als Rahmen für die ideologische und ästhetische Überhöhung der politischen und sozialen Wirklichkeit dient. Ihre Basis ist das Streben nach einer Totalität von Gesellschaft und Welt. Ihre Hauptelemente sind: die Dominanz der Partei über einen hierarchisch gegliederten Gesellschaftskörper; die Verstaatlichung aller wirtschaftlichen Prozesse; die Gestaltung sozialer Beziehungen nach Maßgabe zivilen und militärischen Gehorsams; die Avisierung eines Reichs der Zukunft, in dem die konstruierte Totalität realisiert werden soll." (S.12) Alles klar! Untermalt sind die wissenschaftlichen Erkenntnisse von einer Kakophonie subjektiver Empfindungen. Sie bleibt „68erin", ein Kind der neuen Weinerlich(Innerlich)keit: „Wie oft habe ich mir als junges Mädchen gewünscht, eine Italienerin, Französin oder Holländerin zu sein, nur nicht Deutsche." (S.14) Oder bei der Gleichsetzung sich bekämpfender Faschisten und Antifaschisten im Spanien der dreißiger Jahre: „Die Männer im Schützengraben, im Lager, wärmten einander, im Reden über die abwesenden Frauen, in der gemeinsamen Angst vor dem Sterben, mit der Nähe der Männerkörper zueinander."

Aber auch AntifaschistInnen werden in oberflächlicher Art und Weise von Grunenberg attackiert und niedergemacht. So zeige Clara Zetkins Eröffnungsrede als Alterspräsidentin des Reichstages am 30. August 1932 „exemplarisch eine Denkungsart, die mit Zirkelschlüsseln arbeitete, um die komplexe Welt auf einfache Kausalitätsverhältnisse zu reduzieren." Ohne Rücksicht auf die besondere Rede-Situation verhackstückt Grunenberg Clara Zetkin, die tausende von Reden gehalten hat. Das ist das Prinzip der Verallgemeinerung, wo Differenzierungen notwendigerweise zu anderen Ergebnissen führen müssen.

Gerade Clara Zetkins Reden zum „Fascismus" widerlegen Grunenbergs These von einfachen Kausalitätsverhältnissen, die sich um so mehr in Grunenbergs eigener Argumentation nachweisen lassen. Ihr ständiger Versuch etwas „nachzuvollziehen" anstatt selbst denkerisch aktiv zu werden und ihre Reduzierung komplexer Zusammenhänge auf „Dualismen", wo „Antagonismen" vorliegen, zeigen, daß sie bis an die Grenzen der Banalität geht, um AntifaschistInnen in den Dreck zu ziehen. Zwei Beispiele: „Ein Bild dieser Teilung vermittelt auch die Vorstellungswelt der Anti-Faschisten der zwanziger und dreißiger Jahre. Sie dachten und handelten für die Unterdrückten und Gerechten, die Arbeits- und Wohnungslosen, die nichts hatten außer der Hoffnung auf die Zukunft." (S. 64)Im Angesicht der terroristischen Angriffe von Mussolinis „Fasci" gegen FabrikbesetzerInnen und vor dem Hintergrund der Morde von Freikorpssoldaten an Linken eine sehr vereinfachende und verharmlosende Geschichtsbetrachtung. Diese Sichtweise setzt sich im ganzen Werk fort. Zweites Beispiel: „Anti-faschistisches Denken war immer grundsätzlich und global. (...) Die Hauptlinie des antifaschistischen Denkens läuft entlang dem mörderischen Dualismus: Faschismus versus Anti-Faschismus." (S. 66) Deshalb waren die SpanienkämpferInnen nach Grunenbergs

Auffassung so fasziniert vom Krieg gegen die Faschisten um Franco. Mehr noch: „Dualistisches Denken und Zwei-Lager Theorie prägten die Mentalität der anti-faschistischen Kämpferinnen und Kämpfer, ihrer Lebensgefährtinnen und Kinder in verheerender Weise. Sie hatten gänzlich in der Binnen-Welt des Anti-Faschismus aufzugehen, verloren den Kontakt zur Außenwelt, konnten das Erlebte nicht mehr überprüfen, durften den eigenen Erfahrungen nicht trauen.“ (S. 72)

Der typische Antifaschist

Ziel solcher platten Verallgemeinerungen ist die Präsentation eines einheitlichen „Typus von Antifaschisten“, der leichter zu bekämpfen sein wird. Mann, heimatlos, antiparlamentarisch, ein unpolitischer Mensch, der nur ausführe und nicht politisch handele, so phantasiert Grunenberg den typischen Antifaschisten. Fürwahr ein Bild, das mit der Realität nicht viel gemein hat, weil es den gesellschaftlichen Alltag ausblendet und vom gesamtgesellschaftlichen Ensemble nicht einmal die Oberfläche richtig streift. Als Ergebnis ihrer Untersuchung faßt Grunenberg zusammen: „So war der Anti-Faschist nicht der andere Mensch, er war auch nicht das „gute“ Gegenbild des Nationalsozialisten. Die freiheitlichen Elemente seines Gegenentwurfs wurden zwischen den totalitären Herrschaftsordnungen zerrieben. Er wurde zugerichtet von einer Welt, deren Akteure auf den wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Wandel mit der Überproduktion von Untergangs-, Erlösungs-, Kampf- und Siegmetaphern und -symbolen reagierten. Er war heimatlos nicht nur, weil man ihm die Heimat genommen hatte, sondern weil er die demokratische Republik zugrunde gerichtet hatte, das sozialistische Reich der Zukunft nicht hatte aufbauen können und schließlich Opfer und Täter im Stalinismus wurde.“ (S. 87)

Die 68erIn erinnert sich

Etwas besser kommt der antifaschistische Gestus aus der Zeit der sogenannten „68er-Revolte“ bei Grunenberg weg. Schließlich will sie den nach eigener Auskunft mitgeprägt haben. „Die antiautoritär orientierten jungen Frauen und Männer der sechziger Jahre verlangten nicht nach einer harmonischen, hierarchisch organisierten Gesellschaftsordnung wie die völkisch orientierte Jugend. (...) So polarisierte die anti-faschistische Kritik zwar die Republik, und insofern war in ihr das „Anti“ präsent, aber die konkreten Projekte der Demokratisierung wiesen gleichzeitig in die Richtung einer zivilen Gesellschaft und wurden von Teilen der nachwachsenden Generation in den siebziger und achtziger Jahren aufgenommen.“ (S.170)

Im Widerschein der Ästhetik ist alles gleich

Mit Blick auf die Literatur und auf politische Plakate von Kommunisten und Faschisten entdeckt Grunenberg Gemeinsamkeiten, die bei genauerer Betrachtung auch zu erklären sind. „Nationalsozialismus, Faschismus und Stalinismus wollten nicht nur effiziente und einheitliche, sondern auch schöne und harmonische Systeme schaffen. Vor 1933 gab es in der kommunistischen wie der völkischen Literatur ausgeprägte Vorstellungen von Politik als dem ästhetischen Gestaltungsverfahren der Welt und der Gesellschaft.“ (S. 174)

Vom Diebstahl am Gedankengut der Kommune hat Grunenberg nichts mitbekommen. Das Umdichten von Arbeiterliedern, die Übernahme von Symbolen aus der Arbeiterbewegung war ein wichtiger Propaganda-Trick der Faschisten diesseits und jenseits der Alpen.

Die Beute dann nicht als Diebesgut zu erkennen, scheint mir Grunenbergs große geisteswissenschaftliche Meisterleistung zu sein.

Es ist nicht verwunderlich, daß die grundsätzlichen Aufsätze zum Faschismus von Ernst Bloch, Georg Lukacs von Grunenberg nicht beachtet wurden. Ebenso hat sie keine zeitgenössische Literatur (bis 1928 gab es ca. 2000 Veröffentlichungen zum „Fascismus“) herangezogen. Ein Grund - neben der üblich angeführten Überlastung akademischer ArbeiterInnen durch demokratisches Engagement in feudalstrukturierten Gremien (2/3 Parität!) - liegt in dem angestrebten Ergebnis.

Eins plus eins gleich eins: StalhitlerIn

Um die Gleichsetzung zwischen Faschismus und Kommunismus sichtbar vollziehen zu können, greift auch Grunenberg zu dem üblichen Trick bürgerlicher Wissenschaft: sie personifiziert die Geschichte, die ausschließlich von Männern gemacht wird. So begegnen wir auch bei ihr dem Adolf Hitler und Joseph Stalin als böse Buben der Geschichte und schon ist der gesamte Komplex „Antisemitismus“ anschaulich erklärt. „Der Nationalsozialismus sah im Marxismus seinen großen Konkurrenten; Hitler war fasziniert von Stalin. War Stalin auch fasziniert von Hitler? Kopierte der kommunistische Antisemitismus den NS-Antisemitismus? Es ist sinnlos, heute zu fragen, wer den „ursprünglicheren“ Antisemitismus pflegte. Verbürgt ist, daß Stalin von der Systematik der nazistischen Judenverfolgungen beeindruckt war, wie Hitler umgekehrt Stalins Massenterror „bewunderte“.“ (S.190) Obwohl der böse Stalin das zurückgebliebene Rußland in die Moderne hetzte, konstatiert Grunenberg sowohl bei ihm als auch bei dem Erbauer der Autobahn und Blitzkrieger Hitler eine anti-moderne Haltung.

Das grande Finale als Rückblick inszeniert bringt noch einmal alles zusammen: Völkisches und Proletarisches. „Anti-Faschismus war - in der Rückschau betrachtet - das Pendant zu den an Mythen des Mittelalters und der Romantik orientierten völkischen Kritiken und Antivisionen zur Weimarer Republik. Beide gegensätzliche Strömungen bekämpften aus einer gefühlsbeladenen Ablehnung heraus die unerklärten Folgen der Modernisierung. (...) Die Völkischen strebten eine hierarchisch gegliederte organische Gesellschaftsordnung an. Ihre Orientierungsmaßstäbe waren die Erzählungen von den Rittern der Kreuzzüge, die Ideale des preußischen Militarismus, die nationalen Sehnsüchte der Romantiker und die Projektionen der Stärke, deren Herkunft aus der realen Situation der Schwäche sie mythisch zu bemänteln suchten. Anti-Faschisten wollten ein befriedetes Klassenmodell weltweit errichten, in dem der Klassengegensatz abgeschafft und divergierende Interessen durch einen staatlichen, von der Arbeiterpartei dominierten Zwangsapparat egalitär organisiert wären. Das waren die utopischen Dimensionen des Anti.“ (S. 205)

Habermas' Kommunikationstheorien und „demokratische Kultur“ sind Grunenbergs Knoblauch und heiliges Kreuz im Kampf gegen das „mörderische Anti“. Hinzu kommt das Salz der „Autonomen“. „Der demokratische Prozeß setzt autonome Subjekte vor-

aus, die sprachmächtig, verständnisvoll und verständigungsbereit, offen und last but not least gemeinsinnorientiert sind." (S.213) Nicht explizit mit Bajonetten, aber doch energisch will sie „demokratische Kultur" in das Innere der Menschen treiben. „Die demokratische Kultur muß augenscheinlich tiefer als bisher in die Familien und die Lebenswelten der vielen einzelnen eingepflanzt werden, als dies bisher der Fall war. Sie muß in den verschiedenen Graswurzelbewegungen ebenso wie in den Betrieben, im Alltag ebenso wie auf öffentlichen Versammlungen. Die Alternative zum Anti kann nur die Errichtung einer zivilen demokratischen Kultur sein." (S. 213)

Hans Hellmuth Knütter, Bonn.

Ihr Gegenkonzept zeigt da gefährliche Tendenzen auf, wo sie die Suche nach einem Dritten Weg forcieren will.

Bildet der Analytiker die Mitte zwischen den Polen?

Ein Lieblingskind der Politikwissenschaft ist der Bereich Extremismusforschung. Die dort beschäftigten Wissenschaftler sollen systemstabilisierende Theorien entwickeln, die Demokratie im Sinne der gerade Herrschenden „wehrhaft" machen. Aber auch in anderen Bereichen wird mit dem Extremismusbegriff inflatorisch und schludderig umgegangen. Bei ihrer Untersuchung der Frage, wie bedeutsam der „Rechtsextremismus" in Europa sei, kamen Peter Dudek und Hans-Gert Jaschke zu folgenden Ergebnissen: 1. Der organisatorische Rechtsextremismus in Europa sei eine Nachkriegserscheinung, 2. Die Ideologie der extremen Rechten reagiere auf Modernisierungsschübe, 3. Rechtsextremismus sei radikaler Konservatismus, 4. Gewalt von rechts habe zu tun mit der Gewalt in der Gesellschaft, 5. Rechtsextremismus habe ein subjektives Ambiente, 6. Der Antifaschismus habe in Europa nur eine schmale Basis. (Vgl. Peter Dudek und Hans-Gert Jaschke: Rechtsextremismus ein Euro-Phänomen?, in: TAZ vom 23.11.1988, S.8 u.9.)

Dudek und Jaschke arbeiten mit ihrem Ansatz der „neuen" Extremismus-Forschung in der Bundesrepublik zu, die wesentlich von den Wissenschaftlern **Jesse** und **Backes** begründet wurde.

Deren „Extremismusansatz" fußt auf Totalitarismustheorien des 20. Jahrhunderts, deren bestimmende Aussage, daß die extremen Pole einer Gesellschaft gemeinsam auf die Mitte der demokratischen Gesellschaft einwirken, um sie in ihrem Sinne zu zerstören. Rechts- und Linksextremismus werden gleichermaßen als Bedrohung empfunden und einmal in einem Atemzug genannt, auch gleichgesetzt. In der politischen Praxis wurde immer der Linksextremismus als größere Gefahr behandelt. Alle Strömungen der „Totalitarismusforschung" haben letztlich den Faschismus verharmlost und durch die Gleichsetzung der Faschisten mit Kommunisten jedweder Couleur die aktuelle Erstarkung der Faschisten gefördert. Aktuellstes Beispiel ist der Fall des Bonner Politologen Hans-Helmuth Knütter.

Knütters Faschismuskeule

Jahrzehntelang galt der Bonner Politikwissenschaftler **Hans-Hellmuth Knütter** als Experte in Sachen Rechtsradikalismus. Die Bundeszentrale schätzte seine bibliographischen Arbeiten zum Thema der Politischen Bildung. Fachdidaktiker aller politischen Richtungen brachte Knütter in seinen grundlegenden Sammelbänden zur Politischen Bildung unter einen Buchdeckel. Schließlich stieg der Professor für Politikwissenschaft an der Bonner Universität zum Mitglied des „Wissenschaftlichen Beirates der Bundeszentrale für politische Bildung" auf. Dieser Tätigkeit ging Knütter von 1986-1990 nach. In dem jüngst vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes herausgegebenen „Handbuch des Österreichischen Rechtsextremismus" wird Knütt(l)er mit seinem 1988 erschienen Band „Hat der Rechtsextremismus in der Bundesrepublik eine Chance" als seriöse Quelle zitiert. Auch andere Linke gingen diesem Mann auf dem Leim und fütterten sein Reservoir mit ausgedehnten Seminararbeiten. Gedankt hat Knütter ihnen das nicht. Seine Polemik gegen Bonner Antifaschisten ist in einem weiteren Sammelband Knütters „Antifaschismus als innen- und außenpolitisches Kampfmittel" (1991) nachzulesen, einer der wichtigen Quellen, wenn es darum geht, den theoretischen Grundlagen des aktuellen Anti-Antifa-Terrors auf die Spur zu kommen. Knütters dort veröffentlichter Beitrag ist inzwischen auch als Monographie bei Ullstein unter dem Titel „Die Faschismus-Keule. Das letzte Aufgebot der deutschen Linken." (1993) erschienen.

In die Schlagzeilen geriet der Direktor des politischen Seminars als ein von ihm betreuter „Ost-West-Arbeitskreis" Veranstaltungen mit einschlägigen Referenten wie **Hans Dietrich Sander** und **David Irving** organisierte. Höhepunkt der kulturellen Aktivitäten war ein „Liederabend" mit dem Funktionär der faschistischen Wiking-Jugend **Frank Rennicke** am 23. September 1991 in den Räumen der Bonner Universität. Inzwischen sind Forderungen nach Entziehung der Lehrbefugnis für Knütter laut geworden. Mit dem Verweis auf die „Freiheit von Forschung und Lehre" wird solch ein Ansinnen regelmäßig negativ beschieden.

In seinen jüngst publizierten, eher niveauschwachen Arbeiten thematisiert Knütter „Deutschfeindlichkeit" und den „Antifaschismus". Ähnlich wie Antonia Grunenberg sucht er nach dem idealtypischen Antifaschisten, für den er ein 14 Punkte umfassenden Katalog entwikkelte. In seinem Raster betrachtet sich der „Antifaschismus" angeblich selbst „als humanitär, liberal, demokratisch (im weitesten Sinne des Begriffs), aufklärerisch, rational, revolutionär (nach dem Geist der Französischen Revolution von 1789), radikal (das heißt aufklärerisch, nicht etwa subversiv), individualistisch, den Menschenrechten verpflichtet, der Freiheit der Person verschrieben, den Idealen der Gleichheit und Gleichberechtigung verbunden, Gegner des Antikommunismus (da dieser konstitutives Merkmal des „Faschismus" sei), friedliebend (wobei der „Antifaschist" annimmt, daß Frieden nur im Sozialismus möglich ist, weil die Kriege aus Klassenspannungen entstehen)". (Faschismuskeule, S. 20)

Allheilmittel: Totalitarismusansatz

Wie schon Grunenberg will auch Knütter der Antifa mit dem Totalitarismus an den Leib. Eine Sisyphusarbeit, an der schon ganze Generationen vorher scheiterten, weil der Ansatz zur Beschreibung der Wirklichkeit aus Gründen seiner Unredlichkeit nicht taugt. „Der Streit um Faschismus und Antifaschismus", so Knütter, „ist Ausdruck der in Deutschland verbreiteten Neigung, Politik als

Kampf unterschiedlicher Weltanschauungen zu betreiben. Der Totalitarismus-Begriff ist vom Standpunkt einer freiheitlichen Demokratie geeignet, den Weltanschauungskampf in der Politik zu überwinden, soweit er mehr ist als ein bloßer Kampfbegriff des „Kalten Krieges". (Faschismuskeule, S.21) Gewichtigstes Argument gegen den Antifaschismus ist der von Knütter unterstellte Zusammenhang zwischen Antifaschismus und Hedonismus. Damit bezieht sich Knütter auf einen seit der Antike ausgefochtenen philosophischen Streit. Das Streben nach individueller Lust geht den Freunden von Faschisten natürlich gegen den Strich. Knütter vermutet darin auch den Erfolg der AntifaschistInnen in der Bevölkerung. Im Klartext: solange die Bevölkerung nicht dem Geheule eines Rennicke massenhaft lauschen wird, stehen die Chancen für einen basisnahen Antifaschismus gut. Hinter Knütters Kritik steckt ein bißchen die Hoffnung auf Erlangung der kulturellen Hegemonie, die nach Äußerungen des italienischen Kommunisten Antonio Gramsci in den zwanziger Jahren für die Machtausübung unabdingbar sei. Zuvörderst muß nach Knütter die Antifa verschwinden. „Überwindung des „Antifaschismus" bedeutet, ihn aus seiner Funktion als Pseudowelterklärung herauszulösen. Deshalb muß man den manipulativen Charakter des Antifaschismus ins öffentliche Bewußtsein heben." (Faschismuskeule, S.156)

Knütter hat hier von seinem Schüler **Andreas Zehnter** abgeschrieben, der in der „Criticon"-Ausgabe vom Juli/August 1992 unter der Rubrik „Feindbild" die rhetorische Frage stellen durfte „Antifaschismus - wozu?" mit dem Ziel, „den sogenannten Antifaschisten die moralische Rechtfertigung zu nehmen und somit die Bündnisfähigkeit mit demokratischen Gruppierungen endgültig zu entziehen."

Besorgt zeigen sich die (Neo-) Faschisten und ihre Verbündeten über einen von ihnen vermuteten breiten anti-rassistischen Konsens in der Bundesrepublik. In dem Theorie stiftenden Organ „Nation und Europa" fragt ein **Notker von Stahl** was die Rechte gegen den „neuen Antifa-Totalitarismus" zu tun gedenke. Er lobt den IG-Metall Funktionär **Wolfgang Kowalsky** und Hans-Helmuth Knütter für ihre gelungenen Vorarbeiten zu einer Analyse des Antifaschismus und formuliert selbst das Programm der Anti-Antifa: Wer sind die Hauptinitiatoren, und wie sind diese vernetzt? Welche Argumentationsmuster werden von den Initiatoren benutzt? Weshalb sind so viele Menschen empfänglich für derartige Argumente? Aus welchen unterschiedlichen Gründen gehen diese Menschen auf die Straße? Weshalb demonstrieren nicht auch diejenigen, welche anderer Meinung sind? Aus welchen machtpolitischen Absichten und tiefenpsychologischen Ängsten rührt diese enorme Intoleranz gegen alles „Rechte", welche in der Parole „Nazis raus" ihren Höhepunkt erreicht? Erst danach kann man auf die „Antirassismus"-Kampagne antworten, Ängste gegenüber rechten Politikinhalten abbauen und Vertrauen schaffen." (Nation und Europa (1993), Heft 6, S.52)

Criticon-Autor Andreas Zehnter.



Jörg Hemmers

Anti-Antifa für die gehobenere Klasse

„Nochmals, wir wollen die Nationale Solidarität beschwören", formuliert die „Einblick"-Redaktion in ihrer Einleitung und strebt ein breites Bündnis zwischen Konservativen und Neo-Faschisten an, „und die ANTI-ANTIFA-Arbeit und den EINBLICK als übergreifend und überparteilich verstanden wissen."

Nicht nur in den Blättern für den schlagenden Arm der Bewegung oder Partei-Organen wie z. B. „Einheit und Kampf" der Jungen Nationaldemokraten ist die „Anti-Antifa" zu einem wichtigen Seitenfüller geworden. Ebenso in eher für alternative und konservative Intellektuelle produzierten Publikationen tauchen in regelmäßigen Abständen Beiträge gegen die Antifa auf.

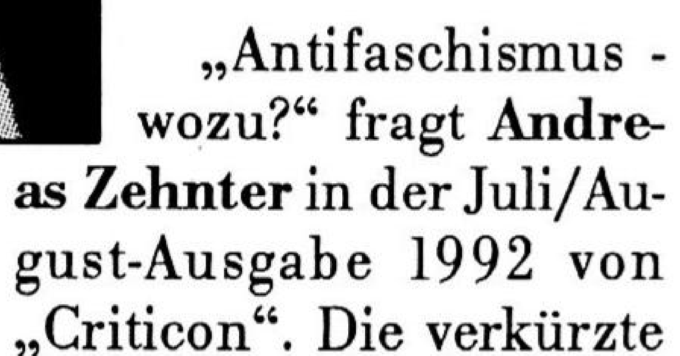
Zum Beispiel: „Criticon"

Das zweimonatlich erscheinende Blatt wurde 1970 von dem heute 67jährigen **Caspar von Schrenck-Notzing** gegründet und fusionierte 1981 mit „Konservativ heute". Von Schrenck-Notzing ist Großaktionär der Württembergischen Metallwarenfabrik (WMF). Sein erklärtes Ziel ist die „Rekonstruktion des Konservativismus". Das berechtigte ihn auch, neben **Christa Meves**, **Hans Graf Huyn**, Prof. **Karl Steinbuch**, **Pater Groppe SJ** und **Gerhard Löwenthal** als Kuratoriumsmitglied dem Anfang 1992 in Bielefeld gegründeten „Förderverein Konservative Kultur und Bildung e.V." beizutreten. Die „Neokonservativen" wollen über ein Kultur- und Bildungszentrum in den neuen Bundesländern ihre gesellschaftsverändernden Gedanken verbreiten.

Die Zeitschrift „Criticon" ist ein Leitorgan, das Theoretiker der Konservativen und sogenannten „Neuen Rechten" zusammenführt. Redaktionsmitglied ist unter anderem **Klaus Motschmann** von der „Evangelischen Notgemeinschaft". Autoren in „Criticon" waren: Prof. **Hellmut Diwald**, Hans Graf Huyn, **Gerd-Klaus Kaltenbrunner**, Dr. **Armin Mohler**,

Prof. **Günter Rohrmoser, Wolfgang Strauss**, Prof. **Bernard Willms**. Aber auch die „junge Garde" kann in „Criticon" zu Wort kommen und sich so einen Namen in den eigenen Reihen machen. Zu den aufstrebenden dynamisch konservativen Kräften und deshalb den Neo-Faschisten sehr nahe, zählen der Gymnasiallehrer **Karlheinz Weißmann** und **Andreas Zehnter**

Das 62jährige Bundestagsmitglied (CDU) **Heinrich Lummer** schrieb 1989 in der Juli/August-Ausgabe von „Criticon" einen Grundsatzartikel „Die Antifa-Front", in dem er sich in bewährter Totalitarismusmanier gegen eine Stigmatisierung der „Republikaner" als „Neo-Faschisten" wendet. Lummer protegiert eine Koalition der CDU mit den „Republikanern" und befürchtet breite antifaschistische Bündnisse.



Prof. Klaus Hornung: Härter gegen Antifa.

„Antifaschismus - wozu?" fragt **Andreas Zehnter** in der Juli/August-Ausgabe 1992 von „Criticon". Die verkürzte Fassung seines Beitrags aus Hans-Helmuth Knütters Sammelband „Antifaschismus als innen- und außenpolitisches Kampfmittel" (1991) zeichnet in groben Umrissen ein mögliches Betätigungsfeld der militanten Anti-Antifa ab: VVN, KB, Autonome und Anarchisten (diese merkwürdige Gleichsetzung taucht in „Der Einblick" später immer wieder auf), BWK, Volksfront, Ausländische Jugendbanden und das terroristische Umfeld der RAF. Unter der Überschrift „Ausblick" skizziert Zehnter die Felder praktischer Betätigung der Antifa-Gegner. „Eine genaue Einschätzung der Stärke der unzähligen antifaschistischen Initiativen erscheint schwierig. Schwerpunkte der Antifa-Arbeit liegen zur Zeit in Berlin, Hamburg und im Ruhrgebiet (Aurich fehlt hier noch, d.V.). Die Anhängerzahl linksextremistischer Organisationen ist seit dem Umbruch in der Sowjetunion und besonders seit dem Zusammenbruch des SED-Regimes stark zurückgegangen. Der Antifaschismus hat von daher eine größere Rolle als Rückzugsbastion der übriggebliebenen Linksextremisten erlangt. Besorgniserregend ist die stark erhöhte Gewaltbereitschaft, die in eine Gewaltspirale auf deutschen Straßen einmünden könnte. Der Organisationsgrad in der autonomen Szene hat erheblich zugenommen. Dies ist sicherlich auch eine Folge des Zulaufes und der Erfolge rechter Parteien.

Man sammelt über sogenannte Antifatelefone und Infoläden Informationen zu „faschistischen" Organisationen und einzelnen Personen, so werden gezielte Attentate ermöglicht. Man organisiert Telefonketten und Mailboxprojekte, um schnell auf Aktionen rechter Gruppen reagieren zu können."

Der junge Akademiker schrieb seinen Artikel vor dem Hintergrund von Hünxe und Hoyerswerda, der Professor von **Filbingers** Gnaden, **Klaus Hornung**, der eine schärfere Gangart gegen die Antifa postuliert, formulierte seinen Beitrag nach Rostock und Mölln. Für ihn liegt die Gefahr des Antifaschismus in der „Aufarbeitung der Vergangenheit". „Vergangenheitsbewältigung und Antifaschismus gingen eine Symbiose ein, und von ihr ging ein wachsender Druck auf die aktuelle Politik aus, nicht selten bis zu deren vorauseilendem Gehorsam gegenüber einem entsprechenden nationalen und internationalen Meinungsklima, jedenfalls mit dem Ergebnis, daß sie immer weniger in der Lage war, ihre Interessen unbefangen wahrzunehmen." („Criticon", Nr. 137, Mai/Juni 1993, S. 127) Hornung macht sich Sorgen darüber, daß die „Ausländerfeindlichkeits"-Kampagne mit dem Ende des „Winters der Lichterkette" weitergeht und sich gegen alle „Formen des Neonazismus" wenden könnte. Er fordert, daß dieser „Strategie" mit „bürgerlicher Naivität" nicht zu begegnen sei. Na also!

Zum Beispiel: DESG-inform

Das in der Regel sechs- bis achtseitige „Informationsblättchen" wird von der 1972 gegründeten „Deutsch-Europäischen Studiengesellschaft" mit Sitz in Hamburg herausgegeben. Als verantwortlicher Redakteur erscheint der „Nationalrevolutionär" und ehemalige ÖDP-ler, **Heinz Dieter Hansen**. Zu den Gründungsvätern zählen **Klausdieter Ludwig, Michael Meinrad** (d.i. **Uwe Michael Troppenz**) und die NPD-ler **Günter Deckert** und **Peter Dehoust**.

Der Verlagsinhaber Klausdieter Ludwig (Jahrgang 1935) war bis 1986 als Volksbankdirektor in Darmstadt tätig. Als Student war er 1958/59 Bundesvorsitzender des „Bundes Nationaler Studenten", der 1961 als verfassungsfeindlich verboten wurde. Auf eine gemeinsame Studienzeit gehen seine bis heute andauernden Kontakte zu **Martin Mußgnug** (DRP, BNS-Gründer, Ex-NPD-Vorsitzender, Deutsche Liga), **Peter Stöckicht** (DRP, BNS-Gründer) und dem Herausgeber von „Nation und Europa" Peter Dehoust zurück. Ludwig drückt sich auch auf dem internationalen Parkett herum und müht sich um Kontakte und Renommee. So wird in Planungspapieren der DESG ausdrücklich auf die Arbeit des Chefdenkers der sogenannten „Neuen Rechten" Frankreichs **Alain de Benoist** und GRECE verwiesen und die „Nouvelle Ecole" als anzustrebendes Vorbild dargestellt. An Tagungen der in Österreich unter starker Beteiligung bundesrepublikanischer Faschisten ansässigen „Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik" (AFP) nimmt Klausdieter Ludwig als Referent zu Fragen der Deutschlandpolitik teil.

Das ab 1985 erscheinende monatliche Info DESG-inform gibt sich als Brückenkopf in das linke und nonkonforme Milieu ist aber eindeutig als neofaschistisch einzuordnen. Als Adressatengruppen werden „progressive Konservative der CDU/CSU, Solidaristen (**Moeller van den Bruck**-Gruppe), Ökologische Demokraten (**Gruhl**-Gruppe), Nationalrevolutionäre (**Niekisch**-Gruppe), burschenschaftliche und wehrpolitische Gruppen von dem Herausgeber selbst benannt.

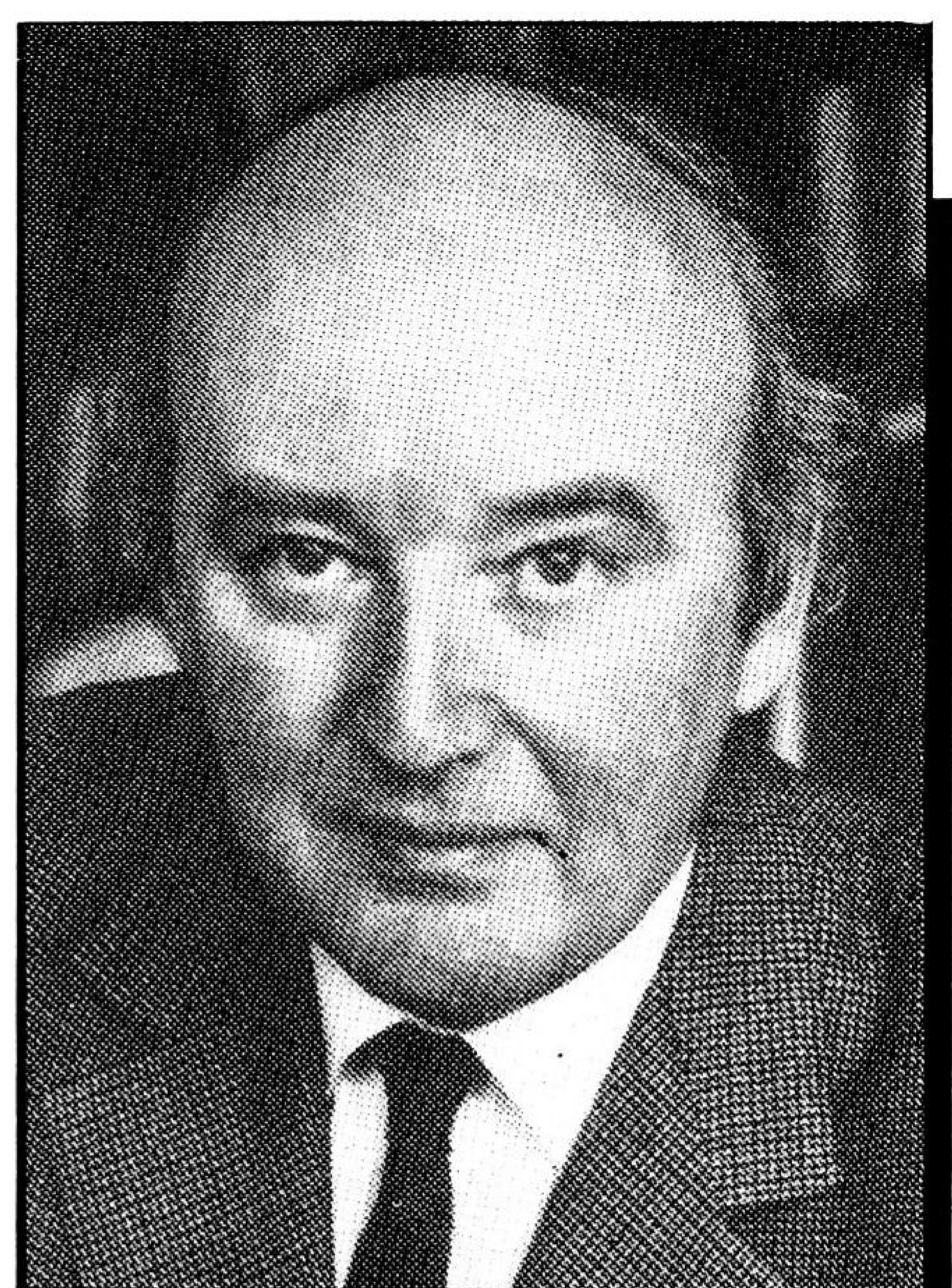
Ständige Rubriken sind „Nonkonform", „Rechte", „Linke", „Ethnopluralismus", „Ausland", „Literatur". Veranstaltungshinweise und deren Nachbesprechung.

Mit der Rubrik „Blick nach links" schaltete sich DESG-Inform aktiv in die „Anti-Antifa-Arbeit" ein. In der Publikation „Einblick" wird ein Dossier zu dem Lehrer Manfred Büttner mit leichten Kürzungen wortwörtlich aus DESG-inform übernommen. Büttner wird sogar zweimal in DESG-inform-Ausgaben abgehandelt: in der Ausgabe 5/1993 unter der Überschrift „Linke" „Vorsicht: Schnüffler von links." und in 8/1993 unter „Neues von links Manfred Büttner". In der zuletzt erwähnten Ausgabe fühlte sich kein geringerer als der Verlagsinhaber Klausdieter Ludwig selbst dazu berufen, eine Stellungnahme abzugeben. „Wir berichteten schon von den Machenschaften des Herrn Büttner", hetzt Ludwig dort und erklärt seinen LeserInnen auch gleich ausführlich, was ihn an Büttner so stört, „der sich bemüht, Banken

dazu zu veranlassen, Konten von nationalen Personen, Zeitschriften und Organisationen zu schließen." In einigen Fällen ist es tatsächlich zum Ärger der Neo-Faschisten zu Konto-Auflösungen gekommen. Die zweimalige Erwähnung von Büttner in DESG-inform prädestinierte ihn für die Aufnahme in „Einblick". Aber auch andere denunziatorische Berichte aus DESG-inform wurden dort meistens etwas gekürzt übernommen, wie Hinweise darauf, daß die Antifa mithilfe von Nachsendeanträgen an den Postverkehr der Faschisten herankäme.

Finanzielle Unterstützung bekommt DESG-Inform durch Werbe-Anzeigen vom Verlag **Siegfried Bublies**, dem Helios-Verlag und Zeitungsprojekten wie „Das Ostpreußenblatt", „Huginn und Muninn", „Junge Freiheit", „Nation", „Nation und Europa" und Organisationen wie dem „Bund Deutscher Solidaristen".

Jörg Hemmers ist Mitarbeiter im Arbeitskreis „Keinen Fußbreit den FaschistInnen" in Oldenburg



Criticon-Herausgeber und WMF-Großaktionär Caspar von Schrenck-Notzing.

Hartmut Power und Raimund Hethey

Über einen Erfinder der „Anti-Antifa"

den NPD-Funktionär Hans-Michael Fiedler

Aufgewachsen ist der inzwischen 50jährige Fiedler in den finsteren Niederungen Niedersachsens. Sein früherer Weggefährte war der spätere Chefdenker der 68-er Generation Hans Jürgen Krahl. Der Sprecher des SDS machte in einem Prozeß in einer klassischen Gerichtsrede deutlich, auf welchem geistesgeschichtlichem Hintergrund Fiedler und er ihre Sozialisation genießen konnten:

„In Niedersachsen, jedenfalls in den Teilen, aus denen ich komme, herrscht noch zum starken Teil das, was man als Ideologie der Erde bezeichnen kann, und so habe ich mich, als ich meinen politischen Bildungsprozeß durchmachte, zunächst nicht anders als im Bezugsrahmen der Deutschen Partei bis zur Welfenpartei bewegen können. Ich konnte mir nicht einmal die Ideologien erarbeiten, die Liberalität und Parlamentarismus bedeuten - wenn man bedenkt, daß die Dörfer, in denen ich aufgewachsen bin, jene Nicht-Öffentlichkeit noch pflegen in ihren Zusammenkünften, die an die Rituale mittelalterlicher Hexenprozesse erinnern. Wenn man davon ausgeht, daß heute noch in vielen Teilen der Bundesrepublik, vom bayerischen Wald bis zur niedersächsischen Heide, finsterste Ideologien der Mystik stattfinden, so war es sehr verständlich, daß mich mein Bildungsprozeß zunächst einmal in den Ludendorffbund trieb, so daß ich begriffliches Denken nicht anders als aus der Mystik Meister Eckharts und Roswithas von Gandersheim erfahren habe, d.h. Ideologien, die, wenn man sie marxistisch interpretieren will, sicherlich ausgelegt werden können im Sinne eines utopischen Denkens, wie es Ernst Bloch getan hat, die aber, wenn man sie aus dem Erfahrungszusammenhang der herrschenden Klasse rezipiert, finsterste Unmündigkeit reproduzieren." Krahl machte sich später auf einen Weg, dessen Ziel mit dem Wort Emanzipation am besten beschrieben ist. **Hans-Michael Fiedler** hingegen verstrickte sich weiter in das reaktionäre Netz und versank immer tiefer in dem „braunen Sumpf".

Fiedlers Weg ist über Jahre hinweg in seiner inzwischen eingestellten Postille „MISSUS" dokumentiert. Der Name „MISSUS", der an den „Königsboten" erinnern soll, stammt laut Fiedler von Krahl. Heute ist Fiedler zum Schriftleiter des „Niedersachsenspiegels" der NPD aufgestiegen und darf sich stv. NPD-Landesvorsitzender sowie Studienleiter des Studentenbundes Schlesien (SBS) nennen.

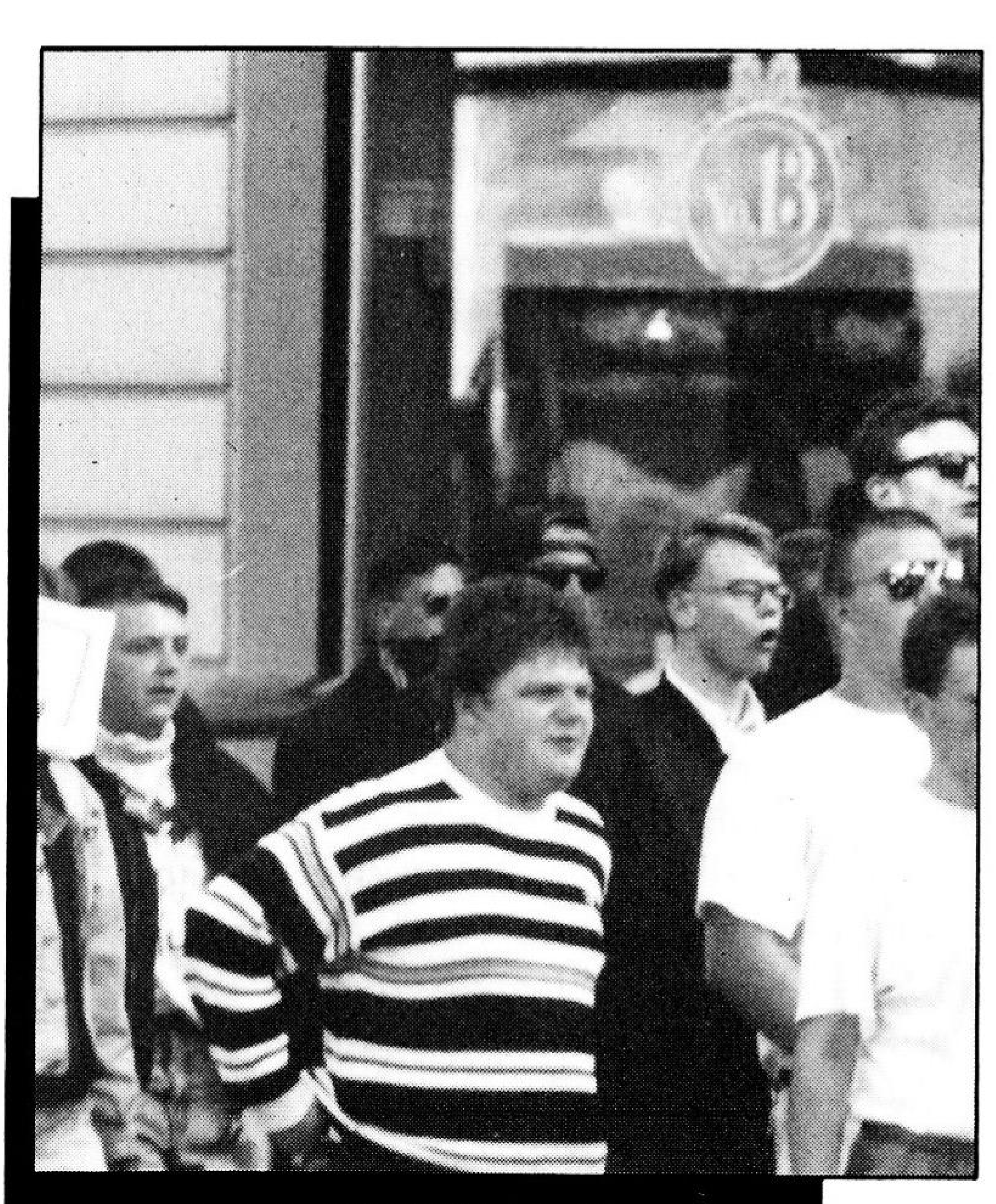
Ein Mittler zwischen Altnazis und neofaschistischen Terroristen

Das Oberverwaltungsgericht in Lüneburg hat dem VS und dem Innenministerium verboten, die Göttinger Schüler- und Studentenunion Ostpreußen (SUO) als „rechtsextremistischen Zirkel" zu bezeichnen. Ihr Anführer Fiedler dankt es. In einem „Bevölkerungsflugblatt" an die BürgerInnen von Adelebsen gerichtet, kann Fiedler dann im Frühjahr 1993 behaupten, daß ihm noch nie ein Vorwurf von seiten der Polizei gemacht worden sei. Im Falle der Demonstration am 20. März 1993 hatte es die Polizei sogar besonders eilig, Herrn Fiedler zu warnen. Einen Tag nach dem Hinweis vom Landeskriminalamt am 15. Februar sandte Fiedler ein Rundschreiben an seine Gesinnungsfreunde. Darin wies er auf eine „Demo vor unserem Adelebser Hause" hin. „Mindestens für Freitag, 19.3. bis Montag, 21.3. brauchen wir 5-6 handfeste und überlegte Kameraden ständig im Hause, die den Studienleiter unterstützen", forderte Fiedler seine jugendlichen Parteifreunde auf und weiter „Sie sollten volljährig und möglichst ledig sein und sich des Risikos bewußt sein". Die Kosten dafür, daß der „Studienleiter" nicht „allein auf Posten steht" übernahm selbstredend der Solidaritätsfonds des Studentenbunds Schlesien (SBS).

In der Funktion als stv. NPD-Vorsitzender von Niedersachsen und „Studienleiter" organisiert Fiedler die neofaschistische Szene. Im „Niedersachsenspiegel" und den „SBS-Nachrichten" bringt er die hausbackenen

Alt-Nazis mit den Repräsentanten des militanten Flügels zusammen. So wie er selber früher von dem Ludendorffer **Albert Wolff** an die verschiedenen rechten Zirkel herangeführt wurde, bringt er heute den Nachwuchs via Publikationsorgane zum Führungskader. Im „Niedersachsenspiegel“ und den „SBS-Nachrichten“ hat der Wiking-Jugendfunktionär **Frank Rennicke** genauso seinen Platz wie der frühere Kamerad aus der gemeinsamen Zeit beim „Bund Heimattreuer Jugend" (BHJ) und das Mitglied der inzwischen verbotenen „Nationalistischen Front" (NF), der Nazi-Anwalt **Jürgen Rieger**.

Dem Pack um **Christian Worch** zeigte Fiedler in den „Nachrichten des Studentenbundes Schlesien" (SBS) wie Anti-Antifa-Arbeit auszusehen hat. Wenn er in der Ausgabe Nr. 4/1992 des „Niedersachsenspiegels" die Reinhaltung des Genpools einklagt, kommt das bei seinen Partei-Freunden aus Mölln einer Aufforderung gleich, Wohnheime anzuzünden und Menschen umzubringen. Der JN-Landesvorsitzende und SBS-Schatzmeister **Holger Apfel** spricht auf einem Treffen des inzwischen verbotenen „Deutschen Kameradschaftsbundes" (DKB) am 31.10.1992 in Petersfehn bei Oldenburg und anläßlich einer Hess-Gedenkkundgebung in Fulda am 14. August 1993. Apfel gehörte zu den wenigen „Kameraden“, die sich am 20. März 1993 während der Antifaschistischen Aktion im Schulungszentrum aufhielten.



Holger Apfel: NPD/JN-Multifunktionär mit ausgprägten GdNF-Kontakten.

Ideologische Grundlagen für den Terrorismus in der politischen Praxis.

Fiedler schreibt und seine Zöglinge bomben, mitunter auch sich selbst in die Luft, wie **Ingo Kretschmann** aus Göttingen 1987. „Studienleiter“ ist daher nur eine euphemistische Umschreibung für jemanden, der junge Menschen systematisch aufhetzt und sich geschickt hinter Interessen von „Vertriebenen“ verbirgt, weil er so leichter an öffentliche Geldmittel gelangt. Fiedler versteht sein politisches Geschäft. Mal spielt er den aufsässigen Bauernanführer „**Florian Geyer**“, mal den Ethnopluralisten „**Michael Braga**“ oder den zutiefst schnulzigen Blut- und Boden-Dichter „**Orpheus**“. Als **Michael Braga** huldigte er Anfang der 80er Jahre dem Vordenker der sich selbst so nennenden „Neuen Rechten“ **Henning Eichberg**, von dem Fiedler sich in frühen Jahren immer ein paar Mark aufs Konto überweisen ließ. Vor- und Nachwort schrieb Fiedler vom „Nationalrevolutionär“ ab. „Zwei grundlegende Prinzipien allein können für die europäischen Völker eine lebenswerte Zukunft sichern; sie ergänzen sich harmonisch: der *Ethnopluralismus*, der davon ausgeht, daß jedes Volk und jede Sprache/Kultur eine Daseinsberechtigung hat, gleichgültig wie groß und wie mächtig, und daß die Völker die letzten und unverzichtbaren Bestandteile der ‘Menschheit' sind; der Gesichtspunkt der nationalen Identität, die nach innen und außen in jedem Volk das Eigene, das Unverzichtbare, das Gewachsene und Grundlegende, bewahrt, ohne daß Völker im ‘Weltbürgertum' oder ‘melting pot' verschwinden müssen - durch eigenes kulturelles und biologisches Versagen oder durch Imperialismus, komme er mit Panzern oder mit Diskotheken!“ (Vorwort, S.9) Ethnopluralismus und nationale Identität im Eichbergschen Sinne sind bis heute Fiedlers zentrale Leitbegriffe geblieben. Er konnte dem nichts eigenes hinzufügen.

„Kampfesmut“ demonstriert Fiedler gerne in gediegener Versform, die er tapferen Freunden widmet. Kostprobe aus seinem Gedichtband „...doch sehend sind meine Gedanken“

„Kräht manch Hahn auf fremdem Mist, ist das Messer schon bereit. Sät der Gegner heut noch Zwist, schaffen wir doch Einigkeit: Wo noch heut die Feinde prahlen, werden uns're Mühlen mahlen! (...)

Weint manch Herz in bangen Klagen - uns're Fackel bannt die Nacht! Morgen werden wir es wagen, heben auf das Schwert der Macht. Nimmer wird das Reich vergehn, weil wir treu zur Fahne stehn.“

Messer, Fackel, Schwert und Fahne für die Gegner. Soll das nur deshalb „friedlich“ und nicht „terroristisch“ klingen, weil es gereimt daherkommt? Verbreitung finden solche Reime in Fiedlers eigenen Pamphleten und in Organen der militanten Neo-Faschisten wie dem „Brandenburger Beobachter“ der inzwischen verbotenen „Deutsche Alternative“ (DA), die sich an Fiedlers Hetze gegen „Grundordnungshüter“ erfreute.

Fiedlers Feldzug

Am 29. April 1990 wurde Fiedler für weitere fünf Jahre zum „Studienleiter“ des SBS bestimmt. „Besondere Bedeutung wird auch weiterhin unser Arbeitskreis 2 (Information und Öffentlichkeit) behalten, der den Feinden der deutschen Einheit und den Ausspähern nationaler Patrioten das Leben weiterhin erschweren wird“, heißt es in den SBS-Nachrichten 2/1990.

In der MISSUS - Ausgabe vom April 1981 heißt es im Anschluß an eine Denunziation des Wissenschaftlers Peter Dudek, der gerade eine Arbeit über die rechte Jugendpresse veröffentlicht hatte: „MISSUS wird zukünftig verstärkt die Machenschaften der Gegner unseres Volkes dokumentieren und Namen nennen. Material aller Art zu solchen Themen erbeten!“

Unter der Rubrik „Dokumentation: So arbeiten sie“ veröffentlichte Fiedler schon in den siebziger Jahren gerne Namen von Personen, die seinen „MISSUS“ abonnieren wollten und die Fiedler der Linken zurechnete.

Aber auch unter dem Etikette „Hochschulgruppe Pommern“ blies der Möchtegern-Schlesier Fiedler immer wieder zur Hatz und machte dabei auch nicht vor jugendlichen Schülern halt. In den „Nachrichten“ Nr. 1 vom März 1985 wird um Informationen aus Göttingen gebeten „Hinweise auf unsere Gegner und ihre Aktivitäten sind besonders wichtig“, heißt es dort und wo kein Wissen vorhanden ist, da spekuliert Fiedler „man vermutet die Täter im Umkreis des...“. Längst bevor in autono-

men Kreisen Gegenwehr organisiert wurde, arbeitete Fiedler sein Konzept der Feindaufklärung aus, das er dann auf sogenannten Seminaren seinen meist männlich-jugendlichen Zuhörern referierte. Am 28./29. März 1992 wurden die „Autonomen“ zum Schwerpunktthema. Fiedler forderte von den Seminarteilnehmern „Beobachtungen, Erkenntnisse, Möglichkeiten von Abwehr, Gedanken zur systematischen Bekämpfung, vor allem durch Gewinnung von Erkenntnissen, Herstellung von Öffentlichkeit, bessere Vernetzung des Selbstschutzes, Übermittlung von Straftätern an Polizei und Justiz. Kurzberichte aus Orten und Regionen zum Thema. Beratung über die Möglichkeiten des Vorgehens.“



Anti-Antifa-Erfinder Hans Michael Fiedler, ewiger Student und NPD-Funktionär. 1980 in Phillipstal

Der weiche Softie oder: der „demokratische Dialog“

In einer eidestattlichen Versicherung vom 12. März 1993 erklärt Fiedler ausdrücklich: „Ich habe noch nie irgend jemandem gegenüber zu Gewalt aufgerufen oder jemals die Ansicht vertreten, Gewalt dürfe als Mittel einer Auseinandersetzung eingesetzt werden. Insbesondere lehne ich Gewalt als Mittel politischer Auseinandersetzung ab.

Ich habe noch nie Gewaltmaßnahmen oder Veranstaltungen organisiert, bei denen von mir oder meinen Freunden Gewalt ausging.“ (Adelebsen, den 12.3.1993)

In seiner „Anti-Antifa“ Rubrik in den SBS-Nachrichten zeigt der Wortkünstler ganz andere Fähigkeiten, da ist von „Roten Zecken“ die Rede, die nur noch „Marginalie“ seien, der GRÜNEN Minister wird zur „Melone“, der engagierten Journalistin Franziska Hundseder wird bis zur Haustür nachgestellt.

Fiedler bleibt der ehrenwerte Mann, der er immer war. Pfui dem, der ihn einen „schlimmen Rechtsextremisten“ nennt, wie der Sprecher des niedersächsischen VS, Hans-Rüdiger Hesse. Solche Untertreibungen läßt Fiedler geduldig über sich ergehen, andere nötigt er mit Unterlassungsklagen und bemerkenswerten Gegendarstellungsbegehren, in denen er schon mal seine NPD-Zugehörigkeit leugnet.

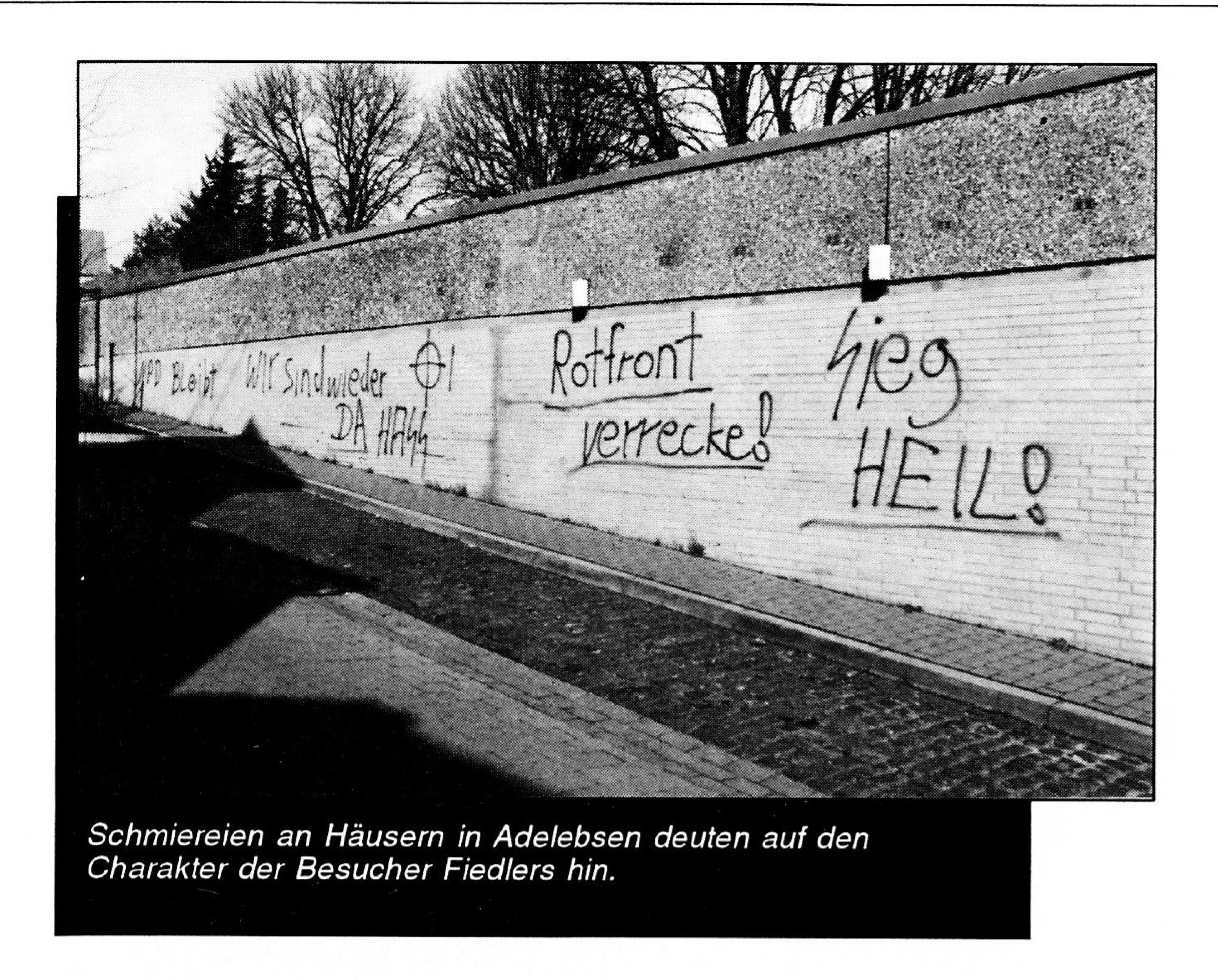
In der September-Ausgabe 1993 der SBS-Nachrichten macht Fiedler deutlich, wen er aktuell aufs Korn nehmen will und dort wird sein Wirkungsfeld im Kreise der Neo-Faschisten wiederum deutlich. Auf den DGB-Vorsitzenden Manfred Klöpper aus Wilhelmshaven hat er es ebenso abgesehen wie auf den NDR-Redakteur Volker Steindorf.

Im Fall Klöpper „konkurriert“ Fiedler mit **Christian Worch**, bei Steindorf mit seinem Busenfreund **Jürgen Rieger**, der bescheinigte dem Fernseh-Journalisten während eines Interviews, daß er als „nächster“ an die Reihe kommen könne. Nur zum Schein distanziert er sich von den Anti-Antifas um Worch und nennt die „Anti-Antifa“-Rubrik mit der Septemberausgabe „demokratischer Dialog“. Damit zeigt er, daß Faschisten nur ein taktisches Verhältnis zur Demokratie haben.

MitarbeiterInnen des sozialdemokratischen „Blick nach rechts“ und des „Rechten Randes“ sind weiterhin Fiedlers besondere Spezies. Da macht er selbst vor toten Genossen nicht halt. Hartmut Meyer wird immer noch regelmäßig als Gegner in Fiedlers SBS-Nachrichten erwähnt. Einen kleinen Ableger Fiedlerscher „Anti-Antifa“ findet sich mittlerweile in „Einheit und Kampf“, einer Publikation der „Jungen Nationaldemokraten“.

Wer einmal miterleben konnte, wie verkniffen der heute 50jährige in seiner dunklen Zelle in der Burgstraße 5 in Göttingen akribisch Tageszeitungen nach nationalistischen aber auch nach antifaschistischen Meldungen durchforschte und bei jedem Fund hämisch grinsend seine Schere zur Hand nahm, konnte erkennen, daß dieser Mann es verdammt ernst meint. Näherte sich ein feindliches Objekt seinem Zentrum, dann durfte man sicher sein, daß jemand aus dem Haus geschossen kam und zuschlug, friedlich versteht sich. Erfolgsmeldungen blies „hmf“ darauf postwendend in einem seiner „Blättchen“ in die befreundete Öffentlichkeit. „1983 wurden Haus und Rolläden siebenmal massiv, ca. 10mal 'leicht' beschmiert“, heißt es in einer Mitteilung des Studentenbund Schlesien vom 15.02.1984 und weiter: „ Nur einmal (28.12.83) konnte ein Täter gesehen und wenigstens mit einem Knüppelhieb 'verabschiedet' werden.“ Eine durchaus friedvolle und angemessene Reaktion auf ein paar Farbspritzer, wenn man Fiedlers eidesstattliche Erklärung Glauben schenkt.

Im Anschluß an einer Versammlung des „Gesamtdeutschen Studentenverbandes“ (GDS) am 1. September 1984 schlugen neben „SS-Siggi“ (**Siegfried Borchardt**) auch Zöglinge von Fiedler auf „Punks“ ein und verletzen vier von ihnen schwer. **Hartmut Heger** aus Wilhelmshaven wurde we-



Schmiereien an Häusern in Adelebsen deuten auf den Charakter der Besucher Fiedlers hin.

gen gemeinschaftlich begangener gefährlicher Körperverletzung rechtskräftig verurteilt. Noch wenige Jahre vor dieser Tat führte Fiedler Heger auf einer Verteilerliste von Flugblättern. Derjenige Jugendliche, der seine Flugblätter am schnellsten verteilt hatte, bekam vom „Studienleiter" ein Buch geschenkt.

In seinem „Heimatdorf" Adelebsen würden ihn die Nachbarn grüßen und zu Grillfeten einladen, ist in den SBS-Nachrichten zu lesen. Hartmut Power, der einige Wochen in der Nähe von Fiedler seinen antifaschistischen Forschungen nachgehen konnte, hat von alldem nichts beobachten können. Im Gegenteil, auch wenn Fiedler in den nur einige Meter entfernten Supermarkt schleicht, treffen ihn in der Regel argwöhnische Blicke. Die BewohnerInnen von Adelebsen sind mißtrauisch und vorgewarnt. Das ist gut so!

Winfried Holzinger

Der „starke" Staat zwischen Apathie und Überreaktion

Nach offizieller Zählung führen ca. 40.000 Neofaschisten den bundesdeutschen Rechtsstaat in ihrem Sinne vor, ohne daß zunächst ein deutliches repressives staatliches Handeln ersichtlich war. Alleine 1992 wurden 1.600 Gewalttaten von Rechts offiziell bekannt, zu denen 500 Brand- und Sprengstoffanschläge gerechnet wurden. Das Ergebnis dieser Gewalttaten waren in diesem Jahr ca. 800 Verletzte und 13 Tote. Noch bis zu diesem Zeitpunkt wurde von Politikern diese Entwicklung verharmlost; viele von ihnen gaben eher durch politische Kampagnen die Argumente für diesen Terror oder sympathisierten sogar mit ihm. Kaum vorzustellen wären hier die Reaktionen der Sicherheitsbehörden, wenn diese Ereignisse im Zusammenhang mit Aktionen aus dem linken Bereich gestanden hätten, nur zu bekannt sind noch die Ereignisse aus der Vergangenheit, als die Sicherheitsbehörden noch zeigten, was sie konnten und ihnen hierbei die Bürgerfreiheitsrechte keine Grenzen für ihr Handeln setzten. Es soll sich hier nun nicht um ein Plädoyer für ein unter gleichen Bedingungen, die einen Abbau von Bürgerfreitheisrechten zur Folge hatten, zukünftiges repressives Eingreifen gegen Rechtsradikalismus handeln.

Jedoch sind bei der Gegenüberstellung staatlicher Reaktionen bei Gewalt von links und rechtem Terror (der hier nicht nur an den Ausschreitungen von Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen festgemacht wird) erhebliche Unterschiede festzustellen, die zu einem Vertrauensverlust an der Ernsthaftigkeit des Anspruchs der Sicherheitsbehörden zur Bekämpfung rechtsradikaler und neofaschistischer Entwicklungen in dieser Gesellschaft geführt haben. Trotz dieser rechtsradikalen Gewalt (die seit Mölln lt. Zählung der Sicherheitsbehörden zurückgegangen sein soll, wobei offiziell eine Zunahme der Fälle von rassistisch motivierten Übergriffen festgestellt wurde) hat es bei den Sicherheitsbehörden kein spürbares Umdenken gegeben. Beispielhaft sei hier nur die Argumentation des ehemaligen Generalbundesanwaltes v. Stahl im Zusammenhang mit rechtsradikaler Gewalt zitiert: „Der Generalbundesanwalt ist nicht für jede Straftat zuständig, die politisch motiviert ist, sondern für solche, die sich gegen die innere Sicherheit richten und die durch eine 'terroristische Vereinigung' begangen wurden. Das heißt, es muß eine Organisation geben, die hierarchisch gegliedert und auf Dauer angelegt ist." Nach Mölln war dann plötzlich alles anders und v. Stahl nach ultimativer Aufforderung seiner Justizministerin, nun endlich von seinen Kompetenzen Gebrauch zu machen, zuständig. Auch die juristischen Auslegungen der Tatbestände im Zusammenhang mit rechtsradikaler Gewalt zeigten Blüten. So hatte z.B. das Delikt „Körperverletzung mit Todesfolge" Konjunktur, wie etwa im Fall des Angolaners Antonio Amadeu, der in Eberswalde von Skinheads mit dem Vorsatz „Neger zu klatschen" zu Tode geprügelt wurde. Das zuständige Gericht verneinte bei den Tätern einen Tötungsvorsatz und kam zur angeführten Körperverletzung. Eine strafrechtliche Sanktionierung des

Verhaltens der Polizeibeamten, die bei der Tötung von Antonino Amadeu anwesend waren und nicht gegen die Täter eingeschritten sind, obwohl sie dafür rechtlich einzustehen hatten, ist bis heute nicht erfolgt. Auf Grund vieler weiterer Beispiele ist weiterhin immer noch zu erkennen, daß die Ereignisse im rechtsradikalen bzw. neofaschistischen Bereich nicht ernst genommen und Ermittlungen auch erst gar nicht aufgenommen werden. Anstatt die eigenen Konzepete in den Sicherheitsbehörden zu überprüfen und ein Vertrauen in sie wieder herzustellen, werden in diesen Behörden erneut Pläne aus den Schubladen gezogen, die als Ruf nach gesetzlichen Maßnahmen, wie sie bereits aus den Hochzeiten der Terrorismushysterie der 70er Jahre bekannt waren, nur der neuen Zauberformel „Rechtsextremismus" entsprechen. In der Umsetzung handelt es sich hier ausschließlich um symbolische Politik, die sich als untauglicher Aktionismus darstellen wird. Sie birgt jedoch die Gefahr, daß aufgrund dieser Argumentation ein weiterer Abbau unserer Bürgerrechte stattfinden wird.

Im jährlich erscheinenden Menschenrechtsbericht des US-Außenministeriums von 1993 wurde kritisiert, daß die durch deutsche Richter verfaßten Urteile bei Straftätern mit rechtsextremen Haßvorstellungen milder ausgefallen sind, als diese im gleichen Zusammenhang im linksterroristischen Bereich verfaßt wurden. Weiterhin wurde dort kritisiert, daß die Polizei in Fulda die Rechtsextremisten-Kundgebung zum Gedenken an den „Führerstellvertreter" Rudolf Heß nicht unterbunden, aber Gegendemonstranten festgenommen habe.

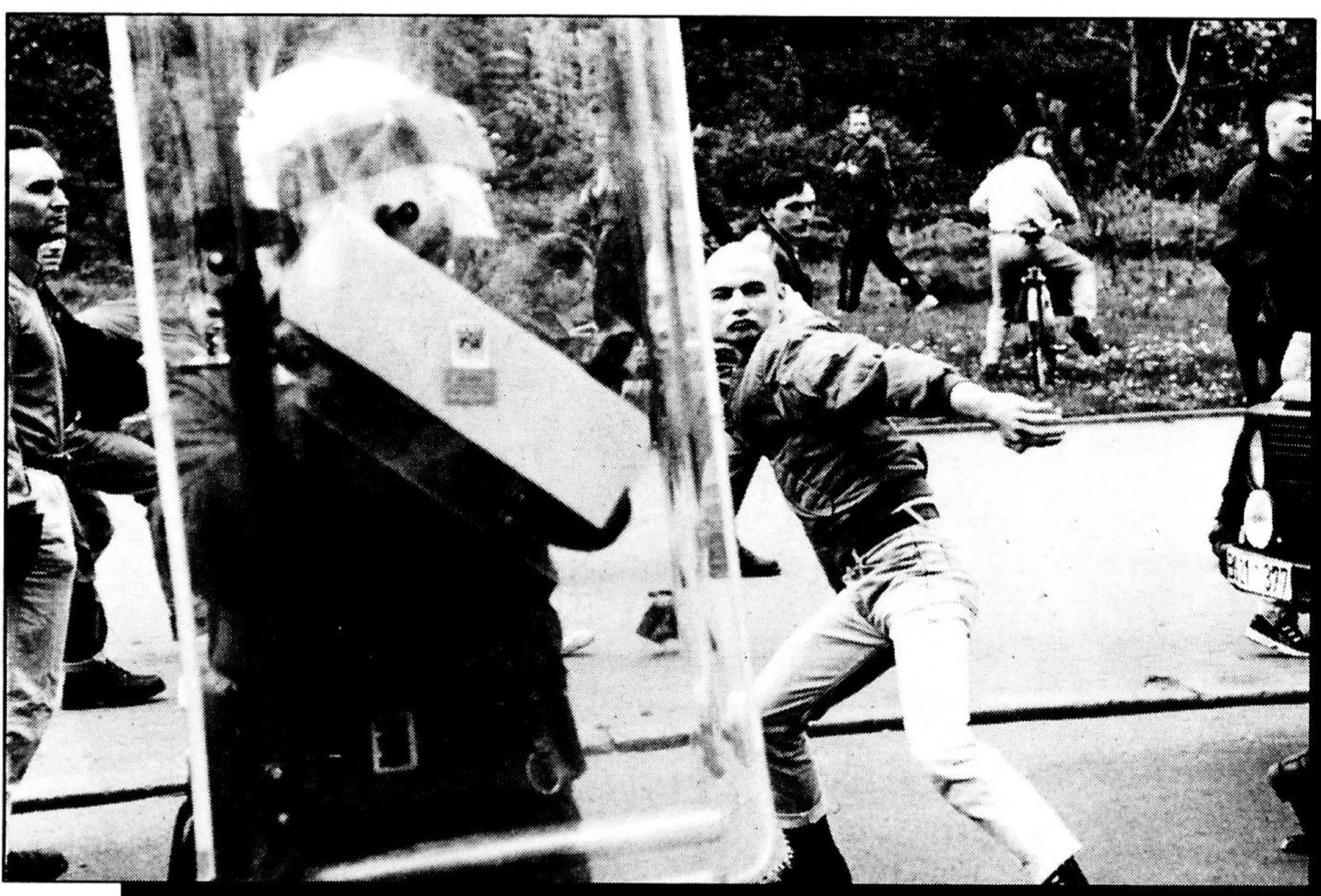
Es waren nicht die fehlenden Gesetze, die diesen verbotenen Aufmarsch Rechtsextremer am 14. Aug. 1993 in Fulda möglich machten und die dem Ansehen der BRD im Ausland großen Schaden zugefügt haben. Die aus dieser Menge heraus begangenen Straftaten fanden unter den Augen der Polizei statt und wurden von ihr geduldet. Vertrauliche Gespräche zwischen Polizisten und Rechtsextremisten kennzeichneten ihre Fähigkeiten zur Deeskalation - schier unmöglich, sich eine solche Situation in Wackersdorf oder Brokdorf vorzustellen; oder erst jüngst in München. Was alles polizeilicherseits möglich ist, zeigen z.B. auszugsweise folgende Beispiele:

Am 3.10.1992 nahm der türkische Kurde Haydar Ceylan an einer Demonstration gegen Rechtsradikalismus teil. Er führte dabei ein Transparent mit, auf dem ein Hakenkreuz dargestellt war, das an einem Galgen aufgehängt war. Dieses Hakenkreuz wurde in türkischer Sprache zu den Vorfällen von Rostock, Dresden und Eisenach kommentiert. Der junge Kurde wurde, obwohl bzw. weil Text und Bild unmißverständlich sind, von den begleitenden Polizeibeamten aus dem Demonstrationszug geholt, festgenommen und zehn Stunden im Präsidium München festgehalten.

Die Staatsschutzabteilung leitete entgegen besseren Wissens wegen Verdachts des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen ein Strafverfahren ein.

Zwei junge Männer übersprühten am 10.6.1989 in München Plakate rechtsradikaler Organisationen. Sie werden nach kurzer Flucht von der Polizei festgenommen, ihre Wohnungen durchsucht und der Haftanstalt überstellt. Nach Schätzung der Polizei wurden insgesamt 30 Plakate der DVU, „Republikaner", der „Patrioten für Deutschland" und der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" besprüht. Es entstand ein Gesamtschaden von ca. 270 DM. Diensteifrig schrieb die Staatsschutzabteilung daraufhin persönlich die Vorsitzenden der gen. Parteien (Dr. Frey, Schönhuber, Friedhelm Busse) an. In allen Schreiben wurden die Personalien der beiden jungen Männer mit Wohnadressen angegeben und es wurde höflich angefragt, ob die betroffenen Organisationen nicht Strafantrag wg. Sachbeschädigung stellen wollten. Dieses geschah prompt. Es erging eine Anklage beim Jugendgericht, wobei bemerkenswert ist, daß neben der Strafe auch ein Fahrverbot beantragt wurde, da einer der Männer mit seinem Auto zum „Tatort" gefahren war. Die hier geschilderte Form der polizeilichen Informationsvermittlung an Vertreter rechtsextremistischer Gruppierungen sind kein Einzelfall, wie Verfahrensweisen des Berliner Staatsschutzes zeigen.

Dort wurden dem Mitglied der „Deutschen Liga für Volk und Heimat (DL), **Thorsten Thaler,** vom Staatsschutz Erkenntnisse über Personen aus dem Antifa-Bereich übermittelt, wie sie selbst ein Opfer einer Straftat nicht erlangen würde. Daß auch der Vorsitzende des „Hoffmann-von-Fallersleben Bildungswerkes" (HvFB), **Karl-Heinz Panteleit** mit Informationen durch den Berliner Staatsschutz versorgt war, zeigten seine Detail-Kenntnisse bei einer Strafanzeige gegen die Berliner Justiz-Behörden und die Veröffentlichungen in der DL-Parteizeitung.



Während einer FAP-Demonstration in Berlin: Steinwürfe gegen AntifaschistInnen, gedeckt von den Schilden der Polizei.

Am 4.5.1991 kam es in Neuburg a.d. Donau zu schweren Ausschreitungen durch 70 rechtsradikale Skinheads, die aus verschiedenen Städten angereist waren. Sie randalierten im Stadtgebiet und zertrümmerten den Nebenraum eines Jugendzentrums. Unter großem personellen polizeilichen Aufwand wurden diese Skinheads festgenommen. Der von den Vorfällen informierte Staatsanwalt ordnete nach Beratung mit dem polizeilichen Einsatzleiter nur die Feststellung der Personalien und die An-

fertigung von Polaroidfotos an. Danach wurden diese Straftäter sofort entlassen.

Nach diesen Beispielen von energischer und mit Akribie geführter Polizeiarbeit ein Schwenk zurück nach Fulda. In Polizeikreisen wurde der Polizeieinsatz an diesem Tag als Erfolg gewertet, da er Zusammenstöße zwischen „linksgerichteten" Gegendemonstranten und den Faschisten verhinderte, indem PolizistInnen diesen Gegendemonstranten die Zufahrt in die Innenstadt verwehrten und einige von ihnen festnahmen. In einem Schreiben vom 25.8.93 weist Innenminister Dr. Günther an die hessische Polizei dann darauf hin, daß „...bislang die politische Dimension rechtsextremer Demonstrationen trotz mehrfacher Thematisierung vielleicht nicht deutlich genug erkannt worden ist.".

Weiterhin stellt er fest, „..daß die in der Verfassung verankerte staatliche Ordnung von der Abkehr vom Nationalsozialismus geprägt ist und damit eine klare Absage an das neonazistische Gedankengut enthält.". Hier handelt es sich um einen Hinweis, der in der Polizei schon in der Vergangenheit nicht gewürdigt und jetzt auch weiterhin nicht ernsthaft umgesetzt wurde.

Aufgrund des vorliegenden Berichtes des hessischen Innenministeriums vom 28.8.93 zu den Ereignissen in Fulda zeigte die Bewertung eher das Feindbild aus der Sicht der Polizei: „...griffen linksextreme Gruppierungen die laufenden Planungen um die 'Rudolf-Heß-Gedenkkundgebung' auf, um Gegenaktionen vorzubereiten. Ab Mai 1993 fanden verschiedene bundesweite Vorbereitungstreffen der linksextremen Szene statt. Hierbei wurden Aktionskonzepte abgestimmt, um flexibel auf den jeweiligen Ort der Veranstaltung der Rechtsextremen reagieren zu können.".

Mit dieser Erkenntnis bzw. Unkenntnis über die rechten Gruppierungen zeigt sich, wofür die Sicherheitsbehörden ihre Möglichkeiten und Fähigkeiten eingebracht haben, und daß hier wieder das bewußte rechte Auge blind war. Da freut es sich zu hören, daß in der Konsequenz nach monatelanger Arbeit das hessische Innenministerium nun doch personelle Konsequenzen gezogen hat: Ein Abteilungsleiter im Innenministerium wurde versetzt, gegen vier Polizeibeamte wurden Disziplinarverfahren eingeleitet.



Mit der ganzen „Härte des Gesetzes":
Polizeieinsatz gegen einen antifaschistischen Demonstranten.

In der Aufarbeitung der Ereignisse um Fulda zeigt sich, daß es in erster Linie AntifaschistInnen waren, die durch ihre Aufklärungsarbeit auch den nötigen politischen Druck hierzu hergestellt haben. Dieses ist die Fortsetzung eines Trends in der bundesrepublikanischen Geschichte. Nicht staatliche Einrichtungen haben die faschistischen Übergänge und die neofaschistischen Entwicklungen in der BRD aufgespürt und thematisiert, sondern es waren in erster Linie die Initiativen der Antifa, die auch darüber hinaus die nötige Aufklärungsarbeit für die Öffentlichkeit betrieben hat. Obwohl die Sicherheitsbehörden nun das Thema Rechtsextremismus auf ihre Tagesordnung gehoben haben, spiegelt ihre Arbeit in vielen Bereich Unwissenheit wider. Hier zeigt es sich weiterhin im Sinne von Ignatz Bubis: „Der Staat nimmt das Phänomen Rechtsradikalismus nicht ernst genug."

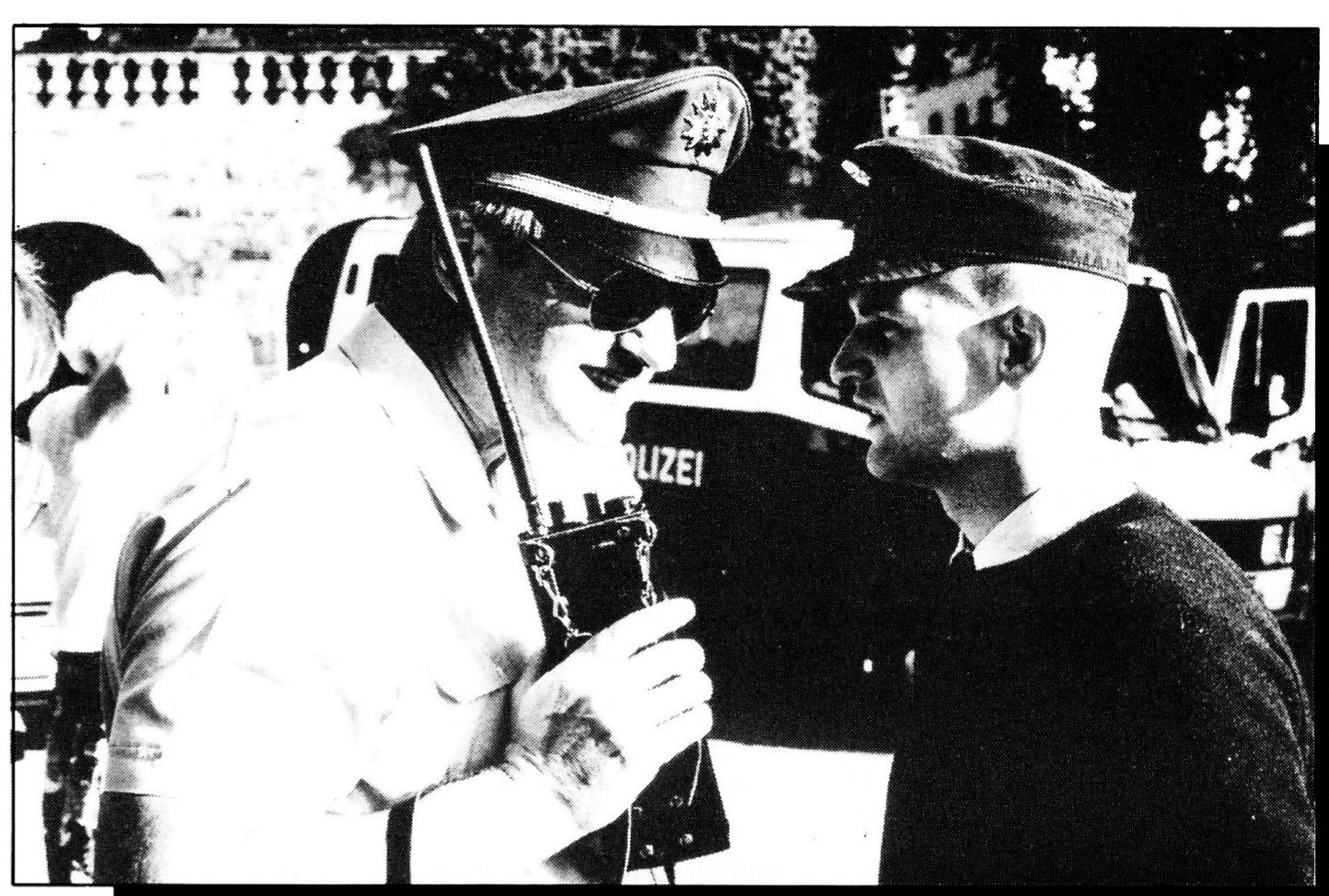
Im Dezember 1993 wurde medienwirksam die Beschlagnahme der Nazi-Broschüre „Der Einblick", die über ein Postfach im dänischen Randers vertrieben wird, durch die Polizei bekanntgegeben. Nun ermittelt das Bundeskriminalamt im Auftrage der Bundesanwaltschaft gegen die zum Zeitpunkt der Aufnahme der Ermittlungen noch „unbekannten" Hersteller dieses Werkes. Daß zu diesem Zeitpunkt bereits seit langem Rechtsextremisten sogenannte „Feindaufklärung" betreiben und Daten über Personen und Orte sammeln, um so gezielt Jagd auf die ihnen mißliebigen Personen aus dem Antifa-Bereich, der Gewerkschaften, Journalisten und Politiker des linken Spektrums zu machen, wurde nicht erwähnt, auch nicht, daß diese Methoden seit ca. 2 Jahren durch Rechtsextremisten als sogenannte Anti-Antifa verfeinert wurden. Der Redaktion „Der Rechte Rand" sind ca. 10 sogenannte Anti-Antifa-Rubriken bekannt. Das Ergebnis dieser zunehmenden organisatorischen und informatorischen Verknüpfungen waren und sind gezielte Anschläge und Bedrohungen gegen Personen aus dem Antifa-Bereich, wie z. B. den DGB-Kreisvorsitzenden M. Klöpper in Wilhelmshaven und dem Mitherausgeber dieser Zeitung, Klaus Harbart. Diese Form der gezielten Bedrohungen und Angriffe zeigt, daß diese Schriften Tatmittel zu diesen Straftaten sind. Trotzdem wurde gegen diese zielgerichteten Datensammlungen nicht strafrechtlich ermittelt. Beispielhaft hierfür ist die Nazi-Postille „INDEX", für die der Hamburger Neonazi **Christian Worch** verantwortlich ist. Auf Grund von vorliegenden Materialien wurde bekannt, daß Worch der Initiator des „Steckbriefes" gegen Manfred Klöpper ist, der durch den verbotenen Deutsche Kameradsschaftsbund (DKB) verteilt wurde. Trotzdem stellte die Hamburger Staatsanwaltschaft die Ermittlungen gegen „INDEX" ein. Im Januar 1993 stellten die Herausgeber der Zeitung „Der Rechte Rand" gegen die „Anti-Antifa Bonn" Strafantrag, da durch Form und Inhalt von Schreiben bekannt wurde, daß die dort durchgeführten Datensamm-

lungen zum Zweck von Bedrohungen und Nötigungen verwendet werden. Das Strafverfahren wurde jedoch durch die zuständige Staatsanwaltschaft in Bonn mit der Begründung eingestellt, daß nicht festgestellt werden konnte, daß es sich bei der angeführten Gruppierung um „..eine auf Dauer angelegte, nach einem einheitlichen Willen handelnde, organisatorisch gegliederte Vereinigung handele." Da sind bei dieser Form der juristischen Bewertung die angeordneten Ermittlungen gegen „Der Einblick" durch das Bundeskriminalamt schon als Sensation zu bezeichnen.

Ebenso erging es auch einem Mitherausgeber dieser Zeitung, indem durch die Staatsanwaltschaft Hannover u. a. mit folgendem Zitat ein Strafverfahren gegen die Urheber eines Hetzflugblattes (mit den gesamten persönlichen Daten der betroffenen Person) und anschließenden Bedrohungen aus rechtsradikalen Kreisen eingestellt wurde: „...desgleichen wird sich Ihr Mandant unter dem Gesichtspunkt 'der berechtigten Interessen' entgegenhalten lassen müssen, daß er sich mit seiner eigenen politisch publizistischen Aktivität freiwillig dem öffentlichen Interesse oder doch zumindestens dem Interesse der beteiligten politischen Gruppierungen ausgesetzt hat.".

Inwieweit überhaupt polizeiliche Ermittlungen aufgenommen wurden, ist nicht bekannt; Zeugen wurden in diesem Verfahren jedenfalls nicht gehört und demnach fanden auch keine Versuche statt, durch Ermittlungen einen strafrechtlichen Hintergrund zu erkennen. Nachdem das Vertrauen in den „starken" Staat beim Kampf gegen Rechtsradikalismus bei einem immer größer werdenden Teil dieser Bevölkerung verloren geht, ist für sie diese Einstellungsbegründung, in der Aufwertung der hinter diesem Flugblatt stehenden Personen und bei dem Versuch, sich als Bürger in die demokratische Verantwortung einzubringen, eine zusätzliche Ohrfeige. Anders sah das Verhalten der Staatsschutzbehörden in diesem Zusammenhang bei der Herausgabe einer Broschüre über Neonazis in Hannover und ihre Zentren aus. Diese Broschüre enthielt lediglich Abbildungen herausragender Persönlichkeiten aus dieser Szene mit dem Zusatz von Vor- und Zunamen. Wegen dieses Flugblattes wurde durch die Staatsschutzbehörden ermittelt, verschiedene Personen aus dem Antifa-Bereich wurden zu dieser Broschüre befragt.

Bei der Gegenüberstellung der



In gutem Einvernehmen: Polizeieinsatzleiter und Neonaziführer Thorsten Heise stimmen das weitere Vorgehen ab. (Fulda, 14.8.1993)

staatlichen Reaktionen im konkreten Fall gewinnt die Einschätzung des Bundesamtes für Verfassungsschutz an Bedeutung, die die Bildung von Anti-Antifa-Truppen als eine Reaktion auf antifaschistische Arbeit begründen und feststellen, daß „...die Hemmschwelle zur brutalen Gewalt auf beiden Seiten immer niedriger wird." (Zwar eine richtige Einschätzung der rechtsextremistischen Gewalt, für die jedoch im selben Atemzug angeblich linke Gewalt ursächlich sein und damit wieder gerechtfertigt werden soll.)

Trotz einer Verfassung, die von der Abkehr vom Nationalsozialismus und einer klaren Absage an das neonazistische Gedankengut geprägt ist, so der hessische Innenminister nach Fulda, die auch einhellige Meinung aller staatlicher Stellen sein sollte, hatte dies auf die neofaschistischen Pam-



In weniger gutem Einvernehmen: Polizist führt antifaschistischen Demonstranten ab.

phlete nie eine Auswirkung gehabt , insbesondere nicht auf die Rubriken der Anti-Antifa, deren inhaltliche Ziele die Herausgeber auch nicht in diesen Werken verschweigen. Gerichtliche Beschlagnahmen wurden nicht angeordnet.

Anders jedoch erst im Januar 1994, als die Landesgeschäftsstelle der JungdemokratInnen durchsucht und die Zeitschrift „Schlagloch" beschlagnahmt wurde, weil in der Ausgabe 3/93 Zusammenhänge zwischen Bad Kleinen und Stammheim thematisiert worden waren; Gedankengänge, über die in einem bestimmten Teil der Bevölkerung schon lange diskutiert wird, die jedoch nicht öffentlich geäußert werden dürfen. Hierin sahen die Staatsanwälte den Tatbestand der böswilligen Verächtlichmachung der Bundesrepublik Deutschland (§ 90a StGB) verwirklicht; ein Tatbestand, der in neofaschistischen und rechtsradikalen Pamphleten, trotz der Schädigung des Ansehens der BRD im Ausland durch deren Aktionen noch nicht erkannt wurde.

Es sind nicht die angeblich fehlenden rechtlichen, institutionellen und verfahrenstechnischen Möglichkeiten, die den Sicherheitsbehörden zur vertrauensbildenden Arbeit fehlen, es ist eher das unter den bestehenden strafrechtlichen Möglichkeiten fehlende repressive staatliche Vorgehen gegen den sich weiter fortentwickelnden Rechtsradikalismus. Sicherlich ist es kein Allheilmittel gegen diese Entwicklung und wird sie auch nicht lösen können. Es gilt jedoch für die Sicherheitsbehörden nachzuweisen, daß sie ihre traditionellen Feindbilder aufgeben und auf die Entwicklungen im rechtsradikalen Bereich sensibler reagieren und sie ernstnehmen. Nur so kann auch das Vertrauen der Bevölkerung in die Arbeit der Sicherheitsbehörden zurückgewonnen werden. ◪

Zuguterletzt: *Am 3. März 1994 berichtete die „Frankfurter Rundschau" über die Festnahme eines 25jährigen Mannes aus Rüsselsheim, der verdächtigt wird, die Neonazi-Broschüre „Der Einblick" hergestellt und verbreitet zu haben.*

Bei dem Mann handelt es sich um Norman Kempken, dessen Verbindungen zur FAP und zur verbotenen „Nationalistischen Front" hinlänglich bekannt sind. (siehe Editorial)

Rechtsextremismus

Mutmaßlicher Urheber des „Einblick" gehört CDU an

RÜSSELSHEIM, 3. März (dpa). Der mutmaßliche Urheber der Neonazi-Terrorbroschüre „Der Einblick" ist seit Oktober 1991 Mitglied der CDU und soll jetzt ausgeschlossen werden. Das kündigte der Vorsitzende des hessischen CDU-Kreisverbandes Groß-Gerau, Gerald Weiß, am Donnerstag an.

Der 25jährige Neonazi, der in Rüsselsheim festgenommen wurde, sitzt seit vier Wochen in Köln in Untersuchungshaft. Er habe die CDU seit August 1993 in mehreren Gesprächen offenbar getäuscht und jegliche Verbindungen zu rechtsradikalen Organisationen bestritten, sagte Weiß.

Nach Erkenntnissen der Ermittlungsbehörden war der 25jährige unter anderem Führungsmitglied der 1985 in Hofheim gegründeten rechtsextremistischen „Taunus-Front". Die Bundesanwaltschaft ermittelt gegen den Mann wegen des Verdachts der Herstellung und Verbreitung der Neonazi-Broschüre „Der Einblick". Darin werden Rechtsextremisten zu Straftaten gegen Andersdenkende aufgerufen.